

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 56. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
25.06.2014**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 14:00 Uhr bis 20:50 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	ab 15:20 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	ab 14:08 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	ab 16:50 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	ab 14:08 Uhr
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	ab 14:35 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	bis 16:40 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	bis 21:03 Uhr
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE	ab 14:25 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	bis 20:34 Uhr
Herr Bertolt Marquardt	DIE LINKE	bis 21:18 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	ab 14:05 Uhr
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE	bis 20:06 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	ab 14:45 bis 20:01 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	
Herr Andreas Hajek	FDP	bis 17:30 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Martin Bauersfeld	parteilos	ab 14:10 bis 20:07 Uhr
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	ab 14:25 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	bis 21:05 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	bis 19:42 Uhr
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 21:05 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 14:30 Uhr
Herr Gerhard Pitsch	NPD	
Herr Olaf Sieber	parteilos	

Herr Egbert Geier	Bürgermeister
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordneter
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter
Frau Sabine Ernst	Verwaltung
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung
Herr Marco Schreyer	Verwaltung
Herr Lars Loebner	Verwaltung
Frau Anja Schneider	Verwaltung

**Gäste:**

Herr Heinrich Lork	BeteiligungsManagementAnstalt Halle (BMA)
Herr Rolf Stiska	Theater, Oper und Orchester GmbH (TOO)
Herr Goswin v. Rissenbeck	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA)

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Harald Bartl	parteilos
Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Uwe Heft	parteilos
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE
Herr René Trömel	DIE LINKE
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Frau Beate Fleischer	FDP
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

**Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 56. Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

### **Herr Torsten Fritz zum Böllberger Weg**

---

Zu Beginn seiner Ausführungen bedankte sich **Herr Fritz** für die unkomplizierte Antwort im Rahmen der Beschlusskontrolle zu seiner Anfrage aus der letzten Stadtratssitzung.

Desweiteren teilte er mit, dass er bezüglich des Gestaltungsbeschlusses zum Böllberger Weg versucht habe, Einsicht in das Rechtsgutachten zu nehmen. Die Stadtwerke hätten sich zwar auf den privatwirtschaftlichen Charakter ihrer Einrichtung zurückgezogen, er habe jedoch auf das Informationszugangsgesetz verwiesen.

**Herr Fritz** appellierte daran, dass die HAVAG, welche lediglich als Beauftragte agiere und eigentlich nur Ausführende eines Stadtratsbeschlusses sei, die öffentlich, rechtlichen Spielregeln einhalten müsse und bat um Unterstützung seines Vorgehens.

Weiterhin merkte **Herr Fritz** an, das immer noch der Wegnahmebeschluss zum Künstlerhaus 188 in der Luft hänge und er fragte nach:

1. ob die Variante zum Böllberger Weg in irgendeiner Weise mit den Baumaßnahmen in der Torstraße zusammenhängen?
2. Befindet man sich noch innerhalb der Beschlusslage des Stadtrates bei der Finanzierung der Torstraße?

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, sagte eine Prüfung zu, führte aber auch aus, dass man sich immer innerhalb von Stadtratsbeschlüssen bewege. Sollte es finanzielle Änderungen geben, werde dem Stadtrat eine Vorlage zur Beschlussfassung vorgelegt.

Er sicherte Herrn Fritz eine schriftliche Antwort der Verwaltung zu.

### **Herr Rodney Thomas zum Stadtbahnprogramm**

---

**Herr Thomas** bezog sich in seiner Anfrage auf den Umbau des südlichen Teils der Großen Ulrichstraße im Jahr 2013. In diesem Zusammenhang reichte er nachfolgende Fragen schriftlich ein:

1. Gibt es einen Beschluss des Stadtrates?
2. Wer hat die Aufträge formuliert?
3. Gab es eine Ausschreibung?
4. Wer hat das bezahlt?

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, sagte eine schriftliche Beantwortung der Anfragen an Herrn Thomas zu.

## **Herr Peter Auerswald zu Baumärkten**

---

Bezüglich der Ansiedlung von zwei neuen Mitbewerbern im Baumarktbereich im Osten der Stadt Halle fragte **Herr Auerswald** nach, ob es nicht sinnvoller wäre, die Bevölkerung im Westen der Stadt in diesem Bereich besser zu versorgen und nicht noch zusätzlich im Bereich Halle-Ost das schon vorhandene Wettbewerbsniveau im Baumarktbereich zu verschärfen.

**Herr Loebner, Fachbereichsleiter Planen**, verwies darauf, dass im Einzelhandels- und Zentrenkonzept in den Untersuchungen festgestellt wurde, dass gerade im Baumarktbereich innerhalb der Stadtgrenzen von Halle noch Möglichkeiten vorhanden sind und die Kaufkraft nicht komplett abgeschöpft wird.

Vor diesem Hintergrund seien jetzt die zwei Standorte in der Diskussion. Der eine Standort wurde auch im Einzelhandels- und Zentrenkonzept explizit festgelegt und betreffe den Fachmarkt im HEP. Der andere Standort befindet sich in der Delitzscher Straße, welcher auch noch einmal gutachterlich untersucht wurde.

In diesem Zusammenhang werden dem Stadtrat Vorschläge für den Standort unterbreitet. Wer sich dort ansiedelt und wie die Konkurrenzsituation untereinander ist, regelt die Verwaltung nicht. Dies werde dem freien Wettbewerb überlassen.

## **Frau Waltraud Gräser zur Zukunft des Gasometers**

---

**Frau Gräser** teilte mit, dass sie im Seniorenkolleg der Universität Halle tätig sei und im Redaktionsteam zur Herausgabe der Zeitschrift „Seniorenzeit“ arbeite. In den nächsten Ausgaben wolle man sich den Industriedenkmalen der Stadt Halle widmen.

Diesbezüglich fragte **Frau Gräser** nach den Plänen für die Zukunft des Gasometers am Holzplatz.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurden Pläne dahingehend bestätigt, dass das Planetarium in das Gasometer eingebaut werden soll.

## **Herr Ruben Hacker zur Altreifenverwertung im Hafen Trotha**

---

**Herr Hacker** sprach in seiner Funktion als Sprecher einer Bürgerinitiative, die sich seit drei Jahren gegen den Bau einer Pyrolyseanlage im Hafen von Trotha einsetzt, vor.

Nach seinem Kenntnisstand hätten sich die Investoren einen neuen Standort ausgesucht, welcher aber immer noch im Hochwassergebiet liege. Die Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt wurde dazu schon erteilt.

Er informierte weiter darüber, dass sich in unmittelbarer Nähe des vorgesehenen Grundstückes 54 Wohnungen und eine Schule befänden.

Desweiteren teilte **Herr Hacker** mit, dass es eine Petition von Bürgerinnen und Bürgern aus Trotha gäbe, die sich gegen den Bau der Anlage aussprechen.

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Hacker**:

1. Kennen Sie das Thema, sind Sie darüber informiert?
2. Welche Möglichkeiten sehen Sie als Stadträte, uns zu unterstützen, sich gegen den Bau zu stemmen bzw. ein anderes Grundstück für diesen Investor zu finden?

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass das erste Verfahren rechtskräftig abgeschlossen und die Entscheidungsbehörde das Landesverwaltungsamt sei. Über den zweiten Antrag entscheidet das Landesverwaltungsamt derzeit.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte den Vorschlag, die Bürgerinitiative einzuladen und gemeinsam mit ihnen beim Landesverwaltungsamt vorzusprechen, um dort die Petition der Bürgerinnen und Bürger zu besprechen.

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die 56. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 40 Mitglieder des Stadtrates (71,43 %) anwesend.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Lange, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**, fragte, ob nach Anpassung und Einarbeitung der Änderungsanträge

- 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12422
- 6.1.2 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)" - V/2013/12089  
Vorlage: V/2014/12579
- 6.1.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale); Vorlagen-Nummer V/2013/12089  
Vorlage: V/2014/12421
- 6.1.4 Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Vorlage: - Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) - Vorlagen-Nr.: V/2013/12089  
Vorlage: V/2014/12698

in die Vorlage die Änderungsanträge erledigt seien. Dem wurde zugestimmt und die Änderungsanträge von der Tagesordnung abgesetzt.

**Herr Lange** bat darum, weitere Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 6.3 Konzeption zu Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12756  
*Wurde im Kulturausschuss vertagt.*
- 6.4 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Wirtschaft und Wissenschaft  
Vorlage: V/2014/12829  
*Wurde im Hauptausschuss vertagt.*
- 6.19 Gemeinsame Geldanlage zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadtwerke Halle GmbH  
Vorlage: V/2014/12692  
*Wurde im Finanzausschuss zurückgestellt.*
- 6.36 Ersatzneubau einer Eissporthalle am Standort Gimritzer Damm  
Vorlage: V/2014/12857  
*Wurde von der Verwaltung zurückgezogen.*
- 6.36.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Ersatzneubau einer Eissporthalle am Standort Gimritzer Damm" - Vorlagen-Nr.: V/2014/12857  
Vorlage: V/2014/12887
- 6.36.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Ersatzneubau einer Eissporthalle am Standort Gimritzer Damm" (V/2014/12857)  
Vorlage: V/2014/12911
- 7.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel  
Vorlage: V/2014/12596  
*Wurde im Finanzausschuss zurückgestellt.*
- 7.3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel (V/2014/12596)  
Vorlage: V/2014/12851
- 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Gestaltungsbeirat der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12725  
*Wurde im Planungsausschuss vertagt.*

Zum Tagesordnungspunkt

- 7.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Thema Wirtschaftsförderung auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12622

teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass es sich um eine ausschließliche Angelegenheit der inneren Organisation der Verwaltung handelt. Diesbezüglich liege es in der Entscheidungszuständigkeit des Oberbürgermeisters.

Er stellte den Antrag, den Tagesordnungspunkt abzusetzen, weil er nicht in die Kompetenz des Stadtrates falle.

**Herr Lange** bat um Abstimmung des Antrages von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand auf Absetzung von der Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

Vorlage V/2014/12622

Damit verbleibt die Vorlage auf der Tagesordnung und wird unter dem TOP 7.9 behandelt.

Desweiteren wurden nachfolgende Vorlagen von der Tagesordnung abgesetzt:

- 7.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt von Turnhalle und Nebengebäude des Künstlerhauses 188  
Vorlage: V/2014/12748  
*Wurde in den Fachausschüssen vertagt.*
- 8.2 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Absicherung des Ballsports (Basketball und Handball)  
Vorlage: V/2014/12637  
*Beratung ist in den Fachausschüssen noch nicht abgeschlossen.*

**Herr Lange** informierte, dass ein Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einlegung von Rechtsmitteln gegen den Bescheid des Landesverwaltungsamtes vom 04.03.2014 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 27.05.2014  
Vorlage: V/2014/12931

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, begründete die Dringlichkeit dahingehend, dass am 30.06.2014 die Frist ablaufe und eine fristgerechte Einreichung nicht möglich war, da die Unterlagen erst in der letzten Wochen zugesandt worden sind.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:**            **keine 2/3-Mehrheit erreicht**  
**Vorlage V/2014/12931**    **abgelehnt**

Damit konnte der Dringlichkeitsantrag nicht auf die Tagesordnung aufgenommen werden.

**Herr Lange** informierte darüber, dass die Einladung für die Stadtratssitzung noch einmal am 19.06.2014 verschickt wurde, da der Tagesordnungspunkt

- 6.39 Abschluss eines Fördervertrages mit dem Land nebst Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept  
Vorlage: V/2014/12874

in den öffentlichen Teil verschoben wurde.

Auf Nachfrage von **Herrn Lange** stimmten die Stadträte zu, den Tagesordnungspunkt 6.39 vor dem Tagesordnungspunkt 6.7 zu behandeln.

Desweiteren informierte **Herr Lange**, dass nachfolgende Änderungen bzw. Ergänzungen auf die Tagesordnung zu setzen sind:

- 6.6 Satzung über die Wahl der Gemeindeelternvertretung für die Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12681  
*Hierzu liegt ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion vor und es wurde ein neuer Satzungstext verteilt.*
- 6.8 Bildung eines Hochwasserschutzbeirates  
Vorlage: V/2014/12839  
*Hierzu liegt noch ein zweiter Änderungsantrag von Herrn Dr. Diaby, SPD-Fraktion, vor.*
- 6.13 Gleichstellungsaktionsplan 2014/2015  
Vorlage: V/2014/12836  
*Hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor.*
- 6.29 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“ - Änderungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12807  
*Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Hierzu wurde zur Sitzung eine geänderte Vorlage verteilt. Der Beschlusstext wurde durch die Stadtverwaltung angepasst.*
- 6.32 Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee"- Beschluss zur erneuten eingeschränkten öffentlichen Auslegung  
Vorlage: V/2014/12648  
*Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.*
- 7.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt  
Vorlage: V/2013/11461  
*Der Antrag wurde am 24.06.2014 noch einmal geändert und zur Sitzung verteilt.*
- 7.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum künftigen Standort der Eissporthalle und dem Verlauf des Hochwasserschutzdeiches  
Vorlage: V/2014/12736  
*Hierzu wurde der Beschlusstext am 24.06.2014 noch einmal geändert und zur Sitzung verteilt.*
- 7.8.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum künftigen Standort der Eissporthalle und dem Verlauf des Hochwasserschutzdeiches (V/2014/12736)  
Vorlage: V/2014/12787  
*Hierzu wurde der Beschlusstext noch einmal entsprechend geändert und zur Sitzung verteilt.*
- 8.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Gestaltungsbeschluss zum Ausbau des Böllberger Weg Nord, 2.BA  
Vorlage: V/2014/12898  
*Hierzu wurde der Beschlusstext geändert und zur Sitzung verteilt.*

10.2 Realisierung personalwirtschaftliche Maßnahmen  
*Hierzu wurde die Information am 20.06.2013 verschickt.*

12.1 Anregung des Stadtrats Olaf Sieber zur Beibehaltung der Stelle eines Beigeordneten für  
Wirtschaft und Wissenschaft  
Vorlage: V/2014/12917  
*Die Anregung wurde am 20.06.2014 verschickt.*

12.2 Anregung des Stadtrates Raik Müller (CDU) gegen die frühe Abschaltung der  
Ampelanlage an der Kreuzung Ludwig-Wucherer Straße/Willy-Lohmann-Straße/Martha-  
Brauttsch-Straße  
Vorlage: V/2014/12923  
*Die Anregung wurde am 23.06.2014 verteilt.*

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, machte darauf aufmerksam, dass man sich zum  
Tagesordnungspunkt

7.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung der Emil-  
Abderhalden-Straße  
Vorlage: V/2010/08828  
verständlich hatte, diesen zu vertagen.

In diesem Zusammenhang merkte **Herr Lange** an, dass eine erneute Vertagung beantragt  
werden müsste.

Daraufhin beantragte **Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, die  
Vertagung des Tagesordnungspunktes 7.6 auf die Sitzung des Stadtrates im September  
2014, da die Ergebnisse der Leopoldina noch nicht vorliegen würden.

**Herr Lange** bat um Abstimmung auf Vertagung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**  
Vertagung auf September 2014

Im Namen ihrer Fraktion zog **Frau Krausbeck** den Antrag zum Tagesordnungspunkt  
7.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Information über städtische  
Baumfällungen und Neupflanzungen im Stadtgebiet  
Vorlage: V/2014/12752  
zurück, da momentan keine zielführende Diskussion dazu erwartet wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange, stellv. Vorsitzender des  
Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der  
Beschlussfähigkeit

2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 28.05.2014
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 28.05.2014 gefassten Beschlüsse
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
  - 6.1 Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/12089
    - 6.1.1 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)*  
*Vorlage: V/2014/12422* *abgesetzt*
    - 6.1.2 *Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)" - V/2013/12089*  
*Vorlage: V/2014/12579* *abgesetzt*
    - 6.1.3 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale); Vorlagen-Nummer V/2013/12089*  
*Vorlage: V/2014/12421* *abgesetzt*
    - 6.1.4 *Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Vorlage: - Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) - Vorlagen-Nr.: V/2013/12089*  
*Vorlage: V/2014/12698* *abgesetzt*
  - 6.2 Jahresabschluss 2013 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH  
Vorlage: V/2014/12761
  - 6.3 *Konzeption zu Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften der Stadt Halle (Saale)*  
*Vorlage: V/2014/12756* *vertagt*
  - 6.4 *Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Wirtschaft und Wissenschaft*  
*Vorlage: V/2014/12829* *vertagt*
  - 6.5 Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 „Gartenstadt Gesundbrunnen“  
Vorlage: V/2014/12765
  - 6.6 Satzung über die Wahl der Gemeindeelternvertretung für die Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12681
    - 6.6.1 *Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Satzung über die Wahl der Gemeindeelternvertretung für die Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) - Vorlagen-Nr.: V/2014/12681*  
*Vorlage: V/2014/12919*
- Behandlung TOP 6.39
- 6.7 Wirtschaftsplan 2014/2015 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
Vorlage: V/2014/12854

- 6.8 Bildung eines Hochwasserschutzbeirates  
Vorlage: V/2014/12839
- 6.8.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Bildung eines Hochwasserschutzbeirates; Vorlagen-Nummer V/2014/12839  
Vorlage: V/2014/12880
- 6.8.2 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Karamba Diaby (SPD-Stadtratsfraktion) zur Vorlage "Bildung eines Hochwasserschutzbeirates"  
Vorlage: V/2014/12912
- 6.9 Jahresabschluss 2013 der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH  
Vorlage: V/2014/12862
- 6.10 Jahresrechnung 2013 und Haushaltsplan 2015 der Oelhaf-Zeysesche Stiftung  
Vorlage: V/2014/12868
- 6.11 Jahresrechnung 2013 und Haushaltsplan 2015 der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung  
Vorlage: V/2014/12869
- 6.12 Feststellung des Jahresabschlusses 2012 und Entlastung des Oberbürgermeisters  
Vorlage: V/2014/12764
- 6.13 Gleichstellungsaktionsplan 2014/2015  
Vorlage: V/2014/12836
- 6.13.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage "Gleichstellungsaktionsplan 2014/2015"  
Vorlage: V/2014/12928
- 6.14 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2014 für die Baumaßnahme Ersatzneubau der Mühlgrabenbrücke zur Beseitigung von Hochwasserschäden im investiven Finanzhaushalt  
Vorlage: V/2014/12695
- 6.15 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2014 für die Baumaßnahme Ersatzneubau der Mühlgrabenbrücke zur Beseitigung von Hochwasserschäden im investiven Finanzhaushalt  
Vorlage: V/2014/12844
- 6.16 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2014 für die Tiefbaumaßnahme Ufermauer Riveufer zur Beseitigung von Hochwasserschäden im investiven Finanzhaushalt  
Vorlage: V/2014/12721
- 6.17 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für die Baumaßnahme Uferbefestigung der Saale zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Haushaltsjahr 2014  
Vorlage: V/2014/12855
- 6.18 Genehmigung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen (VE) im Haushaltsjahr 2014 für Baumaßnahmen zur Beseitigung von Hochwasserschäden im investiven Finanzhaushalt  
Vorlage: V/2014/12853

- 6.19 *Gemeinsame Geldanlage zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadtwerke Halle GmbH*  
Vorlage: V/2014/12692 *vertagt*
- 6.20 Grundsatzbeschluss Aufgabenübertragung Abwasserzweckverband Elster-Kabelsketal  
Vorlage: V/2014/12867
- 6.21 Beabsichtigte Einziehung von Teilflächen der Dorotheenstraße und der Leipziger Straße, gelegen vor dem Grundstück Dorotheenstraße 7 - 9  
Vorlage: V/2014/12781
- 6.22 Beabsichtigte Einziehung von Teilflächen der Straße An der Moritzkirche, gelegen vor dem Grundstück An der Moritzkirche 1 - 4  
Vorlage: V/2014/12783
- 6.23 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 28 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Delitzscher Straße“  
Vorlage: V/2014/12630
- 6.24 Bebauungsplan Nr. 166 „Sondergebiet Baumarkt Delitzscher Straße/Grenzstraße“ – Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12641
- 6.25 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 26 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Leipziger Chaussee“  
Vorlage: V/2014/12629
- 6.26 Bebauungsplan Nr. 57 Gewerbegebiet Bruckdorf „An der B 6“, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12451
- 6.27 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 25 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Deutsche Grube“  
Vorlage: V/2014/12628
- 6.28 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“ - Abwägungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12806
- 6.29 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“ - Änderungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12807
- 6.29.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See" - Änderungsbeschluss (Beschlussvorlage V/2014/12807)  
Vorlage: V/2014/12907
- 6.29.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See" - Änderungsbeschluss (Beschlussvorlage V/2014/12807)  
Vorlage: V/2014/12904

- 6.30 Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" -  
Abwägungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12646
- 6.31 Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee"- Beschluss zur  
Änderung des Geltungsbereiches  
Vorlage: V/2014/12647
- 6.32 Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee"- Beschluss zur  
erneuten eingeschränkten öffentlichen Auslegung  
Vorlage: V/2014/12648
- 6.32.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage  
Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" - Beschluss zur  
erneuten eingeschränkten öffentlichen Auslegung (V/2014/12648) - bezüglich des  
Rundweges auf der Ostseite  
Vorlage: V/2014/12905
- 6.32.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage  
Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" - Beschluss zur  
erneuten eingeschränkten öffentlichen Auslegung (V/2014/12648) - bezüglich des  
Geländes der ehemaligen Mülldeponie  
Vorlage: V/2014/12906
- 6.33 Bebauungsplan Nr. 159 „Stadteingang Riebeckplatz“ -Aufstellungsbeschluss-  
Vorlage: V/2014/12640
- 6.34 Bürgerhaushalt Vorschlag B-6 Radweg/Damm  
Vorlage: V/2014/12459
- 6.35 Bürgerhaushalt Vorschlag B-28 Um-/Ausbau des Gimritzer Dammes (Straße)  
Vorlage: V/2014/12466
- 6.36 *Ersatzneubau einer Eissporthalle am Standort Gimritzer Damm*  
Vorlage: V/2014/12857 *abgesetzt*
- 6.36.1 *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage*  
*"Ersatzneubau einer Eissporthalle am Standort Gimritzer Damm" - Vorlagen-Nr.:*  
*V/2014/12857*  
Vorlage: V/2014/12887 *abgesetzt*
- 6.36.2 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage*  
*"Ersatzneubau einer Eissporthalle am Standort Gimritzer Damm" (V/2014/12857)*  
Vorlage: V/2014/12911 *abgesetzt*
- 6.37 Ganztagschule „August Hermann Francke“  
Vorlage: V/2014/12673
- 6.38 Vierte Änderung des Zweiten Grundsatz- und Baubeschlusses zur  
Brandschutzgrundsicherung an Schulen (Vorlage: V/2012/10587)  
Hier: Grundschule Diemitz/Freiimfelde  
Vorlage: V/2013/12244

- 6.39 Abschluss eines Fördervertrages mit dem Land nebst Sanierungs- und  
Strukturanpassungskonzept  
Vorlage: V/2014/12874
7. Wiedervorlage
- 7.1 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Vernässung auf dem  
Dautzsch  
Vorlage: V/2014/12620
- 7.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland  
Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Vernässung auf dem Dautzsch (V/2014/12620)  
Vorlage: V/2014/12858
- 7.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Anpassung der Halleschen  
Sortimentsliste  
Vorlage: V/2014/12712
- 7.3 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel*  
*Vorlage: V/2014/12596* *vertagt*
- 7.3.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-*  
*Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel (V/2014/12596)*  
*Vorlage: V/2014/12851* *vertagt*
- 7.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für die  
Katzenkastration  
Vorlage: V/2014/12728
- 7.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der  
Altstadt  
Vorlage: V/2013/11461
- 7.6 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung der Emil-*  
*Abderhalden-Straße*  
*Vorlage: V/2010/08828* *vertagt*
- 7.6.1 *Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE*  
*GRÜNEN zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße (Vorlagen-Nummer:*  
*V/2010/08828)*  
*Vorlage: V/2013/12347* *vertagt*
- 7.7 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Gestaltungsbeirat der Stadt Halle (Saale)*  
*Vorlage: V/2014/12725* *vertagt*
- 7.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum künftigen Standort der  
Eissporthalle und dem Verlauf des Hochwasserschutzdeiches  
Vorlage: V/2014/12736
- 7.8.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion  
MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum künftigen Standort der Eissporthalle und  
dem Verlauf des Hochwasserschutzdeiches (V/2014/12736)  
Vorlage: V/2014/12787

- 7.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Thema Wirtschaftsförderung auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12622
- 7.10 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Information über städtische Baumfällungen und Neupflanzungen im Stadtgebiet*  
Vorlage: V/2014/12752 *abgesetzt*
- 7.11 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt von Turnhalle und Nebengebäude des Künstlerhauses 188*  
Vorlage: V/2014/12748 *vertagt*
- 7.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass  
Vorlage: V/2014/12741
- 7.12.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass (Vorlagen-Nr.: V/2014/12741)  
Vorlage: V/2014/12790
- 7.13 Antrag des Stadtrats Olaf Sieber zum Bau des neuen Deiches am Gimritzer Damm  
Vorlage: V/2014/12696
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Verbesserung des Zustandes der Wege in der Dölauer Heide  
Vorlage: V/2014/12895
- 8.2 *Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Absicherung des Ballsports (Basketball und Handball)*  
Vorlage: V/2014/12637 *vertagt*
- 8.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Gestaltungsbeschluss zum Ausbau des Böllberger Weg Nord, 2.BA  
Vorlage: V/2014/12898
- 8.4 Antrag des Stadtrats Olaf Sieber zum veränderten Bedarf geschützter Flächen durch den Neubau des Deichs Gimritzer Damm  
Vorlage: V/2014/12900
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage der Stadträte Andreas Scholtyssek und Andreas Schachtschneider (beide CDU) zu Spontanpartys im Jahr 2013  
Vorlage: V/2014/12885
- 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur unvollständigen Veröffentlichung der Stellungnahme der Stadtverwaltung zur Hochschulstrukturplanung des Landes  
Vorlage: V/2014/12882
- 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Vergabe von Darlehen an städtische Mitarbeiter  
Vorlage: V/2014/12884

- 9.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu Verfahrensweisen und der Kompetenzverteilung in der Stadtverwaltung  
Vorlage: V/2014/12881
- 9.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Wächterhäusern (Bürgerhäuser) in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12888
- 9.6 Anfrage der Stadträtin Hanna Haupt (SPD-Stadtratsfraktion) zur Immobilie des ehemaligen Kreiswehrrersatzamtes  
Vorlage: V/2014/12597
- 9.7 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Anbindung des Stadtteils Dölau an den öffentlichen Nahverkehr vor dem Hintergrund der Entwicklung dieses Gebiets  
Vorlage: V/2014/12886
- 9.8 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur „Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg“ (V/2012/11102).  
Vorlage: V/2014/12896
- 9.9 Anfrage des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zum Barockhaus Große Märkerstraße 5  
Vorlage: V/2014/12878
- 9.10 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der B-Planverfahren Nr. 152 "Wohngebiet am Sophienhafen, Südseite" und Nr. 153 "Hafenstraße Westseite"  
Vorlage: V/2014/12825
- 9.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Nachwuchsleistungszentrum des Halleschen Fußballclub e.V.  
Vorlage: V/2014/12893
- 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Finanzierung der Brückenbauwerke im Bereich Merseburger Straße/Rosengarten  
Vorlage: V/2014/12892
- 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beseitigung von sog. Schrottfahrrädern  
Vorlage: V/2014/12891
- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Modedroge Crystal Meth  
Vorlage: V/2014/12890
- 9.15 Anfrage des Stadtrats Olaf Sieber zur Begutachtung von Fußwegen  
Vorlage: V/2014/12901
10. Mitteilungen
- 10.1 Information zum weiteren Verfahren und zur angedachten Umsetzung des Projekts Bbauungsplan Nr.158 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee“  
Vorlage: V/2014/12708
- 10.2 Realisierung personalwirtschaftliche Maßnahmen

- 11. mündliche Anfragen von Stadträten
- 12. Anregungen
  - 12.1 Anregung des Stadtrats Olaf Sieber, fraktionslos, zur Beibehaltung der Stelle eines Beigeordneten für Wirtschaft und Wissenschaft  
Vorlage: V/2014/12917
  - 12.2 Anregung des Stadtrates Raik Müller (CDU) gegen die frühe Abschaltung der Ampelanlage an der Kreuzung Ludwig-Wucherer Straße/Willy-Lohmann-Straße/Martha-Brauttsch-Straße  
Vorlage: V/2014/12923
  - 12.3 Anregung Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zu Städtepartnerschaften
- 13. Anträge auf Akteneinsicht
  - 13.1 Akteneinsicht SPD-Fraktion
  - 13.2 Akteneinsicht Fraktion DIE LINKE

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 28.05.2014**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 55. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.05.2014.

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich zugestimmt**

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 28.05.2014 gefassten Beschlüsse**

---

Herr Lange, stellv. Vorsitzender des Stadtrates, informierte über folgende in der Stadtratssitzung am 28.05.2014 in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse:

#### **zu 4.1 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2013 und 2014 der Stadion Halle Betriebs GmbH Vorlage: V/2014/12759**

---

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des gesetzlichen Vertreters der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) vom 16.04.2014:

Beschlusstext:            Die Gesellschafterversammlung beschließt, die Steuerberatungsgesellschaft Dr. Dornbach & Partner Treuhand GmbH, Gutenbergstraße 14, 06842 Dessau-Roßlau mit der Prüfung der Jahresabschlüsse und der Lageberichte für 2013 und 2014 für die Stadion Halle Betriebs GmbH zu beauftragen.

**zu 4.2 Vergabebeschluss: FB 51-L-02/2014 Los 1 bis 11: Rahmenvereinbarung zur Beförderung von Schülern mit Behinderungen vom Wohnort zur jeweiligen Schule und zurück**  
**Vorlage: V/2014/12599**

---

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Vergabe für Rahmenvereinbarung zur Beförderung von Schülern mit Behinderungen vom Wohnort zur jeweiligen Schule und zurück für den Zeitraum vom 01.08.2014 bis 31.07.2016. Die Gesamtsumme beträgt ca. 2.261.364,00 €.

Los 1	Bus und Mietwagenbetrieb Sittig, Salzatal OT Lieskau	80.883,60 €
Los 2	Verkehrsunternehmen „Drei Eichen“, Halle	226.214,76 €
Los 3	Taxibetrieb Frank Kremmer, Halle	185.206,80 €
Los 4	Verkehrsunternehmen „Drei Eichen“, Halle	80.105,52 €
Los 5	Klein- u. Personentransporte Steve Helling, Halle	78.280,52 €
Los 6	Taxibetrieb Frank Kremmer, Halle	363.816,80 €
Los 7	Malteser Hilfsdienst gGmbH, Magdeburg	405.376,76 €
Los 8	Verkehrsunternehmen „Drei Eichen“, Halle	131.008,76 €
Los 9	Personentransport Harald Peter, Salzatal OT Schochwitz	71.987,60 €
Los 10	Taxi und Busbetrieb Sittig, Salzatal OT Lieskau	162.938,60 €
Los 11	Taxibetrieb Frank Kremmer, Halle	475.544,40 €

**zu 4.3 Vergabebeschluss: FB 24-B-056/2014 - Stadt Halle (Saale), Errichtung einer modularen Halle in Halle (Saale), multifunktionale Sporthalle (Planung, Lieferung und Montage) sowie Erdarbeiten, Gründung**  
**Vorlage: V/2014/12784**

---

**Beschluss:**

- Der Stadtrat beschließt, den Zuschlag für die Errichtung einer modularen Halle in
- Halle (Saale), multifunktionale Sporthalle (Planung, Lieferung und Montage) sowie
- Erdarbeiten, Gründung, an die Firma Goldbeck Nordost GmbH mit Firmensitz in
- Markleeberg zu einer Bruttosumme von 1.891.507,80 € zu erteilen.

**zu 4.4 Vergabebeschluss: FB 10-L-03/2014: Rahmenvereinbarung zur gewerbsmäßigen Beförderung von Briefsendungen**  
**Vorlage: V/2014/12573**

---

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, den Zuschlag an die Firma City-Brief-Kurier Halle GmbH aus Halle zu den angegebenen Einzelpreisen für den Leistungszeitraum vom 01.07.2014 bis 31.12.2015 zu erteilen. Der Auftrag kann mit einer Option jeweils um 6 Monate bis maximal 31.12.2016 verlängert werden. Das zu erwartende Auftragsvolumen kann maximal 1.050.746,09 € betragen.

## zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte darüber, dass man im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle (Saale) die Projektschritte planmäßig abarbeite. Zusätzlich wurde eine Arbeitsgruppe „Entwicklungskonzept Medien- und Kommunikationswissenschaften“ gegründet, die neue Entwicklungsperspektiven für das MMZ erarbeiten soll. Es gehe auch darum, festzustellen, in welchen Bereichen Fördermittel eingeworben werden können. Diesbezüglich werde in der weiteren Entwicklung ähnlich wie beim TGZ vorgegangen.

Zum Künstlerhaus 188 informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über den Ablehnungsbescheid des Landesverwaltungsamtes zum Abrissantrag. Es bestehe überwiegendes öffentliches Interesse, die Unumgänglichkeit des Eingriffs zu prüfen. Zwischenzeitlich wurde durch die HAVAG Klage gegen den Bescheid eingelegt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte weiterhin mit, dass aufgrund ministerieller Absprachen geprüft wird, ob eine Verschiebung des Gebäudes um elf Meter nach hinten technisch und finanziell möglich sei.

In Bezug auf die Flutmittel habe es keine Veränderungen gegeben. Die Flutmittelbewilligungen belaufen sich mittlerweile auf 20 Mio. Euro. Die Schadenssumme in Höhe des Investitionsvolumens betrage 280 Mio. Euro. Von Seiten des Landes werde monatlich ergänzt und momentan sei die Verwaltung dabei, einzelne angeforderte Bereiche zu untersetzen.

Zur Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft und des Starparks sowie der Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung wurde in Abstimmung mit dem Hauptausschuss eine Personalentscheidung getroffen. Man befinde sich in der Vorbereitung und Abstimmung, die Personalie innerhalb der Verwaltung und der EVG zu verwirklichen und umzusetzen.

Bezüglich des Zuwendungsvertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass dieser den Stadträten zur Entscheidung vorliege. Es werde dargestellt, dass 2014/2015 die Stadt 5 Mio. Euro mehr aufbringen muss, um die Theater, Oper und Orchester GmbH zu finanzieren, was auch möglich sei.

Seit über einem Jahr wurde intensiv an dem Vertrag gearbeitet, welcher jedoch im Hinblick auf den Stellenabbau nicht zufriedenstellend sei. Man habe aber jetzt die Gelegenheit, für die nächsten fünf Jahre die Theater, Oper und Orchester GmbH Bestands- und Fördermittel sicher aufzustellen.

Darüber hinaus werde im Vertrag ausgeführt, dass Aufführungen für Kinder und Jugendliche vorzuhalten sind sowie die Verpflichtung zur Teilnahme an den Händelfestspielen besteht.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wies ausdrücklich darauf hin, dass die Verwaltung weiterhin am Haushaltsausgleich arbeite. Dieser müsse gesichert sein, da er eine zwingende Voraussetzung des Zuwendungsvertrages ist.

Im Aufsichtsrat wurde auch schon darüber diskutiert, wie die Umsetzung erfolgen soll, die im Ermessen des Geschäftsführers stehe. Es seien Spielräume vorhanden, aber letztendlich gäbe es genaue Überprüfungsmöglichkeiten des Landes im Rahmen der Verwendung der Zuwendungen.

Zur Hochschulstrukturplanung teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass der Wissenschaftsminister ein Gesetz vorbereite, um Einsparungen ohne Zustimmung der Hochschulen durchsetzen zu können. Aus seiner Sicht sei dies ein klarer Angriff auf die Hochschulautonomie und er lehne dies ab. Die Hochschulautonomie müsse unangetastet bleiben. Ebenso gäbe es bereits die Vorgaben des Haushaltsrechtes, ein neues Gesetz sei verwaltungs- und verfassungsrechtlich problematisch.

In Bezug auf die Medienwissenschaften führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass signalisiert wurde, die Medienwissenschaften in Halle unter der Bedingung zu erhalten, dass alle medienwissenschaftlichen Standorte in Sachsen-Anhalt insgesamt 1 Mio. Euro einsparen. Dies sei jedoch nur eine Absichtserklärung und es bleibe bei dem Erfordernis der Gesamtstrukturierung. Auch habe sich diesbezüglich der Finanzminister in den letzten Tagen ablehnend geäußert und es bedarf weiterhin der Überarbeitung der Pläne des Landes.

Nach dem neu überarbeiteten Strukturplan des Ministers sollen die sieben Hochschulen des Landes bis zum Jahr 2019 insgesamt fast 24 Mio. Euro einsparen. Dabei seien aktuelle und zu erwartende Defizite eingerechnet. Für die Universität in Halle bedeuten dies 11,9 Mio. Euro an Einsparungen.

Die Mitarbeiter des Wirtschaftsbeirates und der Staatsminister arbeiten weiterhin an dem Erhalt der Studiengänge und dabei besonders der Medien- und Kommunikationswissenschaften und der Informatik. Man setze sich jedoch auch für den Erhalt der anderen Studiengänge ein, was in mehreren Veranstaltungen im letzten Monat erhärtet wurde.

Bezüglich der Eissporthalle teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass mittlerweile ein Beschluss des Landgerichtes vorliege, den Zeitwert der alten Eissporthalle nochmals vorzutragen. Hierzu habe der Eissporthallen e.V. in Liquidation Gelegenheit, binnen eines Monats dazu Stellung zu nehmen.

Momentan werden der Heimfall des Grundstücks und das Erbbaurecht geprüft.

Weiteres dazu werde **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** in den Mitteilungen im nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung berichten. Hintergrund sei, dass es einen Pacht- und Geschäftsbesorgungsvertrag gäbe, der ebenfalls bei einem Heimfall seine Gültigkeit verlieren würde. Dieser wurde abgeschlossen für weitere fünf Jahre mit einer dreimaligen Verlängerungsoption von weiteren fünf Jahren.

In Bezug auf die Unterbringung des Planetariums im Gasometer informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass es positive Resonanzen beim Landesverwaltungsamt und bei der IB-Bank dafür gäbe.

Über den weiteren Verlauf werde er die Stadträte in Kenntnis setzen bzw. eine Standortentscheidung im Stadtrat vortragen.

Zum Riebeckplatz habe der Geschäftsführer der HWG deutlich gemacht, dass dieser nicht nur Tor zur Innenstadt, sondern die Drehscheibe zwischen Innenstadt und östlicher Stadterweiterung sei. Unter diesem Gesichtspunkt werde aus Sicht der Verwaltung der Riebeckplatz verändert betrachtet.

In der oberen Leipziger Straße plane man einen Neubau und im Bereich der HWG die energetische Sanierung des Riebeckplatzes 7 und 8 in der Franckestraße.

Zur städtebaulichen Gestaltung des Riebeckplatzes befinde man sich in einem großen Diskussionsprozess. Drei bis fünf Büros arbeiten unterschiedlich unter Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner, der lokalen Fachleute und auch der Mitwirkung der Stadträte, um zu versuchen, eine städtebauliche Leitbildidee zum Riebeckplatz zu entwickeln.



**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 06.05.2014:

1. Die Gesellschafter beschließen die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 mit einer Bilanzsumme von Euro 342.740,06 und einem Jahresfehlbetrag von Euro 7.567,05.
2. Die Gesellschafter beschließen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von Euro 7.567,05 mit dem bestehenden Gewinnvortrag von Euro 109.767,06 zu verrechnen.
3. Die Gesellschafter beschließen die Entlastung des Geschäftsführers (Herrn Stefan Voß) für das Geschäftsjahr vom 01.01.2013 bis 31.12.2013.

**zu 6.5      Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 „Gartenstadt Gesundbrunnen“**  
**Vorlage: V/2014/12765**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, warb wiederholt darum, die Erhaltungssatzung für die „Gartenstadt Gesundbrunnen“ weiter beizubehalten und rief dazu auf, der Vorlage zur Aufhebung nicht zuzustimmen.

Er merkte dazu an, dass man es mit einer Siedlung zu tun habe, die in ihrer Geschlossenheit bis heute steht und mit dem städtebaulichen Erhalt ein Alleinstellungsmerkmal für die Stadt darstellt. Auch habe sich das Grundprinzip, für den Schutz solcher baulichen Anlagen eine Erhaltungssatzung aufzustellen, bis heute nicht geändert. Die Schutzwürdigkeit dieser Wohnanlage sei nach wie vor gegeben.

Das Thema der Aufhebung habe sich an dem Problem der Parkplätze in Vorgärten ergeben, was sich seiner Meinung nach nicht mit der Aufhebung der Satzung lösen werde. Die Menge der Fahrzeuge werde sich nicht ändern und der Platz werde sich auch dadurch nicht vergrößern.

**Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion**, wies darauf hin, dass die Straßen einer Stadt bzw. ein Stadtviertel nicht den Einwohnern gehöre und eine solche weitreichende Entscheidung nicht isoliert betrachtet werden kann.

Aus diesem Grund wurde eine Bürgerbeteiligung durchgeführt, bei welcher sich sechs Bürger für und sechs Bürger gegen die Erhaltungssatzung aussprachen. Man habe aber auch feststellen müssen, dass sich die Bürger aus dem Stadtviertel Gesundbrunnen für die Aufhebung ausgesprochen hätten.

Aus anderen Wohngebieten, wie zum Beispiel dem Mühlwegviertel, kamen sehr gut ausgearbeitete Stellungnahmen dahingehend, dass es nicht egal sei, wie in einem Stadtviertel gehandelt wird und insgesamt alle Hallenserinnen und Hallenser einen Anspruch darauf hätten, die Stadtviertel in ihrer Geschlossenheit zu erhalten.

Aus diesem Grund stimme auch seine Fraktion gegen die Aufhebung der Erhaltungssatzung.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

14 Ja-Stimmen

25 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt unter Berücksichtigung der Auswertung der Stellungnahmen aus der vorangegangenen Bürgerinformation zur Erhaltungssatzung Nr. 55 „Gartenstadt Gesundbrunnen“ die Aufhebung der oben genannten Satzung.*

Nach der Abstimmung erklärte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass die Verwaltung ungeachtet des Abstimmungsergebnisses, alle vorliegenden Erhaltungssatzungen auf ihre Umsetzung prüfen wird.

**zu 6.6      Satzung über die Wahl der Gemeindeelternvertretung für die Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12681**

---

**zu 6.6.1    Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Satzung über die Wahl der Gemeindeelternvertretung für die Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) - Vorlagen-Nr.: V/2014/12681  
Vorlage: V/2014/12919**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**zu 6.6.1    Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Satzung über die Wahl der Gemeindeelternvertretung für die Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) - Vorlagen-Nr.: V/2014/12681  
Vorlage: V/2014/12919**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**zurückgezogen**

da Verwaltung übernommen

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Satzung über die Wahl der Gemeindeelternvertretung für die Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) mit folgender Änderung:*

***Punkt (5) im § 6 wird Punkt (6),***

***Punkt (5) wird neu:***

***„Zur konstituierenden Sitzung über die Wahl der Gemeindeelternvertretung lädt das Jugendamt in Absprache mit dem Vorstand der Stadtelternvertretung ein.“***

**zu 6.6     **Satzung über die Wahl der Gemeindeelternvertretung für die Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)****  
**Vorlage: V/2014/12681**

---

**Abstimmungsergebnis:**                                 **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form/Text):**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Satzung über die Wahl der Gemeindeelternvertretung für die Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale).

*Wie bei der Diskussion zur Tagesordnung abgestimmt, wurde der Tagesordnungspunkt 6.39 vor dem Tagesordnungspunkt 6.7 behandelt.*

**zu 6.39     **Abschluss eines Fördervertrages mit dem Land nebst Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept****  
**Vorlage: V/2014/12874**

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wies darauf hin, dass im Aufsichtsrat der TOO und auch im Finanz- und im Hauptausschuss von der Verwaltung zugesichert wurde, darüber zu informieren, wie es um die ausstehenden Zahlungen der Stadt an die TOO steht.

**Herr Bürgermeister Geier** teilte mit, dass er die schriftliche Beantwortung nachreichen könne.

Desweiteren erläuterte er, dass die Fragestellung stand, ob es einen Anspruch gäbe, wenn eine Planzahl im Haushalt steht. Dem sei nicht so und er begründete es mit der klaren Aussage im § 93 Absatz 3 der Gemeindeordnung, dass Ansprüche nicht abgeleitet werden können. Deshalb brauche man ein extra Regelungswerk, damit Zahlungen erfolgen können.

Diese Zahlungen erfolgten für das Jahr 2013 in einem sogenannten Theaterfinanzierungsvertrag, in welchem die Modalitäten zwischen Stadt, Land und der TOO GmbH, bezogen auf das Kalenderjahr, festgelegt worden sind.

Auf der Grundlage des bis 31.12.2013 befristeten Theaterfinanzierungsvertrages habe die Stadt entsprechend ihre Zahlungen von insgesamt 32,6 Mio. Euro geleistet. Diese Summe beinhaltete für das Jahr 2013 11,9 Mio. Euro Landeszuschüsse.

Für das Kalenderjahr 2014 habe die Stadt im Moment keine vertragliche Grundlage. Dem diene die heutige Beschlussfassung, rückwirkend zum 01. Januar 2014.

Die Stadt habe vorläufig weiter gezahlt in einer Größenordnung von im Moment 15,4 Mio. Euro. Dieser Betrag wurde seit Januar an die TOO zugewiesen und nach entsprechender Beschlussfassung würde die Stadt die Zahlungsmodalitäten entsprechend der Beschlussfassung im Stadtrat und der Vereinbarung im Land anpassen, so dass insgesamt für das Jahr 2014 Zahlungen in Höhe von 29,8 Mio. Euro erfolgen würden. Davon der städtische Anteil von 20,7 Mio. Euro und der um 2,2 Mio. Euro gekürzte Anteil auf 9,1 Mio. Euro vom Land.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Geier fragte **Frau Wolff** nach, ob die TOO im Jahr 2014 nur die vereinbarte Summe erhalte, wenn ein Beschluss zustande kommt und ob der Wirtschaftsplan zu verabschieden wäre, wenn 1,6 Mio. Euro noch ausstehen.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, machte darauf aufmerksam, dass der von der Stadt zu zahlende Betrag in Höhe von 29,8 Mio. Euro, den Planungen von Seiten der Stadt entspreche.

Er fragte an, wie die TOO mit dem jetzt gekürzten Anteil vom Land arbeiten könne. Die Stadt müsse für die mangelhafte Zahlung des Landes einspringen, da auch die Strukturmaßnahmen in diesem Jahr noch nicht wirksam werden können. Insofern müsse die TOO ausreichend mit Geld ausgestattet werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** stellte klar, dass die Zahlungen der Stadt unvermindert geleistet werden. Alle Differenzen würden durch die TOO aufgefangen.

Bezüglich der Anfrage von Frau Wolff teilte er mit, dass durch die Stadt keine Kürzungen erfolgen und der Zuschuss von 20,7 Mio. Euro konstant gehalten werde.

**Herr Bönisch** zeigte sein Unverständnis für die Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister. Seiner Meinung nach könne die TOO die Differenz der Ausgleichszahlung nicht selbst aufbringen und die Stadt müsse den städtischen Zuschuss erhöhen.

Sollte dies nicht erfolgen, kündigte er an, einen entsprechenden Antrag auf den Weg zu bringen, denn das Thema müsse gemeinsam besprochen und gemeinsam entschieden werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte darauf aufmerksam, dass die Verfahrensweise mit dem Geschäftsführer der TOO besprochen wurde. Er habe jedoch kein Problem damit, eine Vorlage einzubringen.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, zeigte sich verwundert über die Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand, welche nicht der Gesprächslage im Aufsichtsrat entsprechen würden, da nirgends gesagt wurde, dass die TOO die 2,9 Mio. Euro alleine auffangen sollte und könnte. Dies sei auch im Wirtschaftsplan nicht dargestellt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies darauf, dass es wichtig sei, den Zuschuss der Stadt konstant zu halten. Er beantragte Rederecht für Herrn Lork und bat diesen um Erläuterungen zum Wirtschaftsplan der TOO.

**Herr Lork, Vorstand (BMA) BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)**, informierte darüber, dass nach Analyse der BMA der vorgelegte Wirtschaftsplan mit dem Konzept und dem wirtschaftlichen Teil deckungsgleich sei. Die Kürzungen laufen seit März 2014 und nach seinem Kenntnisstand sei mit Beschluss des Stadtrates zum Wirtschaftsplan und dem vorgelegten Fördervertrag die Finanzierung geklärt und bezahlt. Es gäbe keine finanzielle Lücke.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** schloss sich den Ausführungen von Herrn Lork an. Auch er sehe keine Finanzierungslücke. Mit dem Beschluss des Wirtschaftsplanes sei der Betrag so angepasst, dass die TOO auskömmlich sei und damit arbeiten könne.

**Frau Ewert, SPD-Fraktion**, merkte an, dass ihre Fraktion keine Alternative sehe und deshalb mehrheitlich zustimmen werde, denn Halle soll nicht gegenüber Magdeburg benachteiligt sein.

Sie erinnerte daran, dass in Halle zwei Orchester fusioniert sind und dies vom Land hätte finanziell abgedeckt werden müssen.

Bezüglich des Vertrages führte sie aus, dass sie nicht damit einverstanden sei, dass der Oberbürgermeister zu Anfang der Verhandlungen sein großes Verständnis für das Land dargestellt habe. Sie hätte sich gewünscht, dass er mehr gekämpft und versucht hätte, mehr für die TOO herauszuholen.

Man müsse jetzt mit den Tatsachen umgehen und sie denke, dass sich in der TOO die Mitarbeiter, die Intendanten und auch der Geschäftsführer bemühen werden, auch unter schwierigen Bedingungen für die Hallenserinnen und Hallenser kulturelle Bildung und kulturelles Vergnügen auf hohem Niveau anzubieten.

Ihre Fraktion werde dem vorliegenden Vertrag mehrheitlich zustimmen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte deutlich, dass zu Beginn seiner Amtszeit, unabhängig von Beschlüssen des Landtages, die TOO praktisch insolvent war.

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, stellte fest, dass der vorliegende Theatervertrag Ausdruck eines großen Dissens zwischen der Stadt und dem Land sei. Der Konflikt werde auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der TOO ausgetragen und er könne dem nicht zustimmen.

Er begründete seine Auffassung damit, dass die TOO nicht gleich in Insolvenz gehen würde, sollte dem Vertrag nicht zugestimmt werden. Seiner Meinung nach hätte man hartnäckiger gegenüber dem Land sein müssen.

Allerdings sehe er alle Beteiligten in der Schuld, da es bei der Ankündigung der Kürzungen die unterschiedlichsten Meinungen in der Stadt gegeben habe. Nicht nur vom Oberbürgermeister, sondern auch von einigen Stadträten habe er damals die Ansicht gehört, dass eine gesteuerte Schutzschirminsolvenz gut sei.

Letztendlich müssen in den nächsten vier bis fünf Jahren über 100 Mitarbeiter entlassen werden. Sich allein auf das Wort des Geschäftsführers zu verlassen, sei ihm als verantwortungsvoller Stadtrat nicht genug. Deswegen könne er dem vorliegenden Vertrag nicht zustimmen.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90DIE GRÜNEN**, widersprach den Ausführungen von Herrn Dr. Wend und machte deutlich, dass die jetzt auftretenden Probleme die Konsequenzen der Sparwut des Landes seien. Durch die Sparmaßnahmen, die das Land zu verantworten habe, werden die gewachsenen Strukturen in der Stadt Halle gefährdet. Am Vertrag könne nicht abgelesen werden, wie tiefgreifend die negativen Wirkungen ausfallen würden. Allein durch das Sparen werde das Wirken der Kulturschaffenden langfristig infrage gestellt.

Seine Fraktion sei zu dem Ergebnis gekommen, dem Vertrag in der jetzt vorliegenden Form nicht zuzustimmen. Dadurch werde zwar eine erhebliche Unsicherheit hervorgerufen, aber sie seien der Meinung, dass langfristig die Wirkung beachtet und noch einmal nachverhandelt werden muss, um Verbesserungen zu erwirken.

Die Ablehnung des Vertrages wurde von **Herrn Wehrich** auch damit begründet, dass er der Beschlusslage im Rat widerspreche, denn man habe sich eindeutig für eine Teilzeitinitiative ausgesprochen, um betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen. Ebenso könne er nicht verstehen, dass Mitarbeiter mit hohen Abfindungen entlassen werden sollen, wenn die Verträge sowieso auslaufen.

Als wichtigsten Grund der Ablehnung nannte **Herr Wehrich** die Zahlungsverprechungen des Landes bei den Strukturanpassungsmaßnahmen. Diese müssten nachverhandelt werden, um die Kosten abzumildern.

Bezüglich der Teilzeitmodelle führte er als Beispiel die Stadt Dessau an. Sie gebe den Weg vor und Halle müsse auch in diese Richtung gehen.

Die Stadt Halle könne es sich nicht leisten, zusätzliche Mittel für die TOO aufzubringen und es wäre leicht nachzuvollziehen, wie stark die Stadt ins Defizit rutschen würde, wenn die Zahlungen aus dem FAG zurück gehen und die Gewinne der Stadtwerke noch weiter reduziert werden.

Angesichts der genannten Argumente sei seine Fraktion zu dem Ergebnis gekommen, dem Vertrag nicht zuzustimmen. Sie hielten es für notwendig, noch einmal nach zu verhandeln, um wenigstens bei den Kosten für die Anpassungsmaßnahmen noch bessere Bedingungen für die Stadt auszuhandeln.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** merkte an, dass der Minister signalisiert habe, dass die Stadt Dessau mit ihrem Beschluss deutliche finanzielle Nachteile haben wird, so dass dieses Modell der Teilzeit nicht erfolgversprechend wäre. Auch der Geschäftsführer der TOO sehe darin keine Alternative.

Der Vertrag liege aus dem Grund vor, weil die mittelfristige Finanzplanung für die nächsten Jahre nichts anderes zulasse und die Festlegungen des Vertrages zum jetzigen Zeitpunkt vertretbar seien.

**Frau Dr. Wünscher** sprach sich im Namen ihrer Fraktion für die Zustimmung zum Theatervertrag aus, da er in der jetzigen Situation alternativlos sei.

In Bezug auf die Ausführungen über die Stadt Dessau machte sie darauf aufmerksam, dass dort andere Voraussetzungen vorliegen würde, da es keine Haustarifverträge gäbe, die solange laufen wie in Halle. Auch habe eine Befragung unter den Beschäftigten in Halle ergeben, dass nur eine Minderheit für Teilzeitverträge stimmen würde.

Desweiteren widersprach sie den Aussagen von Herrn Oberbürgermeister dahingehend, dass die TOO jetzt insolvent wäre, wenn er nicht eingeschritten hätte. Die TOO sei jetzt in der Lage, sich mit mehreren Millionen Euro aus Rücklagen liquide zu machen und das Weiterbestehen der TOO zu ermöglichen, was bei einer Insolvenz nicht möglich gewesen wäre.

Abschließend stellte sie fest, dass das Ergebnis der Verhandlungen in Bezug auf den Theatervertrag schlecht sei und man jetzt mit dieser Situation umgehen und versuchen muss, das Beste daraus zu machen.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, bezog sich in seinen Anmerkungen auf die Ankündigungen des Landes, für das nächste Jahr 100 Mio. Euro weniger FAG-Zuweisungen für die Kommunen bereitzustellen. Geht man davon aus, dass Halle 10 % davon abfasse, könne man sich vorstellen, welche Größenordnung auf den städtischen Haushalt in den nächsten Jahren zukomme.

Bei dem vorliegenden Vertrag gehe es um zusätzliche Belastungen von 14 Mio. Euro aus Eigenmitteln. Seine Fraktion könne diesem Vertrag nicht zustimmen, welcher ein einseitiges Diktat des Landes sei und die Kommunen mit ihren Problemen allein gelassen werden

Man hätte so verhandeln müssen, dass die Strukturanpassungsmaßnahmen, die durch das Land erzwungen wurden, zu 100 % durch das Land zu bezahlen sind.

Das vorliegende Ergebnis sei ein schlechtes Ergebnis, was dazu führt, dass die Struktur der TOO in den Kultureinrichtungen kaputt gemacht wird und qualitativ und quantitativ nach unten geht.

Auch die Aussagen des Geschäftsführers der TOO, die Aufführungen in den nächsten fünf Jahren um ein Viertel zu kürzen und dabei Mehreinnahmen zu erzielen, könne er nicht nachvollziehen. Dafür wollte man nicht die Verantwortung übernehmen und deshalb werde seine Fraktion dieses Verhandlungsergebnis nicht mittragen.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, stellte klar, dass sich die anstehende Problematik der Finanzierung schon bei der Gründung der TOO herausgestellt habe und mit der GmbH-Gründung nur verschoben wurde. Deshalb könne seiner Meinung nach nicht allein dem Land die Schuld zugewiesen werden.

Weiterhin äußerte sich **Herr Krause** dahingehend, dass im Rahmen des Alleinganges des Oberbürgermeisters ein Verhandlungsergebnis vorgelegt werde, was kaum akzeptabel sei. Er hoffe, dass die im Finanzausschuss von Herrn Stiska gemachten Zusagen, die Anzahl der betriebsbedingten Kündigungen möglichst niedrig zu halten, eingehalten werden, denn dies sei ein wichtiger Punkt für die Entscheidung seiner Fraktion.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Krause äußerte sich **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** dahingehend, dass die Darlegungen im Wirtschaftsplan, welche im Aufsichtsrat vorgeschlagen und beschlossen worden sind, dem Vertragsentwurf entsprechen.

Bezüglich des Verhandlungsergebnisses habe er unter den Voraussetzungen des Diktates, dass das Land 3 Mio. Euro weniger bzw. gar nichts mehr an die Stadt zahlt, verhandelt. In den Ausschüssen wurde ausführlich über diesen Vertrag diskutiert und deshalb könne über das vorliegende Ergebnis abgestimmt werden.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, machte darauf aufmerksam, dass die Diskussion über die mögliche Insolvenz der TOO eine sachliche Diskussion nicht zugelassen habe. Man hätte gemeinsam gegenüber der Landesregierung und den angekündigten Kürzungen zusammen stehen müssen. Stattdessen habe es einen Keil zwischen den Städten, zwischen Verwaltung und Politik und auch zwischen den Beschäftigten in der GmbH und Teilen in der Stadt gegeben.

Von seiner Fraktion werde es keine mehrheitliche Unterstützung für die Vereinbarung geben. Sie hätten eine Diskussion zu verschiedenen Modellen und Phasen erwartet. Außerdem gäbe es im Vertrag viele ungeklärte Punkte und Herr Wolter führte als Beispiel die Leistungsabsprache zwischen dem Land und der TOO an. Dabei könnte die Landesregierung von der Staatskapelle 20 Konzerte verlangen, die kostenfrei zu erbringen wären.

Darüber hinaus fehle auch ein wirkliches Zukunftskonzept.

Nach den Aussagen von **Herr Kley, FDP-Fraktion**, zeige seine Fraktion größtes Unverständnis für die Landesregierung im Umgang mit der Stadt Halle und insbesondere mit der Wissenschaft und Kultur. Da aber das Land beschlossen habe, die Kulturförderung herabzusetzen, müsse man jetzt damit umgehen.

Die Verträge des Landes seien letztlich nichts weiter, als die Chance für den jeweiligen Minister, das was er eigentlich durch Bescheid erteilen würde an Fördermitteln, über mehrere Jahre zu binden und damit auch eine Garantie über mehrere Jahre zu erzielen, jenseits der Jährigkeit des Landeshaushaltes. Man könne mit dem Vertrag auch keine großen Bedingungen diktieren, denn das Land sei Fördermittelgeber und schreibt fest, wofür

es das Geld gibt. Das Land hätte auch einen Erlass machen und einen Bescheid über die Fördermittel schreiben können.

Seine Fraktion sehe ein großes Problem auf die Stadt Halle zukommen, was auch Folgen haben wird. Man sehe jedoch keine Alternative zum Vertrag. Er sehe positive Ideen der TOO, wie die schwierige Situation gemeistert werden kann und deshalb werde seine Fraktion dem Vertrag zustimmen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** merkte noch einmal an, dass der Vertrag sehr intensiv in den einzelnen Ausschüssen diskutiert wurde und jeder die Möglichkeit hatte, Anregungen einzubringen. Er bot an, Herrn Stiska, Geschäftsführer der TOO, das Wort zu erteilen, damit dieser seine Einschätzung geben und Stellung zu den Möglichkeiten des Vertrages beziehen könne und um deutlich zu machen, wie die Arbeitsfähigkeit der TOO mit diesem Vertrag gesichert werden kann.

Auf die Anfrage von Herrn Wolter, in welchen Ausschüssen der vorliegende Vertrag diskutiert wurde, verwies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** auf den Kulturausschuss, den Finanzausschuss und den Hauptausschuss. Er habe bis zur letzten Woche gemeinsam mit dem Minister über Ergänzungen verhandelt und die letzten Details besprochen. Auch habe er immer wieder die Anregungen, die von den Stadträten gekommen sind, aufgenommen und mit dem Minister verhandelt und jetzt liege die letzte Fassung vor.

**Herr Wolter** zweifelte einen Dialog mit den Mitgliedern des Stadtrates an. Er hätte einen Vertrag vorliegen, an deren Fassung es keine Veränderungen gegeben habe.

Auf die Bitte von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte **Herr Stiska, Geschäftsführer Theater-, Oper und Orchester GmbH**, aus, dass man vor einem Jahr mit dem Problem der Ankündigung der Landesregierung, in Halle 2,9 Mio. Euro streichen zu wollen, konfrontiert wurde.

Damals habe es die Aussage des Oberbürgermeisters gegeben, dass die Stadt bei den bisherigen Zuschüssen bleibt, auch wenn das Land kürzt. Und er habe auf die Gefahr der Insolvenz hingewiesen.

Im Zusammenhang mit den Kürzungen vom Land sei er aufgefordert gewesen, ein Strukturangepassungskonzept vorzulegen, was unter dem Druck der Landesregierung, dass Halle in Zukunft keine Kulturfördermittel mehr bekommt, entstanden ist. Es gab die Maßgabe, alle Sparten sowie das Orchester als A-Orchester mit 99 Musikern zu erhalten und er halte es für möglich, auf dieser Basis zu arbeiten und weiterhin eine hochwertige künstlerische Arbeit anbieten zu können.

Da 80 % der Kosten Personalkosten sind, sei beim Anpassungskonzept die Personalfrage entscheidend. In der gegenwärtigen Spielzeit sind es 532 Beschäftigte und das Konzept sieht bis zum Jahr 2019 vor, auf 419 Beschäftigte herunter zu gehen.

Durch die Haustarifverträge gäbe es bestimmte Bindungen im Personalabbau, was vornehmlich die Musiker betreffe, da sie einen Haustarifvertrag bis 2017 hätten, mit einem Kündigungsschutz bis zum Sommer 2019.

Gegenwärtig gäbe es noch 136 Musiker auf Vollzeitstellen gerechnet und man müsse herunter auf 99. Da noch einige ausscheiden werden, müssten 2019 voraussichtlich 33 Musikern gekündigt werden, mit einem hohen sozialen Problem und finanziellen Fragen der hohen Abfindungen, gerade in diesem Tarifbereich.

Die übrigen Beschäftigten würden zum Teil im Normalvertrag Bühne entlohnt bzw. hätten nach dem TVöD Haustarifverträge, die im Sommer auslaufen mit einem Kündigungsschutz bis zum kommenden Sommer.

Das Konzept sieht vor, bis zum Sommer 2015 62 Beschäftigte abzubauen. Dazu gäbe es bereits Überlegungen und man befinde sich in Verhandlungen mit den Beschäftigten, vorzeitig in Rente zu gehen bzw. Abfindungen in Anspruch zu nehmen.

Zum Problem der Teilzeit teilte **Herr Stiska** mit, dass man die Beschäftigten gefragt habe, es jedoch nicht zu solchen Mehrheiten von über 90 % wie in Dessau gekommen sei. In Halle sei die Situation auch dahingehend anders, da es nicht um den Totalverlust von Sparten gehe.

Darüber hinaus sei man nicht ganz unabhängig in den Tarifverträgen. Man brauche zum Teil aufgrund tariflicher Regelungen die Zustimmung der Gewerkschaften, wenn auf Teilzeit gegangen werden soll. Die zuständigen Gewerkschaften hätten sich sehr schwer getan, einer Lösung wie in Dessau zuzustimmen und hätten auf die Einmaligkeit verwiesen.

Im Bereich Technik werde gegenwärtig mit den Mitarbeitern verhandelt. Man habe ihnen vorgeschlagen, auf einzelvertraglicher Basis eine Absenkung der Arbeitszeit um 10 % zuzustimmen. Damit könnte auf betriebsbedingte Kündigungen in diesen Bereich verzichtet werden.

Mit dem vorzeitigen Renteneintritt von Beschäftigten könnte jedoch das Ziel des Personalabbaus bis 2019 erreicht werden.

Im Bereich von künstlerisch Beschäftigten sei der Abbau nicht ganz so problematisch, da es sich hier um Zeitverträge handelt, welche nicht verlängert werden müssen. Es gäbe zwar Härtefälle, sei aber durchaus machbar. Das Ganze habe sich im vorliegenden Wirtschaftsplan und im Strukturanpassungskonzept niedergeschlagen.

Der Kern des Ganzen bestehe darin, dass die Aussage, die Stadt behalte die Zuschüsse gleich und erhöhe sie nicht, nicht mehr gilt. Im Strukturanpassungskonzept gäbe es den wesentlichen Punkt, dass die Stadt in die Kürzungen des Landes einspringen und eine beachtliche Erhöhung stattfinden muss, um die TOO zu erhalten.

Bezüglich der Diskussionen in den Gremien führte **Herr Dr. Wend** aus, dass es keine Aussprache zum Theatervertrag gab. Als Mitglied des Kulturausschusses habe er den Theatervertrag per mail am 16.06. zugestellt bekommen. Die Sondersitzung dazu fand am 17.06. statt und die Stadtratssitzung am 25.06.2014. Dazwischen habe es keine weiteren Diskussionen gegeben.

Desweiteren merkte er an, dass bei einer Ablehnung des Theatervertrages das Land nicht einfach zusehen werde und das Argument, dass dann nichts mehr geht, als Instrument zur Zustimmung benutzt wird.

**Herr Wolter** machte darauf aufmerksam, dass die Kürzung der FAG-Mittel das gesamte Konzept der Kulturförderung im Land und auch die Theaterverträge auf den Kopf stellt und ernst genommen werden muss.

Abschließend erklärte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die Bedeutung von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, und dass man sich gerade in der Abstimmung der finanziellen Dinge so verständigt habe, dass die Stadt den finanziellen Zuschuss leisten und er seine Zustimmung dazu erteilen könne. Dazu gäbe es im Vertrag einen Passus dahingehend, dass die Stadt sich verpflichtet, für die Dauer der Laufzeit des Vertrages die Gewähr für die TOO zu übernehmen.

### Abstimmungsergebnis:

**mehrheitlich zugestimmt**

25 Ja-Stimmen

17 Nein-Stimmen

5 Enthaltungen

### Beschluss:

1. Die Stadt Halle (Saale) nimmt das vorliegende Angebot zum Abschluss des Vertrages über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für den Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2018 gemäß der aus der *Anlage 1* ersichtlichen Fassung vom 12. Juni 2014 u. a. mit einer jährlichen Festbetragsfinanzierung von 9.053.600,00 € als Projektförderung unter der Bedingung an, dass die zu beteiligenden Gremien des Landes Sachsen-Anhalt dem angebotenen Vertrag in unveränderter Fassung zustimmen.
2. Das Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept der Stadt Halle (Saale) für die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle in der aus der *Anlage 2* ersichtlichen Fassung mit den wesentlichen Rahmenbedingungen

- eines inhaltlich unveränderten Fortbestands des Kulturangebotes der Halleschen Bühnen, also dem Erhalt aller 5 Sparten unter Beibehaltung des „A-Status“ für das Orchester,
- einer personellen Zielstruktur per 31.07./01.08.2019 von 419 Köpfen, wovon 99 Personen auf die Orchester-Musiker und 32 Personen auf Chor-Sänger entfallen,
- einer Beteiligung des Landes an der Finanzierung von Strukturanpassungsmaßnahmen und der Dynamisierung der Personalkosten,
- einer Vergütungserhöhung beim Erreichen der Flächentarifverträge durch Auslaufen der Haustarifverträge mit Wirkung im Bereich Bühne zum 01.07.2014, im Bereich TVöD zum 01.08.2014 und mit Wirkung im Bereich Musiker zum 01.08.2017 und
- einer sofortigen Einleitung und Umsetzung von Strukturanpassungsmaßnahmen zur Erreichung der personellen Zielstruktur durch Nichtverlängerungs-Erklärungen bzw. Kündigungen im Bereich Bühne/Sonstige zum 31.07.2015 und im Bereich Musiker zum 31.07.2019,

wird bestätigt.

3. Der Oberbürgermeister als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, nach Abschluss des Vertrages über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgende Beschlüsse zu fassen:
  - a) Das Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept der Stadt Halle (Saale) für die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird in der aus der *Anlage* ersichtlichen Fassung beschlossen.
  - b) Der Geschäftsführer wird angewiesen, das Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept der Stadt Halle (Saale) für die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle unverzüglich umzusetzen. Ziel der

Gesellschafterweisung ist die Sicherung des unveränderten Fortbestandes des Kulturangebotes der Halleschen Bühnen und ihre langfristige Finanzierung.

**zu 6.7      Wirtschaftsplan 2014/2015 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
Vorlage: V/2014/12854**

---

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, stellte fest, dass es nicht der Geschäftsordnung entspreche, den Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen. Für Wirtschaftspläne von Beteiligungen sei der Stadtrat nicht zuständig und sie kündigte an, dass sich die CDU-Fraktion an dieser Abstimmung nicht beteiligen wird.

Die Bestätigung des Wirtschaftsplanes sei allein Aufgabe des Aufsichtsrates und in diesem wurde er bereits behandelt. Auch im Kulturausschuss habe man sich dazu entschieden, den Wirtschaftsplan nur zur Kenntnis zu nehmen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** führte dazu aus, dass der Wirtschaftsplan die gleiche Bedeutung habe, wie ein Haushaltsplan für den laufenden Geschäftsbetrieb, und es dringend erforderlich ist, über den Wirtschaftsplan zu diskutieren. Seine Verpflichtung sei es auch, die zukünftigen Planungen, von denen die Durchführung des Wirtschaftsplanes abhängig sei, für die TOO deutlich zu machen.

Der Wirtschaftsplan gibt das wieder, was mit der Zustimmung zum Vertrag über die Förderung der TOO beschlossen wurde.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, korrigierte die Ausführungen von Frau Dr. Wünscher mit dem Hinweis darauf, dass in der Begründung zur Vorlage dargestellt werde, dass der Aufsichtsrat den Wirtschaftsplan 2014/2015 anlässlich seiner Sitzung am 24. April behandelt habe und der Gesellschafterversammlung empfiehlt, den Wirtschaftsplan der TOO für das Geschäftsjahr zu beschließen. Bei der TOO handelt es sich um einen Zuschussbetrieb und er merkte an, dass die Wirtschaftspläne aller Zuschussbetriebe immer im Finanzausschuss und anschließend im Stadtrat behandelt worden sind.

Aus diesem Grund müsse auch der Wirtschaftsplan der TOO im Stadtrat diskutiert und bestätigt werden.

Vor der Abstimmung bestätigte **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, noch einmal die Haltung seiner Fraktion, an der Abstimmung nicht teilzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:                                      mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Oberbürgermeister als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgenden Beschluss zu fassen:

**Der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr vom 01.08.2014 bis zum 31.07.2015 wird beschlossen.**

**zu 6.8      Bildung eines Hochwasserschutzbeirates  
Vorlage: V/2014/12839**

---

zu 6.8.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur  
Beschlussvorlage Bildung eines Hochwasserschutzbeirates; Vorlagen-  
Nummer V/2014/12839  
Vorlage: V/2014/12880**

---

zu 6.8.2 **Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Karamba Diaby (SPD-Stadtratsfraktion)  
zur Vorlage "Bildung eines Hochwasserschutzbeirates"  
Vorlage: V/2014/12912**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

zu 6.8.2 **Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Karamba Diaby (SPD-Stadtratsfraktion)  
zur Vorlage "Bildung eines Hochwasserschutzbeirates"  
Vorlage: V/2014/12912**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Beschlusspunkt 3 wird um einen Anstrich erweitert:

- eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes

zu 6.8.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur  
Beschlussvorlage Bildung eines Hochwasserschutzbeirates; Vorlagen-  
Nummer V/2014/12839  
Vorlage: V/2014/12880**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der 1. Anstrich im Beschlusspunkt 3 erhält folgende Fassung:

„zwei Vertreterinnen bzw. zwei Vertreter der Interessengemeinschaft Hochwasserschutz  
Altstadt“

zu 6.8 **Bildung eines Hochwasserschutzbeirates  
Vorlage: V/2014/12839**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**geänderter Beschluss:**

1. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, einen Hochwasserschutzbeirat nach § 74 a der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt zu bilden.
2. Der Hochwasserschutzbeirat berät die Stadtverwaltung bei der Entwicklung der Hochwasserschutzkonzeption.
3. Mitglieder des Beirates sollen sein:
  - ~~eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Interessengemeinschaft Hochwasserschutz Altstadt~~ **zwei Vertreterinnen bzw. zwei Vertreter der Interessengemeinschaft Hochwasserschutz Altstadt**
  - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Einwohnerinnen und Einwohner Halle-Neustadts
  - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Einwohnerinnen und Einwohner Planenas
  - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Einwohnerinnen und Einwohner Lettins
  
  - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Einwohnerinnen und Einwohner der Talstraße
  - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (LHW)
  - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Stadtwerke Halle GmbH
  - der bzw. die Vorsitzende des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten
  - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Stadtverwaltung
  - **eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes**

**zu 6.9 Jahresabschluss 2013 der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH  
Vorlage: V/2014/12862**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

*(Entsprechend § 31 GO LSA unterlagen dem Mitwirkungsverbot zum Punkt 3 Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion.)*

**Abstimmungsergebnis:**

**Einzelpunktabstimmung**

**B.-Punkt 1 und 2    mehrheitlich zugestimmt**  
**B.-Punkt 3            mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der gesetzliche Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, folgenden Gesellschafterbeschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH vorgelegte Jahresabschluss 2013 wird in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft HENSCHKE und PARTNER GbR geprüften und am 17.04.2014 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Das Jahresergebnis beträgt

-847.089,39 EUR.

Die Bilanzsumme beträgt 6.541.597,06 EUR.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 847.089,39 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.

**zu 6.10 Jahresrechnung 2013 und Haushaltsplan 2015 der Oelhaf-Zeysesche Stiftung**  
**Vorlage: V/2014/12868**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

**Der Stadtrat nimmt die Jahresrechnung 2013 einschließlich der Vermögensübersicht und den Haushaltsplan 2015 der Oelhaf-Zeysesche-Stiftung zur Kenntnis.**

Der Vorstand der Oelhaf-Zeysesche-Stiftung hat in seiner Sitzung vom 15.05.2014 beschlossen:

1. Der von der Geschäftsführung der Oelhaf-Zeysesche-Stiftung vorgelegte Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2013 mit einer

<b>Bilanzsumme</b>	<b>EUR 535.217,19</b>
<b>Jahresüberschuss Vermögensverwaltung</b>	<b>EUR 21.157,48</b>

wird festgestellt.
2. Es erfolgt eine Rücklagenbildung in Höhe von 7.052,49 EUR nach § 58 Nr. 7a AO.
3. Der Geschäftsführung wird für das Wirtschaftsjahr 2013 Entlastung erteilt.
4. Der Haushaltsplan für das Jahr 2015 wird in vorliegender Form beschlossen.

**zu 6.11 Jahresrechnung 2013 und Haushaltsplan 2015 der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung**  
**Vorlage: V/2014/12869**

---

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, fragte nach, weshalb über die Kenntnisnahme der Vorlage abgestimmt werden soll und diese nicht als Informationsvorlage vorgelegt wird. Seiner Meinung nach wäre eine Mitteilung dazu ausreichend.

**Herr Bürgermeister Geier** teilte dazu mit, dass die Vorgehensweise mit der Selbstverpflichtung des Oberbürgermeisters zusammenhänge, dass die Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse in den Stadtrat eingebracht werden.

**Herr Lange, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**, schlug eine Absprache mit dem neuen Stadtrat vor, wie in Zukunft mit diesem Thema umgegangen werden soll.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat nimmt die Jahresrechnung 2013 einschließlich der Vermögensübersicht und den Haushaltsplan 2015 der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung zur Kenntnis.**

Der Vorstand der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung hat in seiner Sitzung vom 15.05.2014 beschlossen:

1. Der von der Geschäftsführung der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung vorgelegte Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2013 mit einer:

<b>Bilanzsumme</b>	<b>EUR 514.923,88</b>
<b>Jahresüberschuss Vermögensverwaltung</b>	<b>EUR 17.528,41</b>

wird festgestellt.
2. Es erfolgt eine Rücklagenbildung in Höhe von 5.842,80 EUR nach § 58 Nr. 7a AO.
3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.
4. Der Haushaltsplan für das Jahr 2015 wird in vorliegender Form beschlossen.

**zu 6.12 Feststellung des Jahresabschlusses 2012 und Entlastung des Oberbürgermeisters  
Vorlage: V/2014/12764**

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion,** stellte den Antrag auf Vertagung der Vorlage, weil im Teil 12/12, dem letzten Monat der Vorlage, ein Sachverhalt zu Personaleinstellungen aufgeführt sei, welcher momentan juristisch verfolgt wird. Aus der Sicht seiner Fraktion sei dies im Moment nicht entlastungswürdig. Mit einem Beschluss wäre man nicht glaubwürdig, da der Stadtrat diesbezüglich über ein Disziplinarverfahren nachdenkt. Er schlug vor, die Vorlage bis nach der Sommerpause zu vertagen.

**Herr Lange, stellv. Vorsitzender des Stadtrates,** bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Krause auf Vertagung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:**

**vertagt  
auf September**

**Beschlussvorschlag:**

1. *Der Oberbürgermeister stellt gem. 108a Abs. 1 Satz 2 GO LSA und auf der Basis des Prüfberichtes des Fachbereiches Rechnungsprüfung vom 16.04.2014 die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2012 fest.*
2. *Der Stadtrat beschließt gem. § 108a Abs. 1 Satz 3 GO LSA den geprüften Jahresabschluss 2012 mit einer Bilanzsumme von 1.951.630.469,87 EUR. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 28.074.901,36 EUR wird gemäß § 24 GemHVO Doppik auf neue Rechnung vorgetragen. Davon werden 12.608.235,19 EUR durch die Verwendung der Ergebnismrücklage aus der Sonderrücklage gedeckt.*
3. *Der Stadtrat erteilt für den Zeitraum vom 01.01.2012-30.11.2012 der Oberbürgermeisterin a.D., für den Zeitraum vom 01.12.2012-31.12.2012 dem Oberbürgermeister gem. § 108a*

**zu 6.13 Gleichstellungsaktionsplan 2014/2015**  
**Vorlage: V/2014/12836**

---

**zu 6.13.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage**  
**"Gleichstellungsaktionsplan 2014/2015"**  
**Vorlage: V/2014/12928**

---

**Frau Raab, FDP-Fraktion,** merkte an, dass sich die FDP-Fraktion nicht an der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der einzelnen Ziele und Maßnahmen beteiligt hatte, weil sie die Sinnhaftigkeit des Vorhabens nicht gesehen haben und mit dem jetzt vorliegenden Papier sehe man sich darin bestätigt.

Anhand von Beispielen kritisierte sie die aufgeführten Handlungsfelder, die zum Teil schon umgesetzt und durchgeführt werden. Insgesamt sei der Gleichstellungsaktionsplan ohne substanziellen Inhalt und ihre Fraktion werde dem nicht zustimmen.

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE,** machte darauf aufmerksam, dass der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss bei einer Stimmenthaltung einstimmig dem Vorschlag zugestimmt habe.

Eine mehrheitliche Zustimmung sei ein Anfang dafür, um über Projekte der Verwaltung abzustimmen. Aus diesem Grund bat sie um Abstimmung der Vorlage.

**Herr Krause, SPD-Fraktion,** bestätigte, dass der Aktionsplan verbesserungsbedürftig ist. Er sei jedoch der Anfang eines Prozesses, welcher durch den Stadtrat per Beschluss angeregt und mit der Verwaltung gemeinsam gestaltet wurde.

Er plädierte für den Änderungsantrag seiner Fraktion und wies darauf hin, dass die Kenntnisnahme nicht das gemeinsame Miteinander zwischen Rat und Verwaltung bei diesem Gleichstellungsaktionsplan ausdrücke. Aus diesem Grund habe seine Fraktion vorgeschlagen, den Beschluss dahingehend zu ändern, dass der Stadtrat den Gleichstellungsaktionsplan beschließt und nicht nur zur Kenntnis nimmt.

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** befürwortete den Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion,** verwies darauf, dass sich seine Fraktion darauf verständigt hatte, der Kenntnisnahme des Gleichstellungsaktionsplanes zuzustimmen.

Sollte dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zugestimmt wird, würde seine Fraktion möglicherweise eine Auszeit beantragen.

**Herrn Kley, FDP-Fraktion,** stellte fest, dass der Beschluss des Gleichstellungsaktionsplanes einen massiven Eingriff in die Kompetenzen des Oberbürgermeisters darstellen würde und er fragte nach, ob es dazu einen Widerspruch des Oberbürgermeisters geben wird oder ob man den Nichtwiderspruch an dieser Stelle als Zustimmung zu künftigen Verfahren bei Eingriffen in die inneren Angelegenheiten der Verwaltung betrachten könne.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verneinte das und führte aus, dass er die Erläuterungen von Herrn Krause bezüglich des Handlungsspielraumes zur Kenntnis genommen habe, dies aber keine Handlungsmaxime für andere Angelegenheiten sei.

**zu 6.13.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage  
"Gleichstellungsaktionsplan 2014/2015"  
Vorlage: V/2014/12928**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**  
22 Ja-Stimmen  
16 Nein-Stimmen  
6 Enthaltungen

**Beschluss:**

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

~~Der Stadtrat nimmt die Ziele und Maßnahmen des Gleichstellungsaktionsplanes der Stadt Halle (Saale) 2014/2015 zustimmend zur Kenntnis. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen die Stadtratsmitglieder die Umsetzung des Gleichstellungsaktionsplanes.~~

Der Stadtrat beschließt den Gleichstellungsaktionsplan 2014/15. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt der Stadtrat die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen.

**zu 6.13 Gleichstellungsaktionsplan 2014/2015  
Vorlage: V/2014/12836**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**geänderter Beschluss:**

~~Der Stadtrat nimmt die Ziele und Maßnahmen des Gleichstellungsaktionsplanes der Stadt Halle (Saale) 2014/2015 zustimmend zur Kenntnis. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen die Stadtratsmitglieder die Umsetzung des Gleichstellungsaktionsplanes.~~

Der Stadtrat beschließt den Gleichstellungsaktionsplan 2014/15. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt der Stadtrat die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen.

**zu 6.14 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2014 für die Baumaßnahme Ersatzneubau der Mühlgrabenbrücke zur Beseitigung von Hochwasserschäden im investiven Finanzhaushalt  
Vorlage: V/2014/12695**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2014 für die Baumaßnahme Ersatzneubau der Mühlgrabenbrücke Auffahrt Nord (BR 014) zur Beseitigung von Hochwasserschäden (Maßnahme Nr. 155) in Höhe von **1.698.900 EUR** aus dem PSP-Element 8.54101066.700/ 78527777 HW Nr. 155 Mühlgrabenbrücke Auffahrt Nord BR 014.

Die Deckung erfolgt aus Zuweisungen vom Land gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 innerhalb des PSP-Elementes 8.54101066.705/ 68117777 in Höhe von **1.698.900 EUR**.

**zu 6.15 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2014 für die Baumaßnahme Ersatzneubau der Mühlgrabenbrücke zur Beseitigung von Hochwasserschäden im investiven Finanzhaushalt  
Vorlage: V/2014/12844**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2014 für die Baumaßnahme Ersatzneubau der Mühlgrabenbrücke Abfahrt Süd (BR 015) zur Beseitigung von Hochwasserschäden (Maßnahme Nr. 156) in Höhe von **1.903.200 €** aus dem PSP-Element 8.54101073.700/ 78527777 HW Nr. 156 Mühlgrabenbrücke Abfahrt Süd BR 015.

Die Deckung erfolgt aus Zuweisungen vom Land gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 innerhalb des PSP-Elementes 8.541010073.705/ 68117777 in Höhe von **1.903.200 €**.

**zu 6.16 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2014 für die Tiefbaumaßnahme Ufermauer Riveufer zur Beseitigung von Hochwasserschäden im investiven Finanzhaushalt  
Vorlage: V/2014/12721**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2014 für die Tiefbaumaßnahme Ufermauer Riveufer (UM 001) zur Beseitigung von Hochwasserschäden (Maßnahme Nr. 199) in Höhe von **556.300 EUR** aus dem PSP-Element 8.54101067.700/ 78527777 HW Nr. 199 Ufermauer Riveufer UM 001.

Die Deckung erfolgt aus Zuweisungen vom Land gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 innerhalb des PSP-Elementes 8.54101067.705/ 68117777 in Höhe von **556.300 EUR**.

**zu 6.17 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für die Baumaßnahme Uferbefestigung der Saale zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Haushaltsjahr 2014  
Vorlage: V/2014/12855**

---

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach, an welchen Bereichen die Maßnahmen vorgesehen sind und ob die Stadt Halle dafür zuständig wäre, da es um eine Bundeswasserstraße geht.

**Herr v. Rissenbeck, Betriebsleiter Eigenbetrieb für Arbeitsförderung**, dass die Maßnahme im September 2013 beim Landesverwaltungsamt zur Schadensbeseitigung angemeldet wurde. Das Landesverwaltungsamt habe dem zugestimmt und die Maßnahme bewilligt. Er gehe davon aus, dass auch die Zuständigkeit der Stadt Halle geprüft wurde.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, informierte darüber, dass ihm ein Papier mit der Kennzeichnung der Uferabschnitte vorliege und bot Herrn Wehrich eine Durchsicht der Unterlagen an.

### **Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Mehrauszahlung im Haushaltsjahr 2014 für die Baumaßnahme Uferbefestigung der Saale zur Beseitigung von Hochwasserschäden (Maßnahme Nr. 198) in Höhe von **600.000 EUR** aus dem PSP-Element 8.54101078.700/ 78527777 HW Nr. 198 Uferbefestigung der Saale.

Die Deckung erfolgt aus Zuweisungen vom Land gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 innerhalb des PSP-Elementes 8.54101078.705/ 68117777 in Höhe von **600.000 EUR**.

**zu 6.18 Genehmigung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen (VE) im Haushaltsjahr 2014 für Baumaßnahmen zur Beseitigung von Hochwasserschäden im investiven Finanzhaushalt  
Vorlage: V/2014/12853**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt zur Beseitigung von Hochwasserschäden die außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen (VE's) im Haushaltsjahr 2014 für nachfolgende Baumaßnahmen in den PSP-Elementen/ Sachkonten:

- 1) 8.54101070.700/ 78527777 HW Nr. 173 Elsterbrücke Osendorf BR 086 i.H.v. **594.400 €**
- 2) 8.54101071.700/ 78527777 HW Nr. 175 Elsterbrücke Burg BR 088 i.H.v. **1.053.200 €**
- 3) 8.54101072.700/ 78527777 HW Nr. 174 Burgholzbrücke BR 087 i.H.v. **617.100 €**
- 4) 8.54101074.700/ 78527777 HW Nr. 164 Gimritzer Gutsbrücke BR 050 i.H.v. **1.102.300 €**
- 5) 8.54101075.700/ 78527777 HW Nr. 159 Giebichensteinbrücke BR 044 i.H.v. **1.199.800 €**
- 6) 8.54101076.700/ 78527777 HW Nr. 157 Schleusenbrücke BR 016-019 i.H.v. **1.144.000 €**
- 7) 8.54101077.700/ 78527777 HW Nr. 166 Pfälzer Brücke BR 053 i.H.v. **1.020.000 €**
- 8) 8.54101078.700/ 78527777 HW Nr. 198 Uferbefestigung der Saale i.H.v. **3.148.000 €**

Die Deckung erfolgt aus Zuweisungen vom Land gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 innerhalb der PSP-Elemente.

**zu 6.20 Grundsatzbeschluss Aufgabenübertragung Abwasserzweckverband Elster-Kabelsketal  
Vorlage: V/2014/12867**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, in Abstimmung mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH die Voraussetzungen einer Übertragung der derzeit beim Abwasserzweckverband Elster-Kabelsketal gebündelten Aufgabe der Abwasserentsorgung auf die Stadt Halle (Saale) zu prüfen, die dafür einzuleitenden Schritte vorzubereiten und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen (Grundsatzbeschluss).

**zu 6.21 Beabsichtigte Einziehung von Teilflächen der Dorotheenstraße und der Leipziger Straße, gelegen vor dem Grundstück Dorotheenstraße 7 - 9  
Vorlage: V/2014/12781**

---

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, informierte darüber, dass er schon im Vergabeausschuss darauf hingewiesen habe, dass mit der beabsichtigten Einziehung die Durchgängigkeit von der Martinstraße zur Dorotheenstraße nicht mehr uneingeschränkt gewährleistet ist. Dazu gab es den Hinweis, dass versucht werde, in Verhandlungen mit der HWG zumindest werktags von 8 – 20 Uhr eine Durchgängigkeit zu ermöglichen. Bei den Gesprächen mit der HWG sollte darauf hingewirkt werden, die Durchgängigkeit gerade auch in den Abend- und Nachtstunden zu gewährleisten

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, erklärte, dass ein vorhabenbezogener B-Plan aufgestellt wird. Innerhalb des B-Planes werde das Thema aufgegriffen und geregelt.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die beabsichtigte Einziehung von Teilflächen der Dorotheenstraße und der Leipziger Straße nach § 8 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA).
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

**zu 6.22 Beabsichtigte Einziehung von Teilflächen der Straße An der Moritzkirche, gelegen vor dem Grundstück An der Moritzkirche 1 - 4  
Vorlage: V/2014/12783**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte darauf aufmerksam, dass ihm aufgefallen sei, dass sich bei der Sanierung der halleschen Wohnungsgesellschaften die Tendenz abzeichnet, dass sogenannte Funktionsunterlagerungen sukzessive verschwinden. Bei der vorliegenden Einziehung soll es um eine ganze Ladenzeile an der Moritzkirche gehen. Man sollte sich hinterfragen, ob man im innerstädtischen Bereich dauerhaft auf eine ganze Ladenzeile verzichten könne.

Um die noch offenen Fragen zu diesem Thema klären zu können, verwies **Herr Feigl** im Namen seiner Fraktion die Vorlage in den Planungsausschuss und in den neu zugründenden Ausschuss für Stadtentwicklung.

In Bezug auf die Geschäftsordnung merkte **Herr Lange, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**, an, dass die Vorlage schon im Vergabeausschuss behandelt wurde und jetzt darüber abgestimmt werden müsste, ob eine Verweisung in den Planungsausschuss möglich ist.

In den neuen Ausschuss für Stadtentwicklung könne die Vorlage nicht verwiesen werden, da es diesen Ausschuss noch nicht gibt.

Nach der Aussage von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wissenschaft und Wirtschaft**, sei der Stadtrat die falsche Stelle dafür, zu besprechen, wie die HWG ihre eigenen Bestände entwickelt und ihre Projekte verwirklicht. Bei der Vorlage gehe es um die Einziehung einer öffentlichen Fläche, damit diese von der HWG bebaut bzw. genutzt werden kann.

**Herr Feigl** widersprach den Äußerungen von Herrn Beigeordneten Neumann dahingehend, dass die Einziehung der Fläche aus dem Grund erfolgen soll, da die HWG ihre Häuser saniert und im Zuge der Sanierung beabsichtigt, die Ladenflächen als Wohnungen auszuweisen. Aus diesem Grund müsse die Verwaltung mit den städtischen Wohnungsunternehmen über die städtebauliche Entwicklung diskutieren.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, führte an, dass es auch im Interesse der Wirtschaftsförderung sein müsste, sich um die Gewerbetreibenden zu kümmern. Dieses Thema könnte auch im Wirtschaftsausschuss besprochen werden.

**Herr Sänger, CDU-Fraktion**, verwies darauf, dass in dem angeführten Bereich zeitnah die Sanierung durch die HWG beginnen soll. Durch eine weitere Verweisung in die Ausschüsse würde die Maßnahme in Zeitverzug geraten.

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, schloss sich der Meinung von Herrn Feigl an. Die Situation in diesem Viertel hätte den Gestaltungsbeirat schon vorlängerer Zeit beschäftigt, als es um die Sanierung der rechten Seite der Zwingerstraße ging, wo ähnliche Probleme anstanden. Dort seien auch die Geschäfte leergezogen worden. Seiner Meinung nach mache die Umwandlung der Geschäftsräume in Wohnungen keinen Sinn und das Thema müsste in der Baukommission des Aufsichtsrates der HWG behandelt werden.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wies darauf hin, dass es sich bei dem vorliegenden Beschluss um die beabsichtigte Einziehung handelt. Die Einziehung selbst müsste in Abwägung der Einwände dann noch einmal im Stadtrat beschlossen werden.

**Herr Feigl** nahm die Anregung von Herrn Dr. Meerheim auf und verwies den Antrag auch noch in den Wirtschaftsausschuss.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Feigl auf Verweisung in den Planungsausschuss und in den Wirtschaftsausschuss.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

Damit konnte über den Antrag in der vorgelegten Form abgestimmt werden.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die beabsichtigte Einziehung von Teilflächen der Straße An der Moritzkirche, gelegen vor dem Grundstück An der Moritzkirche 1 - 4 nach § 8 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA).
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

**zu 6.23 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 28  
„Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Delitzscher Straße“  
Vorlage: V/2014/12630**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte deutlich, dass die Konzentration von verschiedenen Baustoffzulieferern in diesem Bereich ein Vorteil sei. Ebenso wie die Anbindung an den ÖPNV.

Kritisch sehe er jedoch, den typischen großen Bau, der sich am hinteren Rand des zu bebauenden Grundstückes mit einer davor liegenden großflächigen Parkfläche ansiedelt. In der Delitzscher Straße hätte es in den letzten Jahren Entwicklungen dahingehend gegeben, dass Wohnbauten saniert und die alte Blockrandbebauung wieder hergestellt wurde.

In diesem Zusammenhang appellierte er nachdrücklich auf die Einwirkung auf den Investor, das Gebäude umzudrehen, damit eine straßenbegleitende Blockrandbebauung an dieser Stelle weitergeführt wird.

**Herr Sieber, fraktionslos**, bestätigte die Aussagen in der Vorlage dahingehend, dass die Planung nicht den Zielen des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes entspreche. Es gäbe in diesem Bereich schon eine Versorgung und mit dem Neubau werde eine unnötige Konkurrenzsituation geschaffen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Durchführung des Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan, lfd. Nr. 28 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Delitzscher Straße“ im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 166 „Sondergebiet Baumarkt Delitzscher Straße/Grenzstraße“
2. Die Abgrenzung des Geltungsbereiches der Änderung ist der Anlage der Zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung zu diesem Beschluss zu entnehmen.
3. Der Stadtrat billigt das in der Zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannte Planungsziel.

**zu 6.24 Bebauungsplan Nr. 166 „Sondergebiet Baumarkt Delitzscher Straße/Grenzstraße“ – Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12641**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB, den
  - o Bebauungsplan Nr. 166 „Sondergebiet Baumarkt Delitzscher Straße/Grenzstraße“ aufzustellen.

2. Der räumliche Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen.
3. Der Stadtrat billigt die in der Zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 6.25 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 26  
„Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Leipziger Chaussee“  
Vorlage: V/2014/12629**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Durchführung des Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan, lfd. Nr. 26 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Leipziger Chaussee“ im Parallelverfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 57 „Gewerbegebiet Bruckdorf, An der B 6“
2. Die Abgrenzung des Geltungsbereiches der Änderung ist der Anlage 1 der Zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung zu diesem Beschluss zu entnehmen.
3. Der Stadtrat billigt das in der Zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannte Planungsziel.

**zu 6.26 Bebauungsplan Nr. 57 Gewerbegebiet Bruckdorf „An der B 6“, 1. Änderung  
- Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12451**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt, den Bebauungsplan Nr. 57 Gewerbegebiet Bruckdorf „An der B6“ (Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Halle vom 16.06.2009) zu ändern (1. Änderung).
2. Der Geltungsbereich der 1. Änderung umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich der 1. Änderung umfasst eine Fläche von ca. 5 ha.

3. Der in der beigefügten zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannte Änderungsumfang wird gebilligt.

**zu 6.27 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 25  
„Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Deutsche Grube“  
Vorlage: V/2014/12628**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, verwies darauf, dass es sich bei der angegebenen Fläche um ein zusammenhängendes Gebiet in Bruckdorf handelt, welches man bei einer Änderung des Flächennutzungsplanes in Summe hätte bearbeiten und damit langfristig Sicherheit für zukünftige Investoren schaffen können.

Bei der Änderung des Flächennutzungsplanes werde Stück für Stück vorgegangen, obwohl absehbar wäre, dass in Übereinstimmung mit dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept dort eine Entwicklung stattfinden wird, die auch großflächigen Einzelhandel zulässt.

Aus der Sicht seiner Fraktion werden hier Mittel verschwendet. Der Investor werde gezwungen, den Flächennutzungsplan zu ändern und Planungsausgaben zu tätigen. Die Stadtverwaltung bearbeite zwei Flächennutzungsänderungen am selben Grundstück und benötigt dadurch zusätzliche Kapazitäten und es verbessere sich dadurch nichts.

Mit Blick auf ein Personalentwicklungskonzept sollte die Verwaltung darüber nachdenken, die eigenen Aufgaben zurückzunehmen. Seiner Ansicht nach würden mit Absicht neue Aufgaben geschaffen, um an dieser Stelle die Wichtigkeit zu begründen.

Damit werde auch Investoren die Ansiedlung erschwert.

Seine Fraktion werde dem Vorschlag zustimmen, mit der Bitte an die Verwaltung, künftig über eine Zusammenfassung nachzudenken.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Durchführung des Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan, lfd. Nr. 25 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Deutsche Grube“ im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 157 „Gewerbebestandsgebiet Deutsche Grube“
2. Die Abgrenzung des Geltungsbereiches der Änderung ist der Anlage 1 der Zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung zu diesem Beschluss zu entnehmen.
3. Der Stadtrat billigt das in der Zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannte Planungsziel.

**Herr Lange, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**, bat um eine gemeinsame Diskussion der Tagesordnungspunkte 6.28 und 6.29.

**zu 6.28 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23**

**„Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“ -  
Abwägungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12806**

---

**zu 6.29 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23  
„Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“ -  
Änderungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12807**

---

**zu 6.29.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des  
Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23 "Freizeit- und  
Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See" - Änderungsbeschluss  
(Beschlussvorlage V/2014/12807)  
Vorlage: V/2014/12907**

---

**zu 6.29.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des  
Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23 "Freizeit- und  
Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See" - Änderungsbeschluss  
(Beschlussvorlage V/2014/12807)  
Vorlage: V/2014/12904**

---

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, begründete die Änderungsanträge ihrer Fraktion damit, dass zwei Bereiche aus der Flächennutzungsplanung herausgenommen werden sollen. Ein Bereich betreffe die Innenkippe, zu welchem es keine Pläne mehr gäbe. Ihre Fraktion wolle erreichen, dass sich die Flächennutzungsplanung nicht auf diesen Bereich erstreckt, da es sich um ein ökologisch, sensibles Gebiet handelt. Mit dem Wegfall der Investorenabsicht habe sich dieses strittige Teil erledigt.

Die Verwaltung sollte konsequenterweise, wie mit dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes schon korrigiert, dies auch auf den Flächennutzungsplan erstrecken.

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, führte aus, dass mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion die Herausnahme der Altdeponiefläche beschlossen werden soll. In der vorliegenden Abwägung werde mehrfach darauf hingewiesen, wie hoch das Risiko sein könnte, wenn dort etwas passieren sollte. Letztendlich werde sich der Investor zurückziehen und die Stadt mit den ökologischen und finanziellen Schäden sitzen bleiben.

Da der Investor sein Vorhaben geändert und den Golfplatz in zwei Bauabschnitte geteilt hat, sollte die Möglichkeit genutzt werden, die im Abwägungsbeschluss noch eingeforderten Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen.

Abschließend bat **Herr Feigl** um Zustimmung zu den Änderungsanträgen seiner Fraktion.

Zum Thema der Herausnahme der Hausmülldeponie machte **Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion**, darauf aufmerksam, dass bei einer eventuellen Störung die Stadt bzw. der Investor Regelungen finden müsse. Bei einer Herausnahme der Fläche würde auch in späteren Jahren keine Nutzung dieser Deponiefläche erfolgen.

Seine Fraktion teile die Meinung, dass man diesen Teil nicht aus dem Flächennutzungsplan entfernen und die Oberfläche so bearbeiten sollte, dass keine Schäden auftreten können.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, verwies darauf, dass im Änderungsantrag das Areal zu ungenau beschrieben und deshalb nicht nachvollziehbar sei. Auch bei einer Zustimmung des Antrages könne dieser nicht umgesetzt werden, weil keine Zeichnung darüber existiert, welche Fläche genau herauszunehmen ist.

Er stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. Fikentscher dahingehend zu, dass die Fläche mit vielen Steuermitteln aufbereitet und saniert wurde. In diesem Zusammenhang verwies **Herr Kley** auf die Stadt Magdeburg, welche auf einer ehemaligen Deponiefläche eine Bundesgartenschau durchführte und auf welcher heute noch ein Vergnügungspark unterhalten wird.

Er halte die Argumente der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für nicht stichhaltig und appellierte daran, einer sinnvollen Nutzung des Areals mit einem Golfplatz zuzustimmen.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, wies auf wesentliche Kritikpunkte hin. Dabei handelt es sich um das Verfahren, der Nutzung der alten Deponie und der Innenkippe zum Hotelbau und den ökologischen Auswirkungen des Vorhabens. Bezüglich des Verfahrens merkte er an, dass eine ergebnisoffene Diskussion zu Nutzungsalternativen und zur Zielfindung für das gesamte Gebiet hätte durchgeführt werden müssen. Dies hätte die Bedeutung des Gebietes verlangt und habe man auch an den zahlreichen Einwendungen sehen können.

Seine Fraktion habe den Eindruck, dass der Investor das Planungsverfahren diktiere, was auch daran gesehen werde, dass mit den Vorlagen ein vorfristiger Maßnahmenbeginn bestätigt werde soll und der Stadtrat aus den weiteren Planungsvorgängen raus sei.

Seine Fraktion fordere dazu auf, dass die Umsetzung der Planung erst nach der vollständigen Beendigung des Bebauungsplanverfahrens erfolgt und ein vorfristiger Maßnahmenbeginn grundsätzlich ausgeschlossen wird.

Zur ehemaligen Deponie merkte **Herr Dr. Meerheim** an, dass seine Fraktion grundsätzlich den Änderungsanträgen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN dem Inhalt nach zustimmen könnte. Aus Gründen des Umweltschutzes und der Gefahrenabwehr sollten die Risiken vermieden werden, da die finanziellen und ökologischen Folgen am Ende die Stadt zu bezahlen habe.

Um diese Risiken zu vermeiden, befürworte seine Fraktion beide Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Durch die Herausnahme der Deponiefläche und der Innenkippe aus der weiteren Planung würden unnötige Konflikte vermieden, sowohl was die Risiken für die Anwohner und was möglicherweise auch das Land betrifft.

**Herr Sieber, fraktionslos**, ergänzte, dass von einem ursprünglichen großen Projekt nur noch der Golfplatz mit einem 15 Meter hohen Hotel übrig bleibe. Ebenso wies er darauf hin, dass durch die Beregnung der Golfanlage die Deponie verwässert werden könnte.

**Herr Dr. Meerheim** stellte im Namen seiner Fraktion den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung des Tagesordnungspunktes 6.29.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und Herr **Lange, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**zu 6.28 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“ -**

**Abwägungsbeschluss**  
**Vorlage: V/2014/12806**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zur Änderung des Flächennutzungsplanes lfd. Nr. 23 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie den Bürgerinnen und Bürgern, die in ihren Stellungnahmen abzuwägende Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 6.29.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See" - Änderungsbeschluss (Beschlussvorlage V/2014/12807)  
Vorlage: V/2014/12904**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt geändert:*

*Der Stadtrat beschließt die Änderung des Flächennutzungsplanes, lfd. Nr. 23 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB mit der Änderung, dass auf der Teilfläche Hufeisensee die mittige Sonderbaufläche Wassersport parallel zu der Flächenverkleinerung der Beschlussvorlage V/2014/12647 zur Änderung des Geltungsbereiches des Bebauungsplans Nr. 158 ebenfalls verkleinert, der Bereich der inneren Innenkippe also aus der vorgelegten Änderung herausgenommen wird.*

**zu 6.29.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See" - Änderungsbeschluss (Beschlussvorlage V/2014/12807)  
Vorlage: V/2014/12907**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

18 Ja-Stimmen  
21 Nein-Stimmen  
5 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt geändert:*

*Der Stadtrat beschließt die Änderung des Flächennutzungsplanes, lfd. Nr. 23 „Freizeit- und*

**Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB unter  
Herausnahme des Geländes der ehemaligen Hausmülldeponie Kanena aus der  
Planungsveränderung der Teilfläche Hufeisensee.**

**zu 6.29 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23  
„Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“ -  
Änderungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12807**

---

*Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE erfolgte eine namentliche Abstimmung.*

Bartl, Harald	nicht anwesend
Bartsch, Dr. Erwin	nein
Bauersfeld, Martin	nein
Bergner, Dr. Annegret	ja
Bonan, Robert	nein
Bönisch, Bernhard	ja
Brock, Dr. Inés	nicht anwesend
Busse, Jürgen	ja
Diaby, Dr. Karamba	nicht anwesend
Dieringer, Lothar	ja
Ewert, Gertrud	ja
Feigl, Christian	nein
Felke, Thomas	ja
Fikentscher, Dr. Rüdiger	ja
Fleischer, Beate	nicht anwesend
Häder, Denis	Enthaltung
Hajek, Andreas	nicht anwesend
Haupt, Hanna	ja
Haupt, Ute	nein
Heft, Uwe	nicht anwesend
Hildebrandt, Roland	nicht anwesend
Hintz, Katharina	ja
Hopfgarten, Klaus	ja
Kley, Gerry	ja
Knöchel, Swen	nein
Koehn, Gottfried	nicht anwesend
Krausbeck, Elisabeth	nein
Krause, Johannes	ja
Lange Hendrik	nein
Leibrich, Birgit	nein
Marquardt, Bertold	nein
Meerheim, Dr. Bodo	nein
Menn, Christoph	nein
Misch, Werner	ja
Müller, Raik	ja
Nagel, Elisabeth	nein
Pitsch, Gerhard	nein
Raab, Katja	ja
Sänger, Frank	ja
Schachtschneider, Andreas	ja
Scholtyssek, Andreas	ja
Schramm, Rudenz	nein

Schuster, Manfred	nicht anwesend
Sieber, Olaf	nein
Sitte, Dr. Petra	nicht anwesend
Sommer, Manfred	Enthaltung
Sprung, Michael	nicht anwesend
Strech, Dietrich	Enthaltung
Trömel, René	nicht anwesend
Wehrich, Dietmar	nein
Wend, Dr. Detlef	ja
Wiegand, Dr. Bernd	ja
Wolff, Sabine	nein
Wöllenweber, Dr. Hans-Dieter	ja
Wolter, Tom	Enthaltung
Wünscher, Dr. Ulrike	ja
Yousif, Dr. Mohamed	nein

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**  
per namentlicher Abstimmung

**geänderter Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Änderung des Flächennutzungsplanes, lfd. Nr. 23 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“. gemäß § 10 Abs. 1 BauGB.

**zu 6.30    Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" -  
Abwägungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12646**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 158 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 6.31    Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee"-  
Beschluss zur Änderung des Geltungsbereiches  
Vorlage: V/2014/12647**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Geltungsbereiches des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" (Aufstellungsbeschluss vom 18.07.2012, Beschluss-Nr. V/2012/10628; geändert durch Beschluss vom 30.10.2013, Beschluss-Nr. V/2013/11895).
2. Der geänderte Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich wird verkleinert und umfasst künftig eine Fläche von ca. 255,5 ha.
3. Die Planungsziele gemäß dem Aufstellungsbeschluss vom 18.07.2012, Beschluss-Nr. V/2012/10628 bleiben unverändert bestehen.

**zu 6.32    Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee"-  
Beschluss zur erneuten eingeschränkten öffentlichen Auslegung  
Vorlage: V/2014/12648**

---

**zu 6.32.1    Änderungsantrag der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschluss-  
vorlage Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee"  
- Beschluss zur erneuten eingeschränkten öffentlichen Auslegung  
(V/2014/12648) - bezüglich des Rundweges auf der Ostseite  
Vorlage: V/2014/12905**

---

**zu 6.32.2    Änderungsantrag der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschluss-  
vorlage Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee"  
- Beschluss zur erneuten eingeschränkten öffentlichen Auslegung  
(V/2014/12648) - bezüglich des Geländes der ehemaligen Mülldeponie  
Vorlage: V/2014/12906**

---

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DE GRÜNEN**, stellte, fest, dass der Bebauungsplan öffentlich ausgelegt war und eine Vielzahl von Einwendungen eingegangen sei. Leider habe es aber keine Änderung im Bebauungsplan gegeben.

Seine Fraktion bleibe bei der Ablehnung, was man auch schon bei der Diskussion zum Flächennutzungsplan deutlich gemacht habe. Es gäbe eine Vielzahl von Kleinigkeiten im Bebauungsplan, welche durch seine Fraktion kritisch gesehen werden und ihn fragwürdig erscheinen lassen. Als Beispiel führte er das Vorkommen des Bibers als streng geschützte Art auf europäischer Ebene an, welches nicht behandelt wurde.

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DE GRÜNEN**, begründete die Änderungsanträge seiner Fraktion dahingehend, dass seine Ausführungen zum Flächennutzungsplan auch auf den Bebauungsplan zutreffen.

Bezüglich des Rundweges im östlichen Teil des Hufeisensees teilte **Herr Feigl** mit, dass dieser durch den bestehenden Gehölzstreifen gezogen werden soll. Dieser Bereich

begrenze optisch den Hufeisensee im östlichen Uferbereich und der Bau eines Rundweges sei an dieser Stelle nicht sinnvoll.

Desweiteren wies er darauf hin, dass hinter dem Bereich ein weiterer Radweg angelegt werden soll und mit dem Hinweis auf einen sinnvollen Umgang mit finanziellen Mitteln soll der Änderungsantrag dazu dienen, den Rundweg in diesem Bereich zu verlagern und mit dem geplanten Radweg zusammenzulegen.

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, stellte fest, dass es im Bereich des geplanten Rundwegebaus schon einen Trampelpfad gäbe, der zu einem Weg ausgebaut werden soll. Er merkte weiterhin an, dass die meisten Anwohner vor Ort die angeführten Bedenken zum Projekt nicht teilen.

---

**zu 6.32.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" - Beschluss zur erneuten eingeschränkten öffentlichen Auslegung (V/2014/12648) - bezüglich des Geländes der ehemaligen Mülldeponie Vorlage: V/2014/12906**

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird um folgende Festlegung ergänzt:*

- 3. Der geänderten Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 158 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee“ in der Fassung vom 20.05.2014 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht werden dahingehend abgeändert, dass das Gelände der ehemaligen Hausmülldeponie Kanena (Flurstück 495, Flur 1 und Flurstück 44/3, Flur 2, beide Gemarkung Kanena) aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes gestrichen wird.*

---

**zu 6.32.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" - Beschluss zur erneuten eingeschränkten öffentlichen Auslegung (V/2014/12648) - bezüglich des Rundweges auf der Ostseite Vorlage: V/2014/12905**

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird um folgende Festlegung ergänzt:*

- 3. Der geänderten Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 158 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee“ in der Fassung vom 20.05.2014 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht werden dahingehend abgeändert, dass der Rundweg auf der Ostseite des Hufeisensees (begrenzt im Norden durch die Schutzfläche M5 und im Süden durch die Parkplatzfläche 2) nicht mittig durch den Gehölzstreifen geführt sondern westlich entlang der Wallendorfer Straße angelegt wird.*



**Wiegand** noch einmal auf die Zurückziehung der Vorlage. Verabredungen habe es noch nicht gegeben und die Vorlage werde zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal eingebracht.

**Abstimmungsergebnis:** zurückgezogen

**Beschlussvorschlag:**

1. *Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 159 „Stadteingang Riebeckplatz“ aufzustellen.*
2. *Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen mit einer Größe von etwa 0,8 ha.*
3. *Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannten Planungsziele.*
4. *Das Planverfahren soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.*

**zu 6.34 Bürgerhaushalt Vorschlag B-6 Radweg/Damm**  
**Vorlage: V/2014/12459**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. den Vorschlag der Verlängerung eines Hochwasserdammes von Halle Radewell nach Lochau in Verbindung mit dem Bau eines Radweges nicht weiter zu verfolgen, da der Hochwasserschutz dem Land Sachsen-Anhalt unterliegt.
2. den Vorschlag zum Bau des straßenbegleitenden Geh- und Radweges zwischen Halle-Osendorf und der Stadtgrenze in Richtung Döllnitz auf Grund des gefassten Baubeschlusses vom 18.04.2013 als erledigt zu erklären.
3. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 6.35 Bürgerhaushalt Vorschlag B-28 Um-/Ausbau des Gimritzer Dammes (Straße)  
Vorlage: V/2014/12466**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**  
2 Enthaltungen

**geänderter Beschluss:**

- ~~1. Am vereinfachten Gestaltungsbeschluss vom 30.10.2013 (Vorlage V/2011/09499) wird festgehalten und damit der Bürgervorschlag zum Teil aufgegriffen, das heißt, dass nur zwischen Weinbergweg und der Straße Zur Saaleaue zwei Fahrstreifen vorgesehen sind. Die Straßenbahn kommt/verbleibt in Mittellage und nur am Weinbergweg entsteht ein kreisförmiger Verkehr und~~

**Der Stadtrat beschließt**

- 1. den o. g. Vorschlag zum Bürgerhaushalt für erledigt zu erklären, da er inhaltlich übereinstimmt mit dem vom Stadtrat am 30.10.2013 gefassten vereinfachten Gestaltungsbeschluss zum Ausbau des Gimritzer Dammes (Straße) (Vorlage Nr. V/2011/09499) und**
2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 6.37 Ganztagschule „August Hermann Francke“  
Vorlage: V/2014/12673**

---

**Frau Raab, FDP-Fraktion,** beantragte die Einzelabstimmung zu den Punkten 1 und 2. Sie ermutigte dazu, den Punkt 2 abzulehnen, da die Landesverwaltung erst kürzlich dem Stadtrat die Kompetenz zu diesem Thema zugewiesen habe.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>Einzelpunktabstimmung</b>	
B.-Punkt 1	einstimmig zugestimmt
B.-Punkt 2	14 Ja-Stimmen 22 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

**geänderter Beschluss:**

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) stimmt dem Antrag der Sekundarschule „August Hermann Francke“ zu und stellt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die räumliche, sachliche und personelle Ausstattung zur Umsetzung des Ganztagschulkonzeptes im Rahmen seiner Zuständigkeit als Schulträger sicher.
- ~~2. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, Anträgen von Schulen zur Einführung von Ganztagschulkonzepten grundsätzlich zuzustimmen und den Stadtrat darüber~~

~~kurzfristig zu informieren. Voraussetzung für die Zustimmung der Stadtverwaltung muss die finanzielle Umsetzbarkeit des Ganztagschulskonzeptes im Rahmen des jährlichen Haushalts sein.~~

- zu 6.38 Vierte Änderung des Zweiten Grundsatz- und Baubeschlusses zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen (Vorlage: V/2012/10587)  
Hier: Grundschule Diemitz/Freimfelde  
Vorlage: V/2013/12244**
- 

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt für die Grundschule Diemitz/Freimfelde die Brandschutzgrundsicherung, Trockenlegung des Werkraumbereiches und sonstige bauliche Leistungen für das gesamte Schulhaus.

- zu 6.39 Abschluss eines Fördervertrages mit dem Land nebst Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept  
Vorlage: V/2014/12874**
- 

Der Tagesordnungspunkt wurde schon vor dem Tagesordnungspunkt 6.7 behandelt.

**zu 7 Wiedervorlage**

---

- zu 7.1 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Vernässung auf dem Dautzsch  
Vorlage: V/2014/12620**
- 

- zu 7.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Vernässung auf dem Dautzsch (V/2014/12620)  
Vorlage: V/2014/12858**
- 

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, informierte im Auftrag von Herrn Hildebrandt darüber, dass es im Antrag darum gehe, eine Bürgerversammlung durchzuführen, wo verschiedene Maßnahmen, die auf die Bürger zukommen könnten, diskutiert werden sollen.

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Müller** nach, ob die Durchführung einer Bürgerveranstaltung in den Kernbereich der inneren Verwaltung falle.

Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Rechtsamt, stimmte dem zu. Die Einrichtung und Durchführung einer Bürgerversammlung falle in die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters.

zu 7.1.1 **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Vernässung auf dem Dautzsch (V/2014/12620)**  
Vorlage: V/2014/12858

---

**Abstimmungsergebnis:** erledigt

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlussvorschlag wird um einen Punkt 4 ergänzt:*

4. *Die Stadtverwaltung prüft und berichtet bis zur Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 12.06.2014,*
  - a. *wie die Stadt das Ausbluten der Meliorationsleitungen und der gespannten Grundwasserhorizonte durch Sicherungsmaßnahmen bei Baumaßnahmen verhindert hat,*
  - b. *wer sich in der Verwaltung bei Baumaßnahmen um diese grundwasser- und meliorationswasser-sichernde Aufgabe kümmert,*
  - c. *wann das Problem erstmals bekannt geworden ist,*
  - d. *was wann konkret veranlasst wurde,*
  - e. *was für eine Sicherung benötigt wird und*
  - f. *welche Zeiträume für die Ursachenklärung zu veranschlagen sind.*

zu 7.1 **Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Vernässung auf dem Dautzsch**  
Vorlage: V/2014/12620

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

**geänderter Beschlussvorschlag:**

***Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die (betroffenen) Einwohner des Stadtteils Dautzsch zu einer Bürgerversammlung einzuladen und mögliche Maßnahmen gegen Vernässungserscheinungen zu diskutieren. Ziel soll sein, Ursachen, mögliche Gegenmaßnahmen und deren Kosten zu besprechen. Dabei ist insbesondere die Finanzierung der Maßnahmen mit evtl. Eigenanteilen der Betroffenen zu diskutieren. Der Stadtrat wird über die Ergebnisse der Bürgerversammlung informiert.***

~~1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Vorschläge (insbesondere Verbesserung der Vorflut und der Unterhaltung der Gräben und Drainagen) aus der Pilotuntersuchung zu den Ursachen der Vernässung auf dem Dautzsch umzusetzen **planerisch zu untersetzen**. Dies bedeutet insbesondere, dass die Stadt Halle einen Folgeantrag aus dem Landesprogramm zur Bekämpfung der Vernässung stellt, um die für den~~

~~Dautzsch erarbeiteten Empfehlungen zu finanzieren. Hier sind dem Stadtrat bis zum Sommer 2014 entsprechende Beschlussvorschläge zu machen.~~

~~2. Auf dem Dautzsch wird eine Informationsveranstaltung abgehalten, die eine Auswertung der Vernässungsbefragung der Betroffenen zum Inhalt hat.~~

~~3. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass über den Bearbeitungsstand zur Vernässungsbewältigung aktuelle Informationen zur Verfügung stehen und durch die Bürgerschaft eingeholt werden können (www.halle.de, Amtsblatt, Aushänge auf dem Dautzsch etc.)~~

~~4. Die Stadtverwaltung prüft und berichtet bis zur Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 12.06.2014,  
a. wie die Stadt das Ausbluten der Meliorationsleitungen und der gespannten Grundwasserhorizonte durch Sicherungsmaßnahmen bei Baumaßnahmen verhindert hat,  
b. wer sich in der Verwaltung bei Baumaßnahmen um diese Grundwasser und meliorationswasser-sichernde Aufgabe kümmert,  
c. wann das Problem erstmals bekannt geworden ist,  
d. was wann konkret veranlasst wurde,  
e. was für eine Sicherung benötigt wird und  
f. welche Zeiträume für die Ursachenklärung zu veranschlagen sind.~~

zu 7.2      **Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Anpassung der Halleschen Sortimentsliste**  
Vorlage: V/2014/12712

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

„Fahrräder und technisches Zubehör“ wird in der Halleschen Sortimentsliste dem Bereich „Zentrenrelevante Sortimente“ zugeordnet.

zu 7.4      **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für die Katzenkastration**  
Vorlage: V/2014/12728

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, verwies darauf, dass der Antrag schon ausführlich begründet wurde. Kernargument der Ausführungen sei gewesen, dass man nicht warten müsse, bis eine Gefahrensituation eintritt. Auch handele es sich nicht um zusätzliches Einstellen von 10.000 Euro für diese Maßnahme, sondern um die Wiedereinstellung von 10.000 Euro, da sie schon einmal vorhanden waren.

Zum gleichen Thema erinnerte **Herr Kley, FDP-Fraktion**, an einen Stadtratsbeschluss

dahingehend, dass die Verwaltung sich darum kümmern sollte, dass Katzenhalter selbst Verantwortung dafür tragen, bei freilaufenden Katzen die Kastration durchführen zu lassen. Da dies nicht erfolgt ist, werde jetzt über eine Ausgabe diskutiert, die wegen Untätigkeit der Verwaltung gemacht werden müsste.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, wies darauf hin, dass die wild lebenden Katzen, um die es hier gehe, keinen Halter hätten und es nicht möglich wäre, bei Katzen, welche an Futterstellen gefüttert werden, den Halter nachzuweisen.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, berichtete, dass auch schon im Finanzausschuss dieses Thema behandelt wurde. Es konnte nicht nachgewiesen werden, dass ein Anwachsen der Population existiere.

Desweiteren wies er darauf hin, dass es sich um zusätzliches Geld handelt, da die Mittel für die Katzenkastration schon vor Jahren aus Haushaltskonsolidierungsgründen von der Verwaltung aus dem Haushalt der Stadt gestrichen worden. Da von der einbringenden Fraktion kein Deckungsvorschlag eingebracht wurde, habe der Finanzausschuss dem Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Beigeordneten Kogge und führte aus, dass auch die Katzen, die einen Besitzer hätten, zur Vermehrung der freilaufenden Katzen ohne Besitzer beitragen würden. Da sich die Tierschutzvereine sehr mit diesem Thema beschäftigen, kämen sie an ihre Grenzen und man sollte sie mit finanziellen Mitteln unterstützen.

Sie machte weiter darauf aufmerksam, dass diese Problematik in der Gefahrenabwehrverordnung aufgenommen werden sollte und verwies in diesem Zusammenhang auf die Stadt Bad Dürrenberg, wo das Thema in der Gefahrenabwehrverordnung verankert wurde.

**Herr Krause** stellte noch einmal die Wichtigkeit der Bereitstellung der finanziellen Mittel für die Tierschutzvereine fest. Momentan könnte mit einer relativ geringen Summe etwas getan werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte darüber, dass vor zwei Jahren mit den Tierschutzvereinen vereinbart wurde, die Katzenstellen für die Bemessung der Population zu überprüfen. Dies habe stattgefunden mit dem Ergebnis, dass keine Erhöhung der Population vorliege.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, beantragte, den Antrag bis zu den Haushaltsberatungen 2015 zu vertagen.

**Herr Lange, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Häder auf Vertagung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:**

**vertagt**  
auf die Haushaltsberatungen

**Beschlussvorschlag:**

*Die Verwaltung wird beauftragt, in den Entwurf des Haushaltsplans 2015 10.000 Euro für die Bezuschussung der halleischen Tierschutzvereine zum Zweck der Durchführung von Kastrationen bei Streunerkatzen aufzunehmen.*



ziehen dieser Beschlussvorlage im Hauptausschuss muss ich Ihnen sagen, waren wir ganz froh, dass wir unseren Antrag weiterhin auf der Tagesordnung belassen haben und dort nicht einfach gesagt haben, o.k., der Stadtrat hat sich positioniert und es ist eigentlich nicht mehr nötig, diesen Antrag auf der Tagesordnung mitlaufen zu lassen.

Die Diskussion in den Ausschüssen ist ja erfolgt, sehr umfassend und ich hoffe, dass wir hier einen ganz klaren Beschluss fassen können im Stadtrat, um Sie zu beauftragen, den zukünftigen Standort der neuen Eissporthalle sozusagen hier mit einem Votum des Rates zu planen.

Sie haben ja sehr differenziert einerseits eine Aktuelle Stunde anberaumt. Auf der anderen Seite, für uns nicht nachvollziehbar, Ihre eigene Beschlussvorlage ja zurückgenommen auf Grund des anhängigen Verfahrens, was Sie ja auch nochmal ausgeführt haben.

Aber selbst bei Ihren einführenden Worten heute zu unserer Sitzung im Bericht des Oberbürgermeisters konnte ich jetzt nicht wirklich entdecken, was Sie dazu bewogen hat.

Deswegen will ich die Diskussion jetzt gar nicht eröffnen, sondern sagen, wir haben uns ausführlich darüber beraten. Wir haben eine Änderung noch eingebracht, die Sie ja alle zugesendet bekommen haben. Das ist ein letzter Satz, dass wir hier nicht nur den alten Standort nicht mehr möchten, sondern dass wir sozusagen dort eine Festlegung treffen wollen, den etwaigen Neubau einer Eissporthalle, den Standort der nördlichen Blücherstraße, hier festzulegen, wie das in den Fachausschüssen auch schon so beschieden worden ist, nach vielen inhaltlichen Diskussionen.

Uns haben auch die Worte des Landesbetriebes nicht bewogen, uns irgendwie anders zu positionieren und ich bitte um Zustimmung.

Den Änderungsantrag der GRÜNEN den wollen wir mal nicht so übernehmen, aber ich denke, Ihr bringt ihn ja nochmal ein, um das vielleicht nochmal zu erläutern, was die Unterschiede sind. Wir sehen, da ist eine ähnliche Zielstellung mit einer gewissen anderen Differenzierung.

Und wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

**Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**  
Herr Wehrich.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Wolter hat ja schon treffend eingeführt.

Seit der letzten Diskussion zu diesem Thema im Rat sind die Zweifel nach wie vor bestehen geblieben. Also die Zweifel daran, dass der Standort Gimritzer Damm der richtige Standort für die neue Eissporthalle ist. Ich will das jetzt hier im Detail nicht nochmal alles ausführen, aber ich denke, es ist klar, dass der Standort Gimritzer Damm für die Eissporthalle insgesamt das Verfahren verzögern würde und dass Klagen möglicherweise provoziert werden durch diesen Standort und dass es deswegen nicht der richtige Standort ist.

Es hat sich allerdings im Rat einiges bewegt. Und jetzt nach der Kommunalwahl ist auch relativ klar, wie die Mehrheit im Rat, wie die Mehrheitsmeinung im Rat, aussieht.

Am 10.06 hat der Planungsausschuss einstimmig für Blücherstraße gestimmt. Und am 13.06. der Sportausschuss einstimmig für die Blücherstraße. Der Finanzausschuss am 17.06. einstimmig für die Blücherstraße.

Und wenn die Beschlussvorlage der Verwaltung heute nicht zurückgezogen worden wäre, dann würde ja der Änderungsantrag der Fraktion der LINKEN auch hier zur Entscheidung anstehen und dann wäre das letztendlich auch klar zur Beschlussvorlage zum Standort Eissporthalle.

Wir haben einen Änderungsantrag zu dem Antrag der Fraktion der MitBÜRGER gestellt, um im Vergleich zur Ausgangsversion des Antrages nochmal wirklich klar zu machen, dass der Standort für die neue Eissporthalle nicht der jetzige Standort sein soll, sondern dass wir einen anderen Standort haben wollen.

Aber jetzt, mit der eindeutigen Festlegung, haben wir unseren Antrag ebenfalls nochmal geändert und wollen mit diesem würdigen unseres Antrages eben auch klarstellen, dass die Eissporthalle an der Blücherstraße gebaut werden soll, so wie die Fachausschüsse schon entschieden haben.

Ja von der Zielrichtung, Tom Wolter sagte ja, ich sollte nochmal die Änderungen in den Anträgen erläutern. Zu der aktuellen Version des Antrages der MitBÜRGER sind die Änderungen eigentlich marginal, das muss ich so ganz offen sagen. Das passt sich jetzt relativ gut an.

Wir wollen beide, dass die Eissporthalle am Standort Blücherstraße gebaut wird und wir wollen, dass die Stadt an den LHW herantritt, um die Deichlinie des geplanten Deiches am Gimritzer Damm zu verändern. Und zwar, das sage ich hier nochmal ganz ausdrücklich, um das Verfahren auch für den Hochwasserschutz im Sinne des Hochwasserschutzes für Neustadt zu beschleunigen.

Wir haben alle Bedenken, und ich denke das war auch mal der maßgebende Grund für die Entscheidung Blücherstraße, dass, wenn wir die Eissporthalle am Gimritzer Damm bauen wollen, dass dann das Verfahren durch mögliche Klagen soweit in die Länge gezogen wird, dass der Hochwasserschutz für Neustadt in weite Ferne rückt und dass deswegen die Entscheidung sein muss, jetzt dafür zu votieren, die Eissporthalle am Standort Blücherstraße zu bauen.

Und da finde ich auch, müssen wir gar nicht mit *etwaigen Bau* oder so argumentieren, sondern wir sagen, Standort Blücherstraße ist der Standort für die neue Eissporthalle. Und den Bau der Eissporthalle, er wird ja sowieso noch später entschieden, also müssen wir da nichts relativieren. Das kann hier eine eindeutige Entscheidung sein.

Und wenn die Entscheidung so zutrifft, dann kann der LHW auch entsprechend umplanen, die Deichlinie bereinigen und insgesamt ist dieses Verfahren schneller. Es klingt dann zwar paradox, wir brauchen dann noch ein bisschen, ein paar Monate für die Umplanung. Aber insgesamt wird es schneller zu einem effektiven Hochwasserschutz für Neustadt kommen.

Und deswegen lassen Sie uns heute einen Schlusstrich über die ganzen Diskussionen über den Standort Eissporthalle ziehen, eindeutig für Blücherstraße votieren, die Stadtverwaltung beauftragen, an das LHW heranzutreten, den Deich zu ändern und damit dieses Verfahren, sowohl die Eissporthalle als auch Dammbau Gimritzer Damm zu beschleunigen.

Dankeschön.

**Herr Lange**

Herr Bönisch.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**

Ja, das Problem ist schon sehr beträchtlich. Also wir haben abzuwägen, das hat ja auch Herr Weihrich gerade nochmal deutlich gemacht, was ist der beste Weg, zu einem schnellen Hochwasserschutz für Neustadt zu kommen.

Jetzt kann man sagen, o.k., wir planen den Deich geradeaus. Die Leute vom LHW haben ja gesagt, das dauert nicht nur ein halbes Jahr länger, diese Umplanung, dieses Umsteigen auf diese neue Deichlinie. Sondern . . . *Zwischenrufe* . . . wann ist das gewesen, weil die . . . *Zwischenrufe* . . . weil die Veranstaltung in der Saline damals, wo dieser Herr da war, der hat eindeutig gesagt, das dauert wenigstens ein Jahr länger. Wenn Sie jetzt sagen 7 Monate sind es genau die 7 Monate.

Die Frage ist, kommt die Klage, wenn wir das jetzt mit dieser geschwungenen Führung lassen, kommt sie? Und wie schnell wird die abgehandelt sein können?

Weil, solche Dinge werden mit Dringlichkeit behandelt. Denn, noch haben wir nicht den Fördermittelbescheid für die neue Eissporthalle in der Hand.

Und wenn wir jetzt sagen, wir lassen das drauf ankommen, wir werden schon den Fördermittelbescheid kriegen, reißen wir mal die alte Halle aber. Oder wir lassen die jetzt planen und dann stellen wir fest, oh schieß, wir müssen ja doch die alte Halle behalten, weil wir die neue nicht kriegen.

Ich sage mal, ich will überhaupt nicht unken, aber noch haben wir sie nicht. Und solange wir die nicht haben, sollten wir auch nicht so tun, als wäre das so. Es laufen auch verschiedene Gerichtsverfahren. Das ist genau dieser schwierige Abwägungsprozess. Wir wissen es nicht, es ist Kaffeesatzleserei, zu behaupten, so rum geht es schneller oder so rum geht es schneller.

Wir haben uns jetzt alle mal entschieden. Ich denke, der Entschluss ist mehrheitlich gefasst worden, die neue Halle wird in die Blücherstraße gebaut. Aber deswegen jetzt jemandem zu empfehlen, den Deich so rum oder so rum zu planen, ehrlich gesagt, das fällt mir sehr schwer. Wenn jemand behauptet, er weiß, das ist die beste und schnellste Methode, dann kann ich nur sagen, Scharlatanerie. Man kann das nicht wissen. Es sind noch so viele Probleme offen.

Und deswegen haben wir ein Problem, uns jetzt hier anzuschließen. Weil, na klar können wir jetzt auch behaupten, macht mal, plant mal geradeaus. Und wenn dann doch die alte Halle stehen bleibt, dann könnt ihr ja wieder zurückgehen auf den neuen Schwenk. Und dann kommt das neue Wasser und dann brauchen wir vielleicht doch eine neue Halle. Das kann ja alles passieren.

Also, es ist wirklich vermessen, hier zu behaupten, wir wissen wie es am schnellsten geht. Ich wäre ehrlich gesagt dann doch dafür, persönlich, das ist jetzt meine persönliche Meinung, zu sagen, wir lassen den Damm jetzt bei diesen Planungen, so wie sie sind und die das in Angriff nehmen. Und dann gucken wir mal, ob wirklich geklagt wird. Und dann muss man nicht unken, dass solche Prozesse immer jahrelang dauern müssen. Das muss alles überhaupt nicht sein. Zumal hier tatsächlich der Schutz von Neustadt und der Bevölkerung, ich sage mal, im Spektrum, im Fokus ist.

Also, wir haben uns als CDU-Fraktion eigentlich zu der harmloseren Variante entschließen wollen. Jetzt sehe ich aber hier nochmal, dass bei dem Ursprungsantrag der MitBÜRGER steht, *nachdrücklich zu empfehlen, dass die neue Deichführung, also die Deichführung entlang des Gimritzer Dammes erfolgen soll.*

. . . *Zwischenrufe* . . .

Nein, ich habe jetzt gerade beide Vorlagen nochmal gelesen. Der eine enthält eine dringende Bitte und der andere sagt, nachdrücklich . . . *Zwischenrufe* . . .

Es wird gebeten, da hinzugehen. Also . . . *unverständlich* . . .

**Herr Lange**

Würden sie bitte die Zwiegespräche lassen und bitte sich konzentrieren auf die Rede. Eine Minute und dreißig sind noch.

**Herr Bönisch**

Ja, es ist eigentlich im Prinzip, . . . *unverständlich* . . . ich denke nach meinen Ausführungen wird deutlich, dass beides nicht besonders unterstützenswert erscheint, werden wir jetzt mal eine kurze Auszeit nehmen müssen, um uns festzulegen, wie rum wir das machen wollen.

**Herr Lange**

Reichen Ihnen fünf Minuten?

**Herr Bönisch**

Ja.

**Herr Lange**

Herr Krause, noch einen Geschäftsordnungsantrag vorher?

**Herr Krause, SPD-Fraktion**

Wir haben ähnliche Bedenken in dieser Richtung. Und bevor sie eine Auszeit nehmen, könnte man ja, schlage ich vor, darüber nachdenken oder darüber abstimmen, ob man es nicht vertagt.

**Herr Lange**

Ich würde jetzt dem, . . . *Zwischenrufe* . . .

War das jetzt ein Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung?

**Herr Krause**

Nein, eine Anregung.

**Herr Lange**

Es war eine Anregung. Dann ist jetzt eine Auszeit von fünf Minuten angesetzt.

**Herr Bönisch**

Herr Lange, ich würde sagen, wir würden die Auszeit vor der Abstimmung machen. Die Diskussion darf ruhig noch mal, das bereichert uns ja immer alle mit Argumenten.

**Herr Lange**

Gut, dann fahren wir in der Rednerliste so fort. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie gleich wollen, aber dann machen wir das so. Wir fahren in der Rednerliste fort und als nächster ist Herr Sieber dran.

**Herr Sieber, parteilos**

Ja, da freue ich mich, dass ich jetzt vor der Auszeit noch reden kann, weil ich nämlich genau dazu einen Vorschlag hätte, zu der Findung der neuen Variante.

Es gibt von mir einen Antrag 8.4, der genau das eigentlich berücksichtigt. Der praktisch, das habe ich genauso mir überlegt, dass man eben nicht jetzt weiß, es gibt ja dieses Gerichtsverfahren, ob die Eissporthalle überhaupt einen so hohen Schaden hat, ob es überhaupt den Neubau geben wird, gibt es ja alles.

Deswegen hatte ich ja diesen Antrag 8.4 geschrieben, wo also praktisch drinsteht, es soll nahest möglich, aber mit dem Standort der alten Eissporthalle behaltend, am Gimritzer Damm gebaut werden.

Es gab diese Veranstaltung am 02.04 mit dem LHW in der Händelhalle, wo immer wieder von mehr oder weniger Altstadtbewohnern, Gut Gimritz gefragt wurde, was ist der Grund für den neuen Dammverlauf. Und da wurde immer wieder gesagt vom LHW, es gibt nur einen einzigen Grund, die Anforderung der Stadt. Und die Anforderung der Stadt ist, Schutz Festwiese, Schutz Eissporthalle, alte natürlich.

Jetzt kann man sich ja wirklich darüber streiten, ob man diese Festwiese schützen muss. Also ich sehe es überhaupt nicht. Ich habe bisher immer gedacht, es ist nötig, um sozusagen die Eissporthalle dort neu bauen zu können und dort die Stellplätze unterzubringen.

Jetzt hatten wir ja diesen Plan, der zurückgezogen wurde für die Eissporthalle, gesehen, dass also die Stellplätze praktisch in diesem jetzigen Eissporthallenbereich, sage ich mal, untergebracht werden können, wenn denn da überhaupt gebaut worden wäre. Das ist ja nun schon vom Tisch, es soll sowieso in der Blücherstraße gebaut werden.

Aber daraufhin hatte ich diesen Antrag 8.4 geschrieben. Dass wir also diesen Klagen, die angekündigt sind von den Altstadtbewohnern, aus dem Weg geht, was also bestimmt kommt, was also bestimmt mehr als sieben Monate Zeitverzögerung bringt, und sagt, man baut jetzt also praktisch so nah wie möglich am Gimritzer Damm, umgeht aber sozusagen den Eissporthallenstandort wie er jetzt ist, als ob er weiter schützenswert ist.

Und damit geht man praktisch allen Problemen aus dem Weg, ob man nun Geld für einen Neubau kriegt oder nicht. Geht aber wahrscheinlich auch dem Problem der möglichen Klagen aus dem Weg und würde damit eigentlich praktisch einen ähnlichen Retentionsraum schaffen.

Weil, die Eissporthalle, die jetzt da steht, ist ja praktisch auch ein Wasserhindernis gewesen. Das heißt, da konnte das Wasser eh nicht durchfließen. Und wenn der Damm nahe daran langführt, soweit das technisch eben möglich ist natürlich, wäre das praktisch keine Verschlechterung zu früher für die Altstadtbewohner. Dann müsste es ja auch klagefrei, hoffe ich, baubar sind.

Und diese Bitte müsste oder die Anforderung müsste die Stadt an das LHW stellen. Denn das LHW hat nur auf Grund der Anforderung der Stadt, Festwiese und Eissporthalle zu schützen, diesen Dammverlauf jetzt so festgelegt. Das heißt, nur Eissporthalle schützen ergibt fast einen Dammverlauf, der fast keine Auswirkung hat zum jetzigen Zustand.

### **Herr Lange**

Das Wort hat Herr Wolter.

### **Herr Wolter**

Dankeschön. Ich denke, in der Auszeit kann man noch ein bisschen was besprechen. Aber ich wollte Ihnen, Herr Bönisch, nur erst mal darauf hinweisen, dass wir genau diese Fragen ja auch berücksichtigt haben, bei unserer neuen Einführung steht zum Beispiel dieses wunderbare Wort *etwaig*. Also der *etwaige Neubau soll in der Blücherstraße stattfinden*. Also natürlich, wenn kein Neubau passiert, ist der Beschluss natürlich nicht bindend.

Also das war ja Ihre Frage, wenn jetzt gerichtsmäßig irgendwas vielleicht eventuell noch passiert. Da ist, da wird von dem etwaigen Neubau gesprochen. Und wenn es zu einem Neubau kommt, dann haben wir sozusagen den, sage ich mal, die Fachdiskussion genommen. Und diese Diskussion ist auch geführt worden mit dem LHW in der Form, dass er natürlich gesagt hat, das diese Situation des . . . *unverständlich* . . . , dass es ja nicht eine Hochwasser bedrohte Situation ist, sondern höher liegendes Gelände ist, dass wir das also sozusagen sowieso haben. Egal, da verändern wir ja nichts im Baugrund.

Und das, was der Herr Oberbürgermeister jetzt zur Problematik des Verfahrens geäußert hat, da sind ja viele Punkte auch drin, die wir auch zukünftig, egal wo wir da die Entscheidung treffen oder wie das Gericht die Entscheidung trifft, noch zu berücksichtigen haben. Aber selbst wenn wir sagen, das bleibt stehen, selbst wenn wir sagen, es gibt Probleme mit der Antragstellung, da wurde ja uns seitens von der Verwaltung immer gesagt, es gibt eine Gesamtantragstellung für den Eissport in der Hochwasserhilfe.

Also es gibt keine Einzelanträge, es soll ja ein Gesamtantrag gestellt werden. Den haben wir sowieso auch noch zu diskutieren.

Also ich sage mal, das ist berücksichtigt und wir können uns gern in der Auszeit darüber verständigen. Vielleicht finden wir eine Lösung, dass man einerseits diese Entscheidung und, ich finde es auch richtig, dass man sagt, man hat dort festgestellt in der Diskussion mit LHW, dass sie aufgrund der Festlegung des schützenswürdigen Geländes Eissporthalle, drum herum baut.

Und wir haben einfach nur daraufhin gesagt, das ist in der Parallelität, auch in der Problematik ja im Hauptausschuss in der Aktuellen Stunde dargestellt worden, dass aufgrund der Strömungsverhältnisse dort wirklich ein höherer Aufwand betrieben werden muss, um dort sozusagen dieses Gelände abzuschützen.

Also ich denke, das ist, die 7 Monate wirklich sicher zu planen sind. Und es ist auch noch nicht so eine fortgeschrittene Planung, wie ja auch das LHW dort ausgeführt hat, dass man jetzt sagt, hier sind schon alle Planungen zu Ende. Das ist ja ein Prozess der noch läuft.

Insofern denke ich, dass wir einen Kompromiss vielleicht jetzt in der Auszeit finden, um da vielleicht eine Formulierung zu finden, die Sie auch mitgehen können.

### **Herr Lange**

Herr Dr. Meerheim.

### **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**

Also, ich verstehe gar nicht die Diskussion. Sie reden alle so, als ob die Planungen geändert würden. Ob da nun *nachdrücklich* steht oder *gebeten*, entscheiden tut das LHW. Und niemand anders. Und da ist denen das egal, was der Stadtrat beschließt. Die können sagen, ja wir bleiben bei unseren jetzigen Planungen.

Die einzige Frage, warum wir gesagt haben, wir denken über einen anderen Standort nach, ist tatsächlich diese Frage des Rechts, also sprich der gerichtlichen Klagemöglichkeit der Altstadtbewohner, und der zeitlichen Verzögerung und möglicherweise damit der Verhinderung der Fertigstellung des Neubaus und der ganzen Sachen, die dann mit diesen Fördermitteln zusammenhängen. Das hat uns dazu bewogen, zu sagen, o.k., da nehmen wir einen Standort, der nah ist am alten, weil der dann dieser Konsequenz nicht unterliegen würde.

Wenn wir jetzt, wir können beiden Varianten zustimmen, bin ich fest überzeugt, da passiert gar nichts. Der entscheidende Beschluss ist eigentlich der letzte Satz bei beiden. Oder bei dem ersten, bei den GRÜNEN ist es der erste, bei den MitBÜRGERN ist es der letzte Satz.

Alles andere, wir kommen als Bittsteller. Ob ich das nachdrücklich mache oder weniger nachdrücklich. Am Ende entscheidet das LHW, ob sie die Planung, die sie jetzt schon ziemlich weit geführt hat, fortführt und zu Ende führt oder ob sie sagt, na ja, die haben sich zwar für einen anderen Standort entschlossen, jetzt könnten wir auch auf der alten Trasse planen, weil da Baurecht ist oder nicht. Die werden sich auch überlegen, ob sie die Kosten zweimal produzieren. Also von daher vermute ich mal, es wird nicht wirklich eine Auswirkung haben.

Wir tun was draußen für den Bürger. Sagen hallo, wir haben uns hier gekümmert. Wir können nicht mehr. Wir können nicht in die Sachentscheidung des LHW eingreifen, aktiv. Wir können nur eine Bitte oder eine Forderung, eine Aufforderung äußern, die neue Sachlage in die Überlegung mit einzubeziehen. Aber mehr nicht. Die Entscheidung trifft das LHW. Insofern verstehe ich die Bauchschmerzen nicht.

**Herr Lange**

Herr Wehrich.

**Herr Wehrich**

Ja, das ist sicher richtig Herr Dr. Meerheim. Das sehe ich ganz genau so. Das LHW entscheidet, aber wir geben die Rahmenbedingung vor. Und die müssen auch klar sein, damit . . . *Zwischenrufe* . . . damit der LHW auch damit umgehen kann.

Und somit sehe ich schon einen Unterschied zwischen unseren Anträgen. Weil, wir wollen nämlich, dass wir uns heute klar auch zum Neubau von der Eissporthalle bekennen. Ich halte es nicht für sinnvoll, in die alte noch weiter zu investieren. Ich denke, da waren wir uns auch alle einig, dass das Stückwerk ist.

. . . *Zwischenrufe* . . .

Ja, natürlich, wir wollten da nicht mehr weiter machen. Ich glaube, ich brauche jetzt nicht über die ganzen Diskussionen in den letzten Jahren nochmal zu referieren. Die Probleme mit der Energie, die horrenden Kosten, die da entstehen. Und überall, an allen Ecken und Enden bröseln es doch. Selbst wenn wir sie jetzt nochmal herrichten können, dann ist das doch eine Sache wieder, eine Perspektive von zwei, drei Jahren und da geht das nächste wieder los.

Also das führt in eine Sackgasse. Deswegen wollen wir, dass wir uns heute klar bekennen.

Und Herr Bönisch, natürlich ist es so, dass wir im Moment nicht wissen, was schneller zum Ziel führt. Sie als Mathematiker sind wahrscheinlich dran gewöhnt, dass man das ganz konkret berechnen kann. Hier geht es aber nicht. Hier geht es nur darum, dass wir darüber diskutieren, was denn die aussichtsreichste Entscheidung ist.

**Herr Lange**

Herr Wehrich . . . *unverständlich* . . .

**Herr Wehrich**

Und das ist unsere. Und deswegen und wir müssen uns aber auch schnell entscheiden, damit es zum Ziel kommt. Und das muss heute sein. Wir können das nicht länger heraus zögern, dann wird es wirklich beliebig.

**Herr Lange**

Herr Wehrich, ich könnte jetzt den Spruch meiner Landtagsvizepräsidentin nehmen "Wenn ich Ihnen sage, dass es zu Ende ist, ist es nicht der Abpiff zur Halbzeit, sondern dann ist die Redezeit auch rum."

Herr Bönisch wäre jetzt dran.

**Herr Bönisch**

Ich habe gerade, Herr Wolter, die Ausführung mit *der etwaige Neubau* zeigt doch, dass wir das jetzt weglassen können. Wir brauchen jetzt das nicht zu beschließen, wenn wir sagen, falls denn der Neubau kommt, dann an die Blücherstraße und dann könnt ihr den Deich geradeaus planen. Wir sagen jetzt aber schon, ihr solltet den Deich geradeaus planen. Vielleicht kommt aber der Neubau doch gar nicht. Und was ist dann? Dann gucken wir uns

alle an und sagen, oh, jetzt haben wir den Deich geradeaus geplant, jetzt muss die alte Halle doch noch stehen bleiben, jetzt fangen die wieder an zu planen und diesen Bogen zu planen. Es kann passieren. Sie müssen doch zugeben, es kann passieren.

Und deswegen finde ich das so kühn, hier zu behaupten, wir machen es so und das ist richtig.

Also ich bin eigentlich sogar so ein bisschen froh, dass wir jetzt hier sozusagen, weil wir die Argumente nicht haben, ich kann auch eine Überzeugung äußern und kann sagen, so rum ist es besser mit dem Deich, da kommen wir schneller zum Schutz von Halle-Neustadt. Oder so rum.

Ich weiß es nicht. Ich habe keine Argumente. Deswegen ist es, auch wenn jetzt Herr Meerheim sagt, ist doch egal was wir hier beschließen, die machen doch sowieso, was sie wollen. Nehmen wir doch den Punkt raus.

Nehmen wir doch den Punkt raus und sagen nur, wir wollen die Eissporthalle, falls sie denn kommt. Wenn wir eine neue Eissporthalle planen, dann planen wir die in der Blücherstraße. Den Rest lassen wir weg. Da sind wir d'accord. Aber sie beantragen es nicht. Ihnen ist egal, was da steht.

Na gut, dann warten wir mal unsere Auszeit ab.

#### **Herr Lange**

Das Wort hat Herr Sieber.

#### **Herr Sieber**

Ja, ich wollte kurz noch mal auf Herrn Dr. Meerheim eingehen.

Bei der LHW-Veranstaltung wurde ja Diverses von den Bürgern gefragt. Zum Beispiel ist diese neue Variante, diese geschwungene, teurer als ein Neubau des Deiches parallel zum alten? Ja. Warum gibt das LHW dort mehr Geld aus? Weil wir die Anforderung der Stadt haben, sonst würden wir das nicht machen. So wurde das dort dargestellt. Das ist so. Es war die Festwiese und die Eissporthalle. So wie ich das gesagt habe.

Und der Bogen, Herr Bönisch, dieser große Bogen sozusagen, der kommt wegen der Festwiese und nicht wegen der Eissporthalle.

Das heißt, wir reden über Festwiese und Eissporthalle. Das sind zwei Punkte, die da zu schützen sind aus Sicht der Stadt. Und die Festwiese ist Mumpitz, aus meiner Sicht. Das ist doch nicht möglich, dass wir deswegen Klagen riskieren und den Deichverlauf anders legen, als es vielleicht möglich wäre. Die Eissporthalle, wie sie jetzt erst mal steht, ist ein ganz anderer Punkt.

Aber wie gesagt, das LHW geht nur von den Anforderungen der Stadt aus. Und wenn die Stadt ihre Anforderung ändert, dann muss doch das LHW, müsste es reagieren. Was weiß ich, was die Behörde macht. Aber eigentlich ist es von den Planungen der Stadt ausgegangen oder den Anforderungen und hat teurer geplant, hat einen teureren Bau geplant, als sonst möglich wäre. Das wurde dort gesagt.

#### **Herr Lange**

So, jetzt habe ich noch Herrn Häder auf der Rednerliste.

#### **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**

Ich wollte auch bloß sagen, das *etwaige* ist ja bloß dem Umstand geschuldet, da wir alle noch nicht wissen, ob es ein Neubau wird in dem Moment. Wir beschließen ja jetzt nicht einen Neubau, dass der jetzt dort errichtet wird. Sondern wir sagen ja lediglich, falls wir mal

die göttliche Fügung haben, dass wir über die finanziellen Mittel verfügen, eine neue Eissporthalle errichten zu können, dann soll sie dort errichtet werden und nicht mehr an dem bisherigen Standort. Daher das *etwaige*.  
Alles andere . . .

. . . *Zwischenrufe* . . .

Nein, machen wir doch gar nicht. Wir empfehlen es doch gar nicht. In unserem Antrag bitten wir doch lediglich darum, bei diesen künftigen Planungen auch Alternativen zu berücksichtigen und nicht den bisherigen Standort Eissporthalle als in Stein gemeißelt anzunehmen.

Und das ist ja das, was Herr Sieber auch gerade erklärt hat. Momentan war doch die Anforderung der Stadt, zu sagen, also zum einen den eigentlichen Gimritzer Damm nicht anfassen, weil, da ist der schöne Radweg mit den Bäumen, den wollen wir erhalten. Das war ja der erste Punkt. Und dann ist der zweite Punkt jetzt, dann aber Eissporthalle, weil, die steht ja nun mal da momentan, und Festwiese in ihrem Bestand zu erhalten. Das ist der zweite Punkt.

Nur deshalb, das hat ja das LHW auch erklärt, ist es ja zu der Planung des jetzigen Deichverlaufs gekommen und die anderen Alternativen dann nicht zielführender Weise dann mehr untersucht worden.

Und da sagen wir doch jetzt lediglich, nehmt diesen Standort nicht in Stein gemeißelt dann im Endeffekt. Wir wollen da zumindest künftig nichts Neues mehr errichten.

Und wenn wir jetzt zu dem Ergebnis kommen, das alte Ding ist marode, das muss weg, dann könnt ihr auch im Zweifel, wenn das die bessere Variante ist, den Deich dort bauen. Und das wollen wir ja nicht beurteilen, das können wir nicht beurteilen. Das können wir nicht beschließen. Der LHW soll bloß ausreichende Möglichkeiten bei den Planungen haben.

**Herr Lange**

Herr Misch.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**

Tut mir leid, Sie haben schon den letzten Redner angekündigt, aber ich sage es mal ganz offen. Ich weiß nicht, warum wir ein Problem mit dem Antrag der GRÜNEN haben, wenn es heißt, der Stadtrat beschließt, die Eissporthalle nicht am bisherigen Standort Gimritzer Damm wieder zu errichten.

Wann wird eine gebaut? Wenn die alte weg kommt. Das heißt, es wird niemand beschließen, die alte wegzureißen, nur weil sie weg soll, und am anderen Standort zu bauen. Das heißt, es ist gewissermaßen ein Vorratsbeschluss. Wenn eine errichtet wird, dann nicht mehr an dem alten Standort.

Und die Mitteilung darüber an den Landesbetrieb für Hochwasserschutz, mitzuteilen, wenn gebaut wird, bauen wir sie dort nicht mehr, ihr könnt also eure Deichplanung machen.

Und die einzige Frage, die an dieser Stelle steht, wollen wir einen Damm errichten für 50 Jahre unter Berücksichtigung optimaler Bedingungen oder wollen wir einen Deich bauen, um eine Eissporthalle zu schützen, die vielleicht nicht mehr 50 Jahre steht?

Ich bin dafür, die optimale Deichvariante zu nehmen. Und ich habe den Eindruck gewonnen oder zumindest für mich mitgenommen, auch in dem Gerichtsprozess, dass diese Deichlinie, so wie sie jetzt festgelegt ist, lediglich den Umstand berücksichtigt, dass dort schon bestimmte vollendete Tatsachen geschaffen worden, die man jetzt einfach respektieren will und sagt, ja dort ist schon so ein Aufwand betrieben worden, warum sollen wir es dann nicht machen, wenn die Stadt noch die Eissporthalle behalten will.

Also ich wäre dafür, plädiere dafür, den Antrag der GRÜNEN zu unterstützen.

**Herr Lange**

So, die Rednerliste ist erschöpft. Jetzt möchte Herr Oberbürgermeister noch etwas erklären. Ich bitte um Aufmerksamkeit für den Oberbürgermeister.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Ich würde ganz gern nochmal zurückkommen auf die Hauptausschusssitzung.

Ich habe ja den Antrag deshalb zurückgekommen, weil ich zum einen deutlich gemacht habe, dass das LHW allein zuständig ist. Deshalb wurde nämlich damals der Damm nicht weiter gebaut. Und ich habe auch deutlich gemacht, dass der Standort Blücherstraße nicht förderwürdig ist. Ich habe im Hauptausschuss klar gesagt, dass der Standort nach den Förderrichtlinien besser geeignet sein muss. Das ist er nicht. Und von daher liegen die Fördervoraussetzungen für die Blücherstraße nicht vor.

Zum zweiten wollte ich nochmal deutlich machen, der Damm, Herr Misch, was Sie deutlich eben gesagt haben, das ist dem geschuldet, weil begonnen wurde, da möchte ich Ihnen nochmal deutlich machen, dass die Planungen des LHW seit vielen Jahren laufen. Schon bevor das Hochwasser gekommen ist. Man hat sich immer über drei Linien verständigt. Und die Linienführung, die ich damals gewählt habe, ist in Abstimmung mit dem LHW auch durchgeführt worden.

Das heißt, diese Linie ist nicht irgendwie einer Entscheidung geschuldet oder ähnliches. Sondern das LHW hat sehr deutlich gemacht, dass das die Vorzugslinie ist, um nicht noch stärker in irgendeiner Weise in die Baumlandschaft und ähnliches einzugreifen und möglicherweise Millionen zu riskieren aufgrund der sieben Leitungen, die in der Nähe auch des alten Dammes liegen.

Zu dem Hinweis, den wir eben auch gehört haben, sieben Monate Umarbeitungszeit. Dieses ist so nicht gesagt worden. Er hat gesagt, sieben Monate, wenn ich alle Tatsachen und Fakten habe. Das ist richtig. Aber die müssen erst mal geschaffen werden. Es müssen Bodenproben genommen werden, es müssen Umarbeitungsleitungen verlegt werden und, und, und. Erst dann kann ich sagen, dass die sieben Monate laufen.

Also es ist so, wie Herr Bönisch gesagt hatte, das ist weit mehr als ein Jahr, ehe überhaupt eine Möglichkeit besteht, einen neuen Damm auch darzustellen.

Ich möchte auch noch mal deutlich machen, dass zwei Anträge dann auch gestellt werden. Sowohl einmal für die modulare Sporthalle und zum anderen für die Eisssporthalle. Wenn wir uns denn verständigen.

Und ich möchte auch noch deutlich machen, dass das LHW, entgegen der Äußerungen, die wir hier auch gehört haben, hat bereits zu Ende geplant und die Unterlagen komplett beim Landesverwaltungsamt zur Entscheidung eingereicht.

**Herr Lange**

Das Wort hat Herr Misch noch mal.

**Herr Misch**

Also Herr Dr. Wiegand, jetzt müssen Sie mir was erklären. Wenn Sie sagen, das LHW hat lange nach dem Hochwasser, nach dem 2011 Hochwasser schon die Planung gemacht, dann stelle ich das infrage. Aus dem einfachen Grund, weil bis zu dem Hochwasser 2011 war der Gimritzer Damm noch nicht mal dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz

zugeordnet. Das ist erst nach dem Hochwasser 2011 passiert, durch die Intervention oder durch die Gespräche auch der Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados. Und da waren die Aussagen da. Zu diesem Zeitpunkt da war mit Neuplanung noch gar nichts im Gespräch.

Ich habe es hier schon mal gesagt, ein Baum- und Strauchbewuchs auf dem Gimritzer Damm ist nicht zulässig. Er erfüllt nicht die DIN und er erfüllt nicht die Forderung, die an eine Hochwasserschutzanlage gerichtet werden. Bis dahin waren noch gar keine Planungen durchgeführt worden.

Wenn Sie jetzt aber sagen, diese Planungen sind schon jahrelang nach dem Hochwasser 2011 passiert, dann stelle ich Ihnen die Frage, warum haben Sie unmittelbar nach dem Hochwasser hier im Rat gesagt, ich habe eine Ausschreibung oder werde eine Ausschreibung vorbereiten, für eine mobile Schutzwand. Und vier Wochen später kommen Sie und sagen, Sie bereiten eine Vergabe vor und drei Tage später wird ein Auftrag erteilt.

Wo waren denn dann die Planungen? Schon in Ihrem Besitz? Also mit Verlaub.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Die Planungen der Schlangenlinie sind seit 2011 bekannt.

**Herr Lange**

Herr Bönisch

. . . Zwischenrufe . . .

**Herr Bönisch**

Ich möchte noch etwas klarstellen. Herr Oberbürgermeister, ich behaupte, und ich bitte Sie, die Aussage zurückzunehmen, ich behaupte, dass die Aussage, dass an der Blücherstraße die neue Eissporthalle nicht förderfähig wäre, ist falsch. Und ich bitte Sie, das noch mal zu überdenken, dass Sie nicht hier den Leuten gegenüber darstellen, Dinge als Tatsachen und Fakten, die so vielleicht nicht stimmen. Ich behaupte einfach jetzt mal, dass die Aussage so nicht richtig ist.

**Herr Lange**

Herr Bönisch, möchten Sie jetzt die Auszeit nehmen? Gut, dann haben Sie jetzt fünf Minuten Auszeit.

*Fünf Minuten Auszeit.*

**Herr Lange**

Gut, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich bitte darum, dann doch wieder die Plätze einzunehmen und wir haben eine neue Situation.

Der Ursprungsantrag wurde von der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM geändert. Der erste Teil bis zum Absatz des Ursprungsantrages, also bis . . . *Stadt Halle führen*, wird gestrichen.

Und dann gibt es den zweiten Teil des Antrages oder den zweiten Absatz. Dort wird dann konsequenter Weise *unter der vorgenannten Maßgabe* auch gestrichen, weil sich das ja auf den ersten Absatz bezieht.

Wir haben jetzt das Problem mit dem Änderungsantrag der GRÜNEN, der sich auf der einen Seite auf den ersten Teil des Ursprungsantrages bezieht, mit den Worten *Standort nördliche Blücherstraße*. Das ist der eine Änderungsantrag, den Sie gestellt haben, die eine Veränderung.

Und die andere Veränderung ist, noch mal das Wörtchen *nachdrücklich*. Die Frage ist jetzt, wie gehen wir mit dem Änderungsantrag um.

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Wir haben einen Alternativtext beantragt. Wir haben nicht an dem Text der MitBÜRGER gearbeitet, sondern wir haben eine alternative Formulierung.

**Herr Lange**

Es ist also eine komplett alternative Formulierung.

**Frau Krausbeck**

Ja.

**Herr Lange**

Und die bleibt auch aufrecht, trotz des Antrages, den jetzt die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM . . . ?

Gut, Sie halten den aufrecht. Alternativ ist gut, alternative Anträge haben wir eigentlich nicht nach unserer Geschäftsordnung.

Es ist jetzt so, dass dadurch, dass der erste Teil von MitBÜRGER – NEUES FORUM gestrichen wurde, wäre der Antrag der GRÜNEN, der Änderungsantrag der GRÜNEN, natürlich auch das, was weitergehend ist. Weil da ja auch noch . . . *Zwischenrufe* . . .

Dann lasse ich jetzt den Antrag der GRÜNEN als erstes abstimmen. Und dann wird der Antrag von MitBÜRGER – NEUES FORUM entsprechend abgestimmt.

Herr Krause meldet sich, bitte.

**Herr Krause**

Also bevor wir zu der Abstimmung kommen, möchte ich ganz gern die Antwort hören auf die Frage, die Herr Bönisch gestellt hat. Also wer hat erklärt, belastbar erklärt, dass die Blücherstraße nicht förderfähig ist? Für uns eine ganz wichtige Frage. Ist das definitiv belastbar erklärt und von wem?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Krause, es gibt dazu die Förderrichtlinien, die deutlich dieses aussagen. Und wenn Sie möchten, kann ich Ihnen das noch mal vortragen.

Und ich muss Sie ja darauf aufmerksam machen, dass wir uns außerhalb der Förderrichtlinien bewegen. Dort heißt es wortwörtlich im Abschnitt I Nr. 2.2 zum Ersatzstandort, um das noch mal deutlich zu machen, die Richtlinie geht davon aus, dass grundsätzlich an der Stelle, wo der Hochwasserschaden eingetreten ist, der Wiederaufbau erfolgt. Das ist der Grundsatz.

. . . *Zwischenrufe* . . .

Das ist der Grundsatz. Es gibt Ausnahmen. Das heißt, die Förderrichtlinie gibt auch die Möglichkeit, einen Ersatzstandort zu wählen. Aber mit einer Besonderheit. Diese Besonderheit ist verständlicherweise, und der HFC beispielsweise hat das vorgemacht, der hat nämlich seinen Ersatzstandort außerhalb des Hochwassergebietes gelegt.

Das heißt, der Ersatzstandort muss wesentlich besser geeignet sein als der betroffene Ort. Und das ist auch verständlich. Das sagen die Förderrichtlinien. Und darauf muss ich Sie aufmerksam machen.

**Herr Krause**

Herr Dr. Wiegand, kann ich noch mal nachfragen? Also wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, ist es Ihre Auslegung der Förderrichtlinie, die Sie zu dieser Aussage bringt.

Es gibt keine Aussage von Verantwortlichen, Landeswasserbaubetrieb, Ministerium etc., also zuständigen Leuten, die sagen, nein, euer Ansinnen, das ist ja nun nicht unbekannt, wir haben ja öfters darüber diskutiert, diesen Standort zu wählen ist nicht förderfähig, oder von der IB-Bank oder was weiß ich woher. Diese Aussage gibt es definitiv von niemandem? Oder bin ich jetzt falsch?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Es gibt auch definitiv von niemandem eine Zusage, das hat Herr Bönisch ausgeführt, dass dieser Standort bestätigt ist. Der kann so nicht bestätigt werden, weil nämlich die Voraussetzungen sind. Herr Krause, das ist nicht eine Auslegung, die ich jetzt vornehme. Das ist kein unbestimmter Rechtsbegriff, der auszulegen ist. Sondern hier geht es darum, ist der Standort tatsächlich besser geeignet. Und da sage ich Ihnen, der liegt hundert Meter weg, liegt ebenfalls im Hochwassergebiet und deshalb ist er nicht besser geeignet.

**Herr Krause**

Herr Dr. Wiegand, nehmen Sie mir das jetzt nicht übel. Aber wenn ich das jetzt richtig verstanden habe ist es doch Ihre Auslegung. Also ich habe jetzt nicht von Ihnen gehört, dass jemand, wenn wir den Standort jetzt vorschlagen würden, wenn wir jetzt hier beschließen würden, wir wollen diese Blücherstraße haben, wir erkennen das als den vorteilhafteren Standort, gibt es keine definitive Aussage von jemandem, den dürft ihr nicht nehmen, der ist nicht förderfähig, da kriegt ihr kein Geld. Das möchte ich jetzt genau wissen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Krause, wenn Sie das beschließen, da gehe ich in den Widerspruch, weil sie sich momentan konträr zu den Förderrichtlinien verhalten.

**Herr Krause**

Ich frage nicht danach, wie Sie reagieren. Ich möchte gern wissen, ob es eine definitive Aussage dazu gibt? Das möchte ich gern erfahren.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Es gibt überhaupt keine definitive Aussage. Weder in die eine oder in die andere Richtung. Es gibt keine definitive Auskunft.

**Herr Lange**

Gut, das was der Oberbürgermeister ausgeführt hat, hat mehrere Reaktionen hervorgerufen. Herr Dr. Meerheim, Herr Knöchel und Frau Hintz und Herr Häder darf auch noch mal.

**Herr Dr. Meerheim**

Also es ist interessant, wie so etwas abläuft. Wir hatten ja eine Vorlage gekriegt mit dem Thema. Da stand nichts dazu drin. Null Komma null. Nichts zu der Aussage, die Sie heute hier getroffen haben.

Und jetzt werden Sie mir nicht erklären wollen, dass Sie, genau weil das da nicht drin stand, deswegen die Vorlage zurückgezogen haben. Sie haben ja einen anderen Grund benannt, warum, der sogar begründet ist, warum die Vorlage zurückgezogen wurde.

Und dann noch etwas. Ich habe es gerade in der Pause gesagt. Ich achte Sie sehr. Aber eines, die Verwaltung hat 2.580 Angestellte, wir sind 56 Stadträtinnen und Stadträte, die immer irgendwas erfahren. Und da sage ich jetzt, die Vorlage, die da kam, die war schon frisiert, die war ausgerichtet auf den Standort Eissporthalle. Insofern hat nämlich Herr

Bönisch mit seiner Aussage, ich behaupte, dass Ihre Aussage falsch ist, nämlich nicht ganz Unrecht.

Es wurden wesentliche Dinge, die für andere Standorte gesprochen hätten, unterlassen oder etwas abgeschwächt formuliert. Und da muss ich sagen, ich hätte jetzt mit so einer Aussage von Ihnen nicht gerechnet. Das hätte ich Ihnen nicht zugetraut, dass Sie das jetzt einfach mal hier aus dem Stehgreif so behaupten.

Und Sie werden es wahrscheinlich auch schwer haben, wenn Sie dann wirklich in Widerspruch gehen, den zu begründen. Wir werden alles dafür tun, genau das Gegenteil von dem vorzubringen wenn es denn notwendig wird, um bei der Entscheidung, wenn denn heute eine getroffen wird, zu bleiben.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Dr. Meerheim, diese Aussage habe ich nicht heute getroffen, sondern die habe ich bereits im Hauptausschuss getroffen.

*. . . Zwischenrufe . . .*

**Herr Lange**

Herr Knöchel hat das Wort.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE**

Herr Oberbürgermeister, bei aller Wertschätzung, ich glaube, an der Stelle spielen Sie ein falsches Spiel. Ich bekomme fast jede Woche einen Widerspruch von Ihnen in meinen Briefkasten zu irgendeinem Ratsbeschluss.

Seit August sprechen wir hier über Standorte, Ersatzstandorte und ähnliches. Es gab Ratsbeschlüsse, Prüfaufträge an Sie. Und da Sie sonst sehr widerspruchsfreudig sind, und ich nehme an, die Förderrichtlinie heute auch nicht zum ersten Mal gelesen haben, hätten Sie also bereits in diesem Prozess den heute hier angedrohten Widerspruch, und ich sage mal, es ist unfein, nach Ende eines Diskussionsprozesses, den Sie selbst ja auch mit Vorlagen zu den einzelnen Standorten geführt haben, zu sagen, ich widerspreche aber, wenn Ihr nicht macht, was ich Euch sage. Und genau das haben Sie gemacht. So ein bisschen mit dem Fuß aufgestampft und gesagt, will ich aber nicht, ich will meinen alten Standort.

Ich finde, das ist stilistisch nicht in Ordnung. Es ist vor allen Dingen für einen Oberbürgermeister, und das muss ich Ihnen vorhalten, nicht in Ordnung, nach Ende eines Prozesses so etwas zu tun, nachdem wir ja auch die ganze Stadtverwaltung damit beschäftigt haben, Alternativstandorte zu prüfen, drei Standorte raus kristallisiert haben und dazu von Ihnen Vorlagen bekommen haben, die Sie grundsätzlich als geeignet erscheinen lassen.

Ich muss Ihnen sagen, da haben Sie uns hier ein halbes Jahr veralbert.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Knöchel, das ist nicht zutreffend. Die Verwaltung hat von vornherein immer gesagt, dass der Standort Blücherstraße nicht der geeignete Standort ist. Wir haben stets die alte Eissporthalle favorisiert.

Sie haben darauf bestanden, dass wir die drei Standorte noch einmal überprüfen. Das haben wir getan. Wir haben dieses so festgestellt, wie ich Ihnen das gesagt habe. Darauf habe ich deutlich gesagt, diese Vorlage können wir nicht aufrechterhalten.

Sie hatten seit dem Hauptausschuss, seit einer Woche das Zeichen gehabt und deutlich, dass ich das nicht mittragen kann. Und von daher habe ich dieses auch im Hauptausschuss so argumentiert.

**Herr Lange**

Das Wort hat Frau Hintz.

**Frau Hintz, SPD-Fraktion**

Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender, wertere Kolleginnen und Kollegen.

Es gibt ja den Antrag, der zurückgezogen wurde, in dem die drei Standorte miteinander verglichen worden. In dieser gesamten Vorlage geht es nie um eine Fördermittelrichtlinie, die auf einmal ein solches Gewicht hat.

Warum hat sie dieses Gewicht erst in der heutigen Debatte? Und wenn wir nicht so viel debattiert hätten, würde ich mich fragen, ob wir nicht eigentlich vor einer halben Stunde es schon längst beschlossen hätten. Wir sind nun mal sehr diskutierfreudig und fragen nach. Und da steht nichts drin. Da gibt es einen Vergleich. Und bisher ist es immer so, dass wir uns trotzdem einstimmig entschieden haben, die Blücherstraße.

Der Antrag der MitBÜRGER ist vom 09.04., die Antwort der Verwaltung ist vom 26.04. In der Begründung, den Antrag abzulehnen, geht es nur um die Dammführung. Um die Eissporthalle geht es in der Ablehnung nie. Auch damals war die Förderrichtlinie schon bekannt.

Warum wird dann nicht darauf hingewiesen? Sondern man lässt uns hier wieder anderthalb Stunden uns gegenseitig die Köpfe heiß reden und wir haben wieder das Gefühl, wir werden nach Strich und Faden . . . *unverständlich* . . .

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Frau Hintz, wir haben ständig auf die Mehrkosten hingewiesen und haben deutlich gemacht, dass dieser Standort nicht geeignet ist.

. . . *Zwischenrufe* . . .

**Herr Lange**

Herr Häder hat das Wort.

**Herr Häder**

Ich möchte nur einen Punkt, der mich verwundert bei dieser ganzen Diskussion. Wir haben eine Verwaltungsvorlage gehabt zum Bau des Eisdoms, der als Ersatzneubau für die Turnhallen der Eissporthalle deklariert ist und auch als solcher gefördert werden kann.

Wie kann dieser an diesem Standort gefördert werden, der ja dann im Hochwassergebiet liegt? Ist zu hinterfragen, hätte ich nicht die Möglichkeit gehabt, auch eventuell an dem Areal Eissporthalle? Oder hätte ich da nicht zwingend auf Seiten der Verwaltung einen anderen Standort vorschlagen müssen, als diesen Standort im Hochwassergebiet für diesen Ersatzneubau, der ja dann mit der gleichen Argumentation nicht förderfähig wäre?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Häder, wir haben auf die Probleme der Blücherstraße immer hingewiesen. Wir sind auseinandergegangen hier im Stadtrat, dass Sie gesagt haben, bitte prüfen sie noch mal detailliert und genau diese drei Standorte. Und als wir dieses festgestellt haben, unmittelbar danach habe ich das deutlich gemacht, ich kann die Vorlage nicht mehr halten.

**Herr Häder**

Mir geht es um den Eisdome, der als Ersatzbau für die Turnhallen geplant ist und mit Flutfördermitteln bezahlt werden soll. Jetzt erklären Sie, ich kann an diesen Standort Blücherstraße nichts mit Flutfördermitteln bauen, weil das Flutgebiet ist. Dann hätte die Verwaltung damals nie diesen Standort vorschlagen dürfen für diesen Ersatzbau der Turnhallen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Das ist so nicht korrekt. Deshalb heißt das Ding modulare Sporthalle, weil sie innerhalb von drei, vier Tagen abgebaut werden kann und versetzt werden kann.

. . . *Zwischenrufe* . . .

**Herr Lange**

Das Wort hat Herr Knöchel.

**Herr Knöchel**

Das war hier nie die Frage. Sie haben jetzt schon wieder ausgewichen und haben was von Mehrkosten erzählt. Sie haben hier gesagt, es ging nie, dieser Standort. In Ihrer Vorlage stand was von Mehrkosten. Wir haben aber im Planungsausschuss eindeutig auch nachgewiesen, dass die Kostenrechnung für den alten Standort aufgrund der dort noch ungeklärten Verhältnisse, was die Erbbaurechtsverhältnisse angeht, möglicherweise noch wesentlich teurer werden können, weil nämlich die Stadtverwaltung das hier im Stadtrat doch einvernehmlich besprochene Verfahren, nach der Insolvenz des alten Betreibers den Heimfall zu erklären, bis zum heutigen Tag, bis zum heutigen Tag nicht umgesetzt hat. Und wenn ich das betrachte, dann haben Sie da schon mal wirklich eine Pflichtverletzung eingesehen.

Wir haben nachher noch einen Tagesordnungspunkt der heißt Akteneinsicht. Ich möchte in sämtliche Planungsvorgänge zur Eissporthalle Akteneinsicht nehmen. Ich möchte sehen, an welcher Stelle Sie diese Unmöglichkeit und diese Förderrichtlinie aktenkundig gemacht haben.

Ich gehe davon aus, dass Sie hier mindestens Mittel der Stadt für die Planung verschwendet haben, weil Sie von Anfang an nicht gesagt haben, was Sache ist. Sie haben hier versucht, den Stadtrat vorzuführen und haben versucht, Ihren eigenen Standpunkt mit unlauteren Mitteln durchzusetzen. Das ist meine Position. Ich denke, das wird sich aus der Akteneinsicht auch ergeben.

**Herr Lange**

Den Antrag auf Akteneinsicht bitte dann noch mal schriftlich.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Es ist stets gefordert worden, den Standort Blücherstraße weiter zu untersuchen. Wir haben in 2013 in ersten Untersuchungen deutlich gemacht, dass dieser Standort nicht korrekt ist.

**Herr Lange**

Herr Schachtschneider hat das Wort.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren. Ich möchte die Diskussion jetzt nicht unnötig verlängern. Aber, ich weiß nicht, wie viele noch hier drin sind. Ich bin einer der Betroffenen. Also das heißt, nicht von der Eissporthalle, aber wenn der Damm jetzt noch weiter verzögert wird. Ich weiß nicht, wie viele hier noch sitzen.

Und ich denke, ein Signal was wir hier gerade, Herr Lange Entschuldigung, habe ich vergessen, wenn wir dieses Signal aussenden, wir unterhalten uns eine Stunde, länger als eine Stunde über Dinge, die eigentlich vorher schon klar waren.

Und ich frage mich, wieso wir im Sportausschuss auch ewig diskutiert haben, wenn es a) klar war, dass der Standort Blücherstraße nicht förderfähig ist und b) es schon lange eine Planung gibt, die abgeschlossen ist und nur noch im Genehmigungsverfahren ist.

Also diese zwei Dinge hätten mir gefehlt, da hätte es eine ganz knappe Vorlage werden können.

Ich habe den Eindruck, und der Vorwurf kommt ja auch immer dann so, es sind die, die jetzt nicht dem alten Standort zustimmen, sind die, die es verzögern. Also, ich kann mir des Eindruckes nicht erwehren. Wir wollen schon lange abstimmen. Wir wollen das Günstigste. Wir haben alle Möglichkeiten wirklich fraktionsübergreifend gesucht, um da zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen. Und jetzt kommen immer neue Einwände, das geht so nicht.

Und ich denke, das klare Signal, was heute hier rausgehen soll, wir wollen alle den Damm. Wir wollen alle den Eissport. Und wir wollen die schnellste Lösung. Und das ist es. Und ich denke, dazu sollten wir uns jetzt entschließen und sollten abstimmen.

Und wenn Sie in den Widerspruch gehen, Herr Dr. Wiegand, ich weiß es nicht, welches Signal dann ausgesendet wird.

**Herr Lange**

Nein, Herr Wolter Sie können nicht noch mal reden, weil Sie schon zweimal . . .  
*unverständlich* . . .

**Herr Wolter**

Entschuldigen Sie, das muss ich ordentlich machen.

**Herr Lange**

Ein Geschäftsordnungsantrag?

**Herr Wolter**

Ich würde um Wortprotokoll für diese interessante Diskussion bitten.

**Herr Lange**

Dafür braucht es keinen Geschäftsordnungsantrag. Gut, alles klar.  
Die Rednerliste ist erschöpft und wir können zur Abstimmung kommen.

*Ende des Wortprotokolls.*

**zu 7.8.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum künftigen Standort der Eissporthalle und dem Verlauf des Hochwasserschutzdeiches (V/2014/12736)  
Vorlage: V/2014/12787**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:*

*Der Stadtrat beschließt, die Eissporthalle nicht am bisherigen Standort Gimritzer Damm wieder zu errichten.*

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft darüber zu informieren, dass die Eissporthalle nicht am Standort Gimritzer*

*Damm wieder errichtet werden soll und somit ein Hochwasserschutz des Geländes um den bisherigen Standort der Eissporthalle nicht mehr erforderlich ist.*

*Der Oberbürgermeister wird darüber hinaus beauftragt, gegenüber dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft anzuregen, die Deichlinie den veränderten Gegebenheiten anzupassen.*

**zu 7.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum künftigen Standort der Eissporthalle und dem Verlauf des Hochwasserschutzdeiches  
Vorlage: V/2014/12736**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

1 Nein-Stimme

1 Enthaltung

**Beschluss:**

~~Der Stadtrat beschließt, die Eissporthalle nicht am bisherigen Standort wieder zu errichten, soweit der Neubau des Deiches im Bereich Peißnitz/Gimritzer Damm durch die sich dadurch ergebenden Alternativen beim Deichverlauf vereinfacht und beschleunigt wird sowie entsprechende Umplanungen nicht zu finanziellen Mehrbelastungen für die Stadt Halle führen.~~

Der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft wird unter der vorgenannten Maßgabe gebeten, bei den weiteren Planungen zum Deichneubau auch Varianten – beispielsweise den Deichverlauf parallel zum Gimritzer Damm – zu berücksichtigen, die von einem Wegfall der Eissporthalle nebst Nebenanlagen und Wiedererrichtung an einem anderen Ort ausgehen.

**Der Stadtrat beschließt als Standort für einen etwaigen Neubau einer Eissporthalle den Standort der Nördlichen Blücherstraße in Halle (Saale).**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** erklärte, dass er bezüglich der Beschlussfassung zum TOP 7.8 in Widerspruch gehen wird.

**zu 7.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Thema Wirtschaftsförderung auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12622**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

26 Ja-Stimmen

14 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

**geänderter Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt,

~~die Internetseite der Stadt Halle (Saale) zur Förderung der Wirtschaft weiterzuentwickeln. Dazu werden in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden alle in der Stadt Halle (Saale) tätigen Händler, Selbständige und Unternehmen mit Namen, Anschrift, Telefon und Internet-Verbindung aufgeführt. Eine Verlinkung zu den entsprechenden Webseiten ist vorzusehen.~~

~~Die Verwaltung wird beauftragt zunächst zu prüfen, ob und wie ein Branchenverzeichnis in den Internetauftritt der Stadt Halle integriert werden kann. Die Verwaltung stellt dem Stadtrat das Ergebnis der Prüfung bis zum Mai 2014 vor.~~

**Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern das bereits vorhandene Branchenverzeichnis auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale) optimiert werden kann.**

**zu 7.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass  
Vorlage: V/2014/12741**

---

**zu 7.12.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass (Vorlagen-Nr.: V/2014/12741)  
Vorlage: V/2014/12790**

---

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, informierte darüber, dass eine neue Stellungnahme der Verwaltung vorliege.

Ihre Fraktion hatte beantragt, bestimmte Punkte zur Verbesserung des Halle-Pass im Sinne der Attraktivitätssteigerung zu überprüfen und das Angebot konzeptionell weiter zu entwickeln.

Dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE werde durch ihre Fraktion zugestimmt.

**zu 7.12.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass (Vorlagen-Nr.: V/2014/12741)  
Vorlage: V/2014/12790**

---

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Punkt 1 wird wie folgt ergänzt:

1. Die Anspruchsvoraussetzungen für den Halle-Pass besitzen Bürgerinnen und Bürger, die ein geringes Einkommen, welches das Eineinhalbfache des maßgeblichen Regelsatzes zuzüglich des jeweiligen Anteils an den tatsächlichen Unterkunftskosten nicht übersteigt. Je nach Haushaltsgröße ergeben sich damit gestaffelte Einkommensgrenzen.

Der Punkt 2 wird wie folgt ergänzt:

2. Die Mittel für die Leistungen des Halle-Pass G werden ab 2015 wieder in Höhe von 30.000 € in den Haushalt der Stadt Halle (Saale) eingestellt.

Die Stadtverwaltung entwickelt ein Konzept zur Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV in Halle (Saale).

**zu 7.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass  
Vorlage: V/2014/12741**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**geänderter Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Attraktivität des Halle-Passes weiter ausgebaut werden kann. Die Prüfung sollte unter folgenden Gesichtspunkten erfolgen:

1. Erweiterung des Kreises der Antragsberechtigten,  
**Die Anspruchsvoraussetzungen für den Halle-Pass besitzen Bürgerinnen und Bürger, die ein geringes Einkommen, welches das Eineinhalbfache des maßgeblichen Regelsatzes zuzüglich des jeweiligen Anteils an den tatsächlichen Unterkunftskosten nicht übersteigt. Je nach Haushaltsgröße ergeben sich damit gestaffelte Einkommensgrenzen.**

2. Ausbau des Leistungsangebotes,

**Die Mittel für die Leistungen des Halle-Pass G werden ab 2015 wieder in Höhe von 30.000 € in den Haushalt der Stadt Halle (Saale) eingestellt.**

**Die Stadtverwaltung entwickelt ein Konzept zur Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV in Halle (Saale).**

3. Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und des Verfahrens der Antragsstellung.

Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat im September 2014 vorgelegt.

**zu 7.13 Antrag des Stadtrats Olaf Sieber zum Bau des neuen Deiches am Gimritzer Damm  
Vorlage: V/2014/12696**

---

**Herr Sieber, fraktionslos,** begründete seinen Antrag damit, dass unabhängig vom konkreten Dammverlauf die Auswirkungen für die Altstadtbewohner zu minimieren sind. Mit dem Antrag soll das LHW gebeten werden, den Retentionsraum so weit wiederherzustellen, wie er mit dem alten Deich vorhanden war.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschluss:**



**zu 8.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des  
Gestaltungsbeschluss zum Ausbau des Böllberger Weg Nord, 2.BA  
Vorlage: V/2014/12898**

---

**Herr Feigl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, merkte an, dass der Antrag im letzten Anstrich geändert und die Weisung an die HAVAG herausgenommen wurde.

Zur Begründung des Antrages seiner Fraktion führte er aus, dass die Entscheidung des Kultusministeriums, den Abriss zu untersagen, eine große Chance darstellt. Die Förderrichtlinien seien nicht so eng, dass ein Ausschlusskriterium vorliege und die Sanierung über das Stadtbahnprogramm umgesetzt werden kann. Außerdem wurden schon viele Ausnahmen zugelassen, weil im Stadtgebiet von Halle die Querschnitte nicht ausreichen, um separate Gleiskörper umzusetzen.

Dem Antrag wurde ein Vorschlag beigefügt, den seine Fraktion für förderfähig halte und er bat um Zustimmung des Antrages.

Desweiteren sollte auf eine Klage verzichtet werden, da unsicher sei, wann es eine Entscheidung dazu gibt und die Fördermittel 2019 auslaufen würden.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, bat um eine getrennte Abstimmung der einzelnen Beschlusspunkte.

**Herr Sieber, fraktionslos**, unterstützte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Vorschlag sei umsetzbar und das Gebäude könnte erhalten bleiben.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einzelpunkt abstimmung**

B.-Punkt 1	mehrheitlich abgelehnt
B.-Punkt 2	mehrheitlich zugestimmt 20 Ja-Stimmen 14 Nein-Stimmen 5 Enthaltungen
B.-Punkt 3	mehrheitlich abgelehnt

**geänderter Beschluss:**

- ~~1. Der Beschluss des Stadtrates zur Beschlussvorlage Ausbau Böllberger Weg Nord, 2. BA - Gestaltungsbeschluss (Vorlage: V/2012/11289) vom 27.11.2013 wird nach der Verweigerung der Abrissgenehmigung für das Künstlerhaus 188 hinsichtlich der Gestaltung des betreffenden Abschnitts Knoten Böllberger Weg/Torstraße bis Geseniusstraße (Bereiche A und B nördlicher Teil) aufgehoben.~~
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für diese ca. 150 m Strecke eine neue Vorzugsvariante der Vorplanung zum Abschnitt Knoten Böllberger Weg/Torstraße bis Geseniusstraße (Bereiche A und B nördlicher Teil) zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen, die den Erhalt des denkmalgeschützten Gebäudes Böllberger Weg 188 und der weiteren Gebäude auf der West- oder Ostseite beinhaltet sowie gleichzeitig eine Förderung der Straßensanierung über das Stadtbahnprogramm ermöglicht. Geprüft werden soll dabei insbesondere der Verzicht auf einen gesonderten Gleiskörper in einer Fahrtrichtung in Verbindung mit einer Realisierung eines Vorrangs des Straßenbahnverkehrs in dieser Fahrtrichtung durch eine entsprechende Verkehrssteuerung sowie ein Kompromiss bei den Nebenanlagen durch kombinierte Rad- und Fußwege in Minimalausführung.

- ~~3. Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, gegenüber der mit der Projektdurchführung beauftragten HAVAG, gegebenenfalls im Rahmen einer Gesellschafterweisung, den Verzicht auf jegliche Klage gegen den Ablehnungsbescheid zum Abrissantrag zu erwirken. Eine eventuell bereits eingereichte Klage ist zurückzuziehen.~~

**zu 8.4 Antrag des Stadtrats Olaf Sieber zum veränderten Bedarf geschützter Flächen durch den Neubau des Deichs Gimritzer Damm  
Vorlage: V/2014/12900**

---

Herr Sieber, fraktionslos, erklärte den Antrag für erledigt.

**Abstimmungsergebnis:**

**erledigt**

Antragsteller für erledigt erklärt

**Beschlussvorschlag:**

- 1. Die Stadt Halle (Saale) meldet gegenüber dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft nur noch Platzbedarf für die Eissporthalle als Grund einer Deichverlegung gegenüber der alten Deichlage an. Davon ausgehend befürwortet sie eine neue Deichlinie von Süden kommend nahestmöglich an der alten liegend, im Bereich der Eissporthalle zur Saale hin ausschwenkend und an den Aufschüttungen am östlichen Rand der Eissporthalle entlanglaufend und weiter der Lage der Halle-Saale-Schleife folgend in Richtung Weinbergkreuzung.*
- 2. Der Neubau der Eissporthalle wird so geplant, dass genügend Abstand zu Deich und Erschließungsstraße eingehalten wird. Sollte die nutzbare Fläche nicht ausreichen, sind die Straße Gimritzer Damm und die Straßenbahn im Rahmen des geplanten Neubaus Richtung Westen zu verschieben, bis ausreichende Platzverhältnisse für den Neubau der Eissporthalle und ihrer Nebenanlagen vorliegen.*
- 3. Im Vergleich zum höchsten Hochwasserstand Juni 2013 verlorengelender Retentionsraum soll durch Abgrabungen oder andere geeignete Maßnahmen ausgeglichen werden.*

**zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 9.1 Anfrage der Stadträte Andreas Scholtyssek und Andreas Schachtschneider (beide CDU) zu Spontanpartys im Jahr 2013  
Vorlage: V/2014/12885**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur unvollständigen Veröffentlichung der Stellungnahme der Stadtverwaltung zur Hochschulstrukturplanung des Landes  
Vorlage: V/2014/12882**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.3      Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Vergabe von Darlehen an städtische Mitarbeiter  
Vorlage: V/2014/12884**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.4      Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu Verfahrensweisen und der Kompetenzverteilung in der Stadtverwaltung  
Vorlage: V/2014/12881**

---

*Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion wurde zum TOP 9.4 ein Wortprotokoll erstellt.*

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**

Ja, Herr Vorsitzender, ich war ja schon öfters am Mikro und war mit den Antworten der Verwaltung nicht so ganz zufrieden. Das muss ich auch heute wieder tun, leider.

Wer es verfolgt hat, wir hatten in der letzten Ratssitzung gesprochen über die Stellungnahme der Stadt zur Hochschulreform. Die wurde ja dann im Amtsblatt unvollständig veröffentlicht, wofür ja der Oberbürgermeister die Verantwortung trägt. Das war ja in der Anfrage 9.2 zu lesen.

Und diese Stellungnahme der Stadt wurde ja von der Büroleiterin unterschrieben. Und deswegen habe ich einfach gefragt, mit welchen Handlungskompetenzen und Vollmachten die Büroleiterin ausgestattet ist. Und da ist einfach die kurze und knappe Antwort des Oberbürgermeisters, „mit umfassenden Vollmachten“. Das reicht mir natürlich nicht. Ich würde schon gerne wissen, welche Vollmachten Ihre Büroleiterin hat? Ich überspitze es jetzt mal ein bisschen. Hat Sie eine Vollmacht zum Kaffee kochen oder hat sie die Vollmacht, in Ihrem Namen Unterschriften zu leisten? Das ist schon ein kleiner Unterschied und das hätte ich dann auch gerne aufgeführt.

Sie haben die Organisationshoheit der Verwaltung, keine Frage. Wenn aber gefragt wird, wie Sie Ihre Verwaltung organisiert haben, hätte ich darauf auch gerne eine fundierte Antwort.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Die Büroleiterin hat die Möglichkeit, Geschäftskorrespondenzen aller Art zu unterschreiben, bis auf die ministeriellen. Also das heißt, die Ministerzuschriften oder die Präsidenten der jeweiligen behördlichen Einrichtungen.

**Herr Scholtyssek**

Also darf Ihre Büroleiterin auch an Staatssekretäre Schreiben unterzeichnen, zum Beispiel?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Genau.

**Herr Scholtyssek**

Könnten Sie das vielleicht trotzdem noch schriftlich niederlegen, welche Kompetenzen?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Ich habe die Frage beantwortet.

**Herr Scholtyssek**

Unzureichend.

*Ende des Wortprotokolls.*

**zu 9.5      Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Wächterhäusern (Bürgerhäuser) in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12888**

---

Vertagt auf September 2014.

**zu 9.6      Anfrage der Stadträtin Hanna Haupt (SPD-Stadtratsfraktion) zur Immobilie des ehemaligen Kreiswehrrersatzamtes  
Vorlage: V/2014/12597**

---

Nach Aussage von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** befinde man sich zu diesem Thema in der Prüfung und Abstimmung. Sobald eine Antwort vorliege, werde dies dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben.

**zu 9.7      Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Anbindung des Stadtteils Dölau an den öffentlichen Nahverkehr vor dem Hintergrund der Entwicklung dieses Gebiets  
Vorlage: V/2014/12886**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.8      Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur „Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg“ (V/2012/11102).  
Vorlage: V/2014/12896**

---

**Herr Bauersfeld, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, regte an, den Stadtratsbeschluss zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg mit einem Schreiben der Landesregierung Sachsen-Anhalt zur Kenntnis zu geben.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** stimmte der Anregung zu. In diesem Fall sei es schon erfolgt und Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft Sachsen-Anhalt,

habe den Wunsch geäußert, sich noch stärker in die Gespräche dazu einbringen zu wollen. Ihm gegenüber wurden bereits drei Gesprächsangebote unterbreitet.

**zu 9.9      Anfrage des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zum  
Barockhaus Große Märkerstraße 5  
Vorlage: V/2014/12878**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.10     Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der B-Plan-  
verfahren Nr. 152 "Wohngebiet am Sophienhafen, Südseite" und Nr. 153  
"Hafenstraße Westseite"  
Vorlage: V/2014/12825**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.11     Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Nachwuchsleistungs-  
zentrum des Halleschen Fußballclub e.V.  
Vorlage: V/2014/12893**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, zeigte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden. Die Frage nach einem Gutachten, welches Grundlage für die Einreichung der Flutmittelhilfen sein sollte, wurde noch nicht beantwortet.

Dazu teilte **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, mit, dass eine Kostenschätzung gemacht wurde, welche der Grund für die erste Anmeldung im September 2013 für eine Flutmittelhilfe darstellte. Ebenso habe es ein erstes Gutachten gegeben, welches ergänzt werden musste. Momentan sei die Verwaltung dabei, das Gesamtgutachten zu analysieren, um den Antrag auf Fördermittel zu stellen. Desweiteren wurde auch die Antragsfrist 30.06.2014 verlängert bis zum Jahresende.

**zu 9.12     Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Finanzierung der  
Brückenbauwerke im Bereich Merseburger Straße/Rosengarten  
Vorlage: V/2014/12892**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.13     Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beseitigung von sog.  
Schrottfahrrädern  
Vorlage: V/2014/12891**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.14    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Modedroge Crystal Meth**  
**Vorlage: V/2014/12890**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.15    Anfrage des Stadtrats Olaf Sieber zur Begutachtung von Fußwegen**  
**Vorlage: V/2014/12901**

---

Mit der Antwort der Verwaltung zeigte sich **Herr Sieber, fraktionslos**, nicht einverstanden.

**zu 10      Mitteilungen**

---

**zu 10.1    Information zum weiteren Verfahren und zur angedachten Umsetzung des Projekts Bebauungsplan Nr.158 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee“**  
**Vorlage: V/2014/12708**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.2    Realisierung personalwirtschaftliche Maßnahmen**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**Mitteilung Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE, zu Transparency International**

---

**Frau Nagel** informierte darüber, dass ein Brief von Transparency International Deutschland e.V. vorliege. Die Stadt Halle ist seit 2004 Mitglied in diesem Verein.

Der Verein erfuhr aus Presseberichterstattungen von der Erhebung der Anklage der Staatsanwaltschaft Halle gegen den Oberbürgermeister. Im Februar wurde bei Herrn Borries, Fachbereichsleiter Rechnungsprüfung, nach den Hintergründen angefragt und dieser habe mitgeteilt, dass im vorliegenden Fall Untreue vorliege und kein Korruptionsdelikt im engeren Sinne.

Daraufhin hat der Verein im April Herrn Oberbürgermeister angeschrieben, jedoch keine Stellungnahme erhalten. In der Vorstandssitzung des Vereins im Juni 2014 habe man sich dazu entschieden, dass die Mitgliedschaft der Stadt Halle ruhend gestellt wird.

Weiterhin teilte **Frau Nagel** mit, dass Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, und sie gebeten wurden, bis zum 04.07.2014 Stellung zu nehmen. Sie habe einen Brief an den Geschäftsführer Transparency International Deutschland e.V. aufgesetzt mit der Bitte, aufgrund des neuen Stadtrates und der Änderungen in den Ausschüssen, die Ruhendstellung bis September 2014 zu verlängern, damit sich der neue Prüfungsausschuss dieses Vorganges annehmen kann.

## **zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten**

---

### **zu 11.1 Anfrage Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Radverkehrskonzeption und zur Sanierung von Gehwegen**

---

Bezüglich des Beschlusses zur Radverkehrskonzeption fragte **Frau Krausbeck** an, wann durch die Verwaltung die geforderten Umsetzungspläne vorgelegt werden, damit sie in der jetzigen Haushaltsberatung und in der mittelfristigen Planung berücksichtigt werden können.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, teilte mit, dass es am 26.06.2014 eine weitere Haushaltsklausur geben wird, wo umfangreiche Rad- und Gehwegprojekte angemeldet seien. Nach der verwaltungsinternen Diskussion und Prioritätensitzung werde diese Aufstellung gemeinsam mit dem Investitionsplan vorgelegt.

### **zu 11.2 Anfrage Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Klageeinreichung**

---

In Bezug auf den Widerspruchsbescheid bezüglich der Kulturwerbung fragte **Herr Häder** nach, ob der Oberbürgermeister fristwährend Klage gegen den Bescheid einlegt, damit der Stadtrat in der nächsten regulären Sitzung die Möglichkeit hätte, darüber zu befinden, ob das Verfahren fortgeführt werde oder nicht.

Dazu teilte **Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht**, mit, dass die Auffassung der Verwaltung weiterhin bestehe, dass eine Klage gegen den Bescheid des Landesverwaltungsamtes keine Aussicht auf Erfolg habe. Insoweit werde nicht beabsichtigt, Klage einzulegen.

### **zu 11.3 Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu einem Widerspruch**

---

**Frau Wolff** bezog sich auf den Widerspruch bezüglich der Kulturwerbung und wies darauf hin, dass dieser durch die Verwaltung nicht so zeitig an die Stadträte übergeben wurde, dass ihre Fraktion die Möglichkeit hatte, fristgemäß einen Antrag zu diesem Thema zu stellen. Sie fragte, ob eine zeitnahe Zusendung an die Stadträte möglich wäre.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte zu, in Zukunft auf eine zeitnahe Zusendung zu achten.

Bezüglich der Anfrage von Herrn Häder sagte er die fristwahrende Einlegung der Klage zu, wenn dies von den Stadträten so gewünscht werde.

#### zu 11.4 **Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Modedroge Crystal Meth**

---

**Frau Wolff** machte darauf aufmerksam, dass es seit fast zwei Jahren den Antrag gäbe, eine Drogenkonzeption für die Stadt Halle und den Saalekreis zu erstellen. Es gäbe freie Träger, die auf diesem Gebiet arbeiten und sie könne deshalb die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im TOP 9.14 nicht nachvollziehen. Ebenfalls werde seit Monaten die Vorlage des Konzeptes versprochen

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, führte aus, dass die Verwaltung im Sozialausschuss mitgeteilt habe, im September 2014 den Bericht Psychiatrieplanung mit den entsprechenden Anteilen Sucht zu veröffentlichen bzw. einzubringen. Auch wurden alle in der Verwaltung vorliegenden Zahlen aus dem Bereich der Drogenberatungsstellen veröffentlicht.

#### zu 11.5 **Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Ausbau Böllberger Weg/Nord**

---

**Frau Wolff** fragte nach dem Vorliegen eines Förderbescheides zum Ausbau des Böllberger Weg/Nord, zweiter Bauabschnitt und ob die Fraktionen eine Kopie des Bescheides erhalten könnten.

Weiterhin fragte sie nach dem Inhalt der eingereichten Klageschrift der HAVAG zur Nichtgenehmigung des Abrisses des Gebäudes Böllberger Weg 188 und nach der Darstellung im Gutachten, welches die HAVAG hat erstellen lassen, aufgrund dessen die Klage eingereicht wurde und ob zeitnah eine Kopie an die Fraktionen übergeben werden kann.

Ob schon Zuwendungsbescheide zum Böllberger Weg vorliegen, konnte von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, nicht beantwortet werden. Er teilte mit, dass es im Moment seitens des Landes und des Bundes keine Förderzusage und Bescheide gäbe, was das gesamte Stadtplanprogramm betreffe, weil die Unsicherheiten zum Böllberger Weg 188 noch nicht abgeklärt seien.

Zu den Themen der HAVAG könne er sich nicht äußern.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte mit, dass die Klageschrift im nicht öffentlichen Teil zur Verfügung gestellt werden kann und die Zusendung an die Fraktionen erfolgen wird.

Ein Rechtsgutachten diesbezüglich liege nach seinem Kenntnisstand nicht vor. Es habe ein Rechtsgespräch stattgefunden und er werde im nicht öffentlichen Teil dazu berichten.

## zu 11.6 Anfrage Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, zur Altlastenbefreiung

---

**Herr Schachtschneider** bezog sich auf einen Antrag, den die Stadt Halle bei der Landesanstalt zur Altlastenfreistellung stellte und teilte mit, dass nach seinem Kenntnisstand der Antrag am 15.04.2014 unvollständig eingegangen sei.

Er fragte nach, ob es noch mehr Anträge zu dieser Problematik gäbe und ob der eingereichte Antrag zwischenzeitlich schon vervollständigt wurde.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, sagte eine Prüfung und Beantwortung an Herrn Schachtschneider zu.

**Herr Lange, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**, informierte darüber, dass zwei mündliche Anfragen in schriftlicher Form vorlägen:

1. Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, zu den Händelfestspielen
2. Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zur Zusammenarbeit mit dem Saalekreis

## zu 11.7 Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, zu Händelfestspielen

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verlas die Anfragen von Frau Dr. Bergner:

Am 06.06.2008 haben die Händelstadt Halle und Göttingen, vertreten durch die Oberbürgermeisterin, eine Vereinbarung zur kulturellen Zusammenarbeit unterzeichnet. Unter anderem wurden zur Kooperation im Kulturmarketing gegenseitige Besuche der jährlich stattfindenden Händelfestspiele vereinbart. Planmäßig hätte in diesem Jahr die Stadt Halle die Partner aus Göttingen empfangen sollen.

1. Wurden die Vertreter der Stadt Göttingen eingeladen?
2. Ist die Vereinbarung außer Kraft gesetzt oder gar gekündigt?
3. Wenn ja, durch wen wurde die Entscheidung getroffen?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bestätigte die Einladung an die Stadt Göttingen. Der Oberbürgermeister der Stadt Göttingen, Herr Wolfgang Meyer, habe abgesagt. Der Präsident der Göttinger Händelgesellschaft, Herr Prof. Dr. Cornelius Frömmel, hat keine Rückmeldung gegeben und der Geschäftsführer der Internationalen Händelfestspiele Göttingen, Tobias Wolff, hat ebenfalls eine Absage erteilt.

Bezüglich der Vereinbarung machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** deutlich, dass die Vereinbarung zur kulturellen Zusammenarbeit lediglich eine Möglichkeit zur Entwicklung enthalte und nur eine Absichtserklärung darstellt. Die Vereinbarung sei nicht gekündigt und damit entfalle die Beantwortung zur Frage 3.

#### **zu 11.8 Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion zur Zusammenarbeit mit dem Saalekreis**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verlas die Anfrage von Herrn Dr. Diaby:

Im Interview mit der Mitteldeutschen Zeitung vom 17.06.2014 erklärte der wiedergewählte Landrat des Saalekreises, dass sich die Zusammenarbeit mit Halle dringenden Baustellen zuwenden müsse. Ich frage die Stadtverwaltung:

1. Wie bewertet die Stadtverwaltung diese Aussage?
2. Welche Aufgaben gilt es mit Blick auf den Landkreis Saalekreis aus der Sicht der Stadt Halle anzugehen?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte dazu mit, dass eine mögliche Baustelle die gemeinsame Leitstelle sein könnte. Die Stadt Halle sei bereit, in Kooperation zur Leitstelle und zur Überprüfung zu gehen.

Bezüglich der Frage 2 teilte er mit, dass es im Wesentlichen um die gemeinsame Leitstelle gehe und sich darüber hinaus weitere Kooperationen in vielerlei Bereichen anbieten würden. Er werde die bislang positive Zusammenarbeit mit dem Landrat fortsetzen.

#### **zu 11.9 Anfrage Herr Felke, SPD-Fraktion, zum Neubau der Eisenbahnbrücke Merseburger Straße**

---

In Bezug auf den Stadtratsbeschluss vom April 2014 zum Neubau der Eisenbahnbrücke über die Merseburger Straße fragte **Herr Felke** an, ob die Verantwortlichen der DB AG schon über den Beschluss in Kenntnis gesetzt worden sind und wenn ja, wann und in welcher Weise der neue Planungsprozess mit den Verantwortlichen abgestimmt werden soll.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, teilte mit, dass der Stadtratsbeschluss in einem Schreiben an die DB AG übermittelt wurde. Eine Antwort der DB AG liege bisher noch nicht vor.

#### **zu 11.10 Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zu verschiedenen Anfragen**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde zum TOP 11 – Anfragen von Herrn Krause - ein Wortprotokoll erstellt.*

#### **Anfrage Herr Krause zu Widersprüchen**

**Herr Krause**

Ich habe drei kurze Fragen. Eine geht nochmal zu diesem Thema Widersprüche. Unsere Frist wäre heute abgelaufen, so dass wir keine Chance haben mehr, in irgendeiner Weise zu reagieren.

Sind Sie in der Lage oder wären Sie bereit, auf das Landesverwaltungsamt einzuwirken, diese Frist zu verlängern, so dass wir noch eine Möglichkeit haben, zu reagieren?

Weil, wir können ja nichts dafür, dass die Widersprüche mit 14tägiger Verspätung bei uns eingegangen sind und wir hatten gar keine Chance irgendwas zu machen. Und Sie hätten ja eigentlich gar nicht reagieren können als Stadt, wenn wir uns nicht verhalten haben dazu.

Das heißt also, wir werden es nochmal schriftlich rein geben die Geschichte. Ich hätte nur gern gewusst, ist hier Bereitschaft Ihrerseits da.

### **Anfrage Herr Krause zur Situation in der Hanoier Straße**

#### **Herr Krause**

Dann hatten wir eine Anfrage gestellt am 28.05. oder Anregung gemacht, zur Situation in der Hanoier Straße, verschiedene Dinge. Also es ging um Parkstreifen, Beleuchtungssituation, Verkehrszeichen. Ist da was unternommen worden? Also die Bürger haben das schon ziemlich dringend gemacht. Wir hatten da eine Gesprächsrunde, da waren mehrere Stadträte mit dabei. Und da hätte ich gern eine Antwort.

Das waren jetzt zwei verschiedene Sachen und eine dritte habe ich dann noch.

#### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Also Herr Krause, ich habe das nur auf die eine Angelegenheit bezogen. Alle anderen Widersprüche . . . .

#### **Herr Krause**

VHS sage ich nur, da ist es ja auch so.

#### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Bei den anderen Widersprüchen, die sind rechtzeitig Ihnen auch zugestellt worden. Das möchte ich deutlich machen.

#### **Herr Krause**

Nein, bei uns in der Geschäftsstelle ist das auf den 18.06. eingegangen.

#### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Dann würde ich . . . . *unverständlich* . . .

#### **Herr Krause**

Wir konnten nicht mehr reagieren, da waren alle Fristen verstrichen.

#### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Dann würde ich ganz gern Herrn Schreyer noch mal das Wort geben.

#### **Herr Krause**

Wir geben es Ihnen noch mal schriftlich, so dass Sie den Zusammenhang aus unserer Sicht noch mal haben. Und unsere Bitte wäre, ob Sie vielleicht eine Fristverlängerung versuchen können zu erwirken, damit wir überhaupt eine Möglichkeit haben als Fraktion zu reagieren bzw. dann der Stadtrat, wenn er über einen Antrag entscheidet etc. Da melden wir uns nochmal.

Die zweite Frage war zur Hanoier Straße.

#### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Die Anregung war im übertragenen Wirkungskreis.

**Herr Krause**

O.k.

### **Anfrage Herr Krause zur Vergabe an externe Kanzleien**

**Herr Krause**

Eine letzte Frage noch. Ich warte jetzt schon, Sie hatten mir mehrfach die Zusage gegeben, mit Blick auf die Beantwortung der Fragen, die ich gestellt habe zur Vergabe an externe Kanzleien.

Frau Ernst, Sie sind auf mich zugekommen zur letzten Stadtratssitzung und haben gesagt, ich bekomme das umgehend. Jetzt hatte ich damit gerechnet, irgendwann in der Zeit zwischen dem letzten Stadtrat und jetzt. Aber das ist nun zwei Monate her.

Meine Frage, wie gehen Sie jetzt damit um?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Das hatte ich im persönlichen Gespräch Ihnen schon deutlich gemacht. Sie haben ein Disziplinarverfahren gegen mich eingeleitet. Und von daher gebe ich diesbezüglich momentan dann keine Stellungnahme.

Ich hatte Ihnen deutlich gemacht, Herr Krause, wenn Sie das Disziplinarverfahren rausnehmen, Sie wissen die Rechte im Disziplinarverfahren. Wenn Sie mich beschuldigen, was ich bestreite, dazu werde ich nachher im nicht öffentlichen Teil noch mal Stellung beziehen. Wenn Sie mich beschuldigen und diese Art so weiter fortführen, kann ich und darf ich nicht. Weil, das sind die Rechte der Persönlichkeit des Beschuldigten, diesbezüglich nicht zu antworten. Sie haben das als Angelegenheit des Personals hier gemacht und ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Und solange dieser Beschluss in der Welt ist, kann ich und darf ich darüber nichts sagen.

**Herr Krause**

Ja, das sind doch aber nicht alle Dinge, die das betreffen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Doch.

**Herr Krause**

Aha. Interessant. Danke.

*Ende des Wortprotokolls.*

### **zu 11.11 Anfrage Herr Marquardt, Fraktion DIE LINKE, zu Baumärkten**

---

**Herr Marquardt** merkte an, dass es im Westen der Stadt Halle zurzeit keinen Baumarkt mehr gäbe und er fragte an, ob der Verwaltung bekannt sei, dass es dort eine Entwicklung gäbe, wieder einen Baumarkt anzusiedeln. Desweiteren wolle er wissen, welche Bemühungen die Verwaltung unternimmt, um eine Wiederansiedlung wenigstens eines Baumarktes zu erreichen und wenn ja, um welche es sich handeln würde.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, informierte darüber, dass der Verwaltung keine Bemühungen dahingehend bekannt seien. Er werde sich jedoch über den aktuellen Stand erkundigen. Wenn sich eine Nachfrage abzeichnet, werde der Standort bevorzugt angeboten.

**zu 11.12 Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, zu TOP 10.1 Umsetzung B-Plan 158 „Freizeit- und Erholungszentrum Hufeisensee“**

---

Bezüglich der Information zum TOP 10.1 zitierte **Herr Dr. Meerheim** einen Satz aus der Vorlage: „Die Verwaltung prüft zur Wahrung des angestrebten Eröffnungstermins 2016 die rechtlichen Möglichkeiten einer Verfahrensbeschleunigung.“

In diesem Zusammenhang fragte er an, wann die Ergebnisse der Prüfung vorgelegt werden.

**Herr Loebner, Fachbereichsleiter Planen**, informierte, dass die Verwaltung im Planungsausschuss eine Mitteilung dazu geben wird. Aus der Gesetzeslage ergebe sich objektiv, ob eine Planreife vorliegt oder nicht. Dies liege nicht im Ermessen der Verwaltung. Es sei nur zu prüfen, ob die Antragsunterlagen dann entsprechend ausreichend sind, dass die Planreife erklärt werden kann.

Auf die Anfrage von **Herrn Dr. Meerheim**, ob finanzielle Mittel bezüglich der Erschließungskosten in den Haushalt eingeplant werden, teilte **Herr Loebner** mit, dass die liquiden Mittel, die durch den Grundstücksverkauf möglich sind, im Haushalt 2015 angemeldet werden. Nach den Berechnungen seiner Mitarbeiter seien damit schon 53 % des Rundweges umzusetzen.

Desgleichen werde jetzt ein Vertrag mit dem Investor des Golfplatzes abgeschlossen und im städtebaulichen Vertrag seien noch anteilig hier genannte Bereiche umzusetzen, so dass 2015 schon ein signifikanter Bestandteil der dargestellten 4,5 Mio. Euro umsetzbar wäre, sofern der Stadtrat dem Haushalt zustimmt.

Weitere Vorschläge würden in der Haushaltsaufstellung seinen Niederschlag finden und hinsichtlich der Prioritätensetzung zu diskutieren sein.

Abschließend verwies **Herr Dr. Meerheim** darauf, dass es noch keinen Beschluss des Stadtrates zum Verkauf der Grundstücke und zum Verkaufspreis gäbe. Die in der Vorlage angeführte Summe von 800.000 Euro für die angegebene Hektarzahl halte er für zu niedrig.

**zu 11.13 Anfrage Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE, zum Hochhaus in der Kantstraße**

---

**Herr Knöchel** berichtete, dass die Beesener Straße im vergangenen Jahr sehr aufwendig saniert wurde und durch private Investoren Wohnungsbestände erneuert worden sind. An der Haltestelle Kantstraße, Höhe Schwarzer Weg befinde sich ein leergezogenes Hochhaus und er fragte an, ob die Stadtverwaltung darüber informiert sei, was der Eigentümer damit vorhabe.

Da sich rund um das Gebäude illegaler Abfall sammelt fragte **Herr Knöchel** nach, ob die Verwaltung für eine Beseitigung der Abfälle sorgen könnte.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte zu, den Eigentümer zu ermitteln. Die Illegalität der Ablagerung der Abfälle werde geprüft und für Abhilfe gesorgt.

#### **zu 11.14 Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zu TOP 9.12 Finanzierung der Brückenbauwerke im Bereich Merseburger Straße/Rosengarten**

---

**Herr Scholtyssek** bezog sich auf die Antwort der Verwaltung zum TOP 9.12 und fragte an, weshalb mehrere Varianten für den Brückenbau geplant seien. Es gäbe einen klaren Beschluss zur Aufweitung der Brücke, um die Vierspurigkeit der Merseburger Straße zu gewährleisten.

**Herr Loebner, Fachbereichsleiter Planen**, antwortete, dass von der HOAI als Pflichtanteil jeder Planung vorgesehen sei, mehrere Varianten vorzustellen. Zum anderen verlange der Fördermittelgeber, unabhängig vom Stadtratsbeschluss, die Vorlage von mehreren Varianten.

#### **zu 11.15 Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zur Mitgliedschaft bei Transparency International**

---

Bezüglich des Ruhens der Mitgliedschaft der Stadt Halle bei Transparency International fragte **Herr Scholtyssek** an, weshalb die Anfrage des Vereins vom April 2014 von der Verwaltung noch nicht beantwortet wurde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine Beantwortung im nicht öffentlichen Teil zu.

#### **zu 11.16 Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zu den Ausschüssen**

---

**Herr Bönisch** fragte nach, ob das Gerücht wahr sei, dass die Protokollführung in den Ausschüssen anders strukturiert und andere Mitarbeiter dafür eingesetzt werden sollen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** stimmte dem zu. Zum neuen Stadtrat soll es eine Verbesserung und Optimierung geben und die Schriftführer zentralisiert werden. Damit sei ein gegenseitiger Austausch möglich, unter Beachtung dessen, dass der Schriftführer für den jeweiligen Ausschuss Sachkenntnis besitzt.

**Herr Bönisch** wies darauf hin, dass laut Geschäftsordnung dazu das Einvernehmen des Rates hergestellt werden muss. Er fragte an, ob der Oberbürgermeister vorhabe, das Einvernehmen einzuwerben. Bisher habe es keine Anfrage an den Stadtrat dazu gegeben.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** führte aus, dass eine Beschlussvorlage mit Vorschlägen der Personen für die Protokollführung in den Ausschüssen vorgelegt und das Einvernehmen mit dem Stadtrat hergestellt werden soll.

## zu 11.17 Anfrage Herr Misch, CDU-Fraktion, zu vermüllten Grünflächen

---

**Herr Misch** machte auf Beschwerden von Lesern in der Mitteldeutschen Zeitung aufmerksam, welche sich über ungepflegte Park- und Grünanlagen äußern würden.

Er fragte an, ob diese Pressemitteilungen Einzug in die Vorberatungen zum städtischen Haushalt 2015 finden, da offensichtlich die finanziellen Mittel in diesem Bereich nicht ausreichen, um eine ordnungsgemäße Pflege und Wartung durchzuführen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** äußerte sich dahingehend, dass alle Fragen, die von Bürgern gestellt werden, von der Verwaltung beraten und abgewogen werden und in den Haushaltsberatungen ein Vorschlag dazu unterbreitet wird.

## zu 12 Anregungen

---

**Herr Lange, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**, informierte darüber, dass nachfolgende Anregungen schriftlich vorliegen würden:

**zu 12.1 Anregung des Stadtrats Olaf Sieber, fraktionslos, zur Beibehaltung der Stelle eines Beigeordneten für Wirtschaft und Wissenschaft**  
Vorlage: V/2014/12917

---

**zu 12.2 Anregung des Stadtrates Raik Müller (CDU) gegen die frühe Abschaltung der Ampelanlage an der Kreuzung Ludwig-Wucherer-Straße/Willy-Lohmann-Straße/Martha-Brautzsch-Straße**  
Vorlage: V/2014/12923

---

**zu 12.3 Anregung Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zum Thema Städtepartnerschaften**

---

**zu 12.4 Anregung Herr Misch, CDU-Fraktion, zur Kontrolle von Parkverboten**

---

**Herr Misch** regte an, dass das Ordnungsamt das Halteverbot in der Merseburger Straße in Höhe der Einmündung Feldrain, vor und nach dem Feldrain durchsetzt. Das Parken wurde dort in ein Halteverbot umgewandelt, mit der Folge, dass in dem Siedlungsgebiet Parkflächen für die Anwohner der Merseburger Straße geschaffen worden sind.

Jetzt könne man teilweise nicht mehr gefahrlos aus dem Siedlungsgebiet fahren, weil die Sicht durch parkende Fahrzeuge, was auf den Grünflächen zwischen den Bäumen möglich sei, behindert werde.

Vor Wochen habe er den Hinweis schon an das Ordnungsamt gegeben. Eine Veränderung sei aber noch nicht eingetreten. **Herr Misch** fragte, ob eine Möglichkeit gesehen werde, dass die Verwaltung dort tätig wird.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass die Angelegenheit in die Kontrollen mit aufgenommen werde.

## **zu 12.5 Anregung Herr Müller, CDU-Fraktion, zur Ampel in der Willy-Lohmann-Straße**

---

Bezogen auf seine Anregung zur Ampelanlage an der Kreuzung Ludwig-Wucherer-Straße/Willy-Lohmann-Straße/Martha-Brauttsch-Straße regte **Herr Müller** an, während der Übergangszeit des Prüfprozesses vorsorglich die Ampel länger angeschaltet zu lassen. Sollte die Prüfung so ausgehen, dass keine Gefahr besteht, könne dies wieder zurückgenommen werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** nahm die Anregung entgegen.

## **zu 13 Anträge auf Akteneinsicht**

---

### **zu 13.1 Akteneinsicht SPD-Fraktion**

---

Entsprechend § 15 der Geschäftsordnung des Stadtrates beantragt die SPD-Stadtratsfraktion Akteneinsicht zu den externen Beauftragungen für Rechtsberatung, rechtliche Vertretung und juristische Gutachten durch die Stadtverwaltung.

### **zu 13.2 Akteneinsicht Fraktion DIE LINKE**

---

Der Oberbürgermeister legt sämtliche Vorgänge zur Eissporthalle, die nach Hochwasserereignis in der Stadtverwaltung bearbeitet worden und werden vor. Dies schließt Planungs- und Beschaffungsvorgänge für Ersatzobjekte und Objekte zur temporären Nutzung für den Eissport ein.

Vorzulegen sind auch sämtliche Unterlagen, die die Beantragung von Fluthilfemitteln betreffen (Schriftverkehr, Akten- und Gesprächsnotizen).

Den vorgelegten Akten ist eine Vollständigkeitserklärung des Oberbürgermeisters hinzuzufügen (dienstliche Erklärung).

**Herr Lange, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die 56. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

---

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

---

Hendrik Lange  
stellv. Vorsitzender des Stadtrates

---

Anja Schneider  
Protokollführerin